

- **Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich**
- **COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise**
- **Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich**
- **2019 Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur**
- **Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

93. Jahrgang, Heft 6/2020

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Redaktionsschluss: 2. 6. 2020

Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Druck- und Online-Version

2020 erscheinen die Monatsberichte in ihrem 93. Jahrgang. Neben den gedruckten Heften stehen alle Artikel seit der Gründung des Institutes 1927 auf der WIFO-Website im PDF-Format zur Verfügung. Der Download der älteren Ausgaben ist durchwegs kostenlos. Die aktuellen Ausgaben können online bestellt und gekauft werden, wobei Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnentinnen und Abonnenten kostenlosen Zugriff haben.

Preise 2020

Jahrgang (12 Hefte, Printversion und Online-Zugriff): 270 € • Einzelheft (Druckversion und Online-Zugriff): 27,50 € • Einzelartikel (Online-Zugriff): 16 €

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2020 • monatsberichte.wifo.ac.at

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Andreas Reinstaller

Lektorat: Ilse Schulz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Information für Autorinnen und Autoren:
monatsberichte.wifo.ac.at/WIFO_MB_Autoreninfo.pdf

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at



93. Jahrgang, Heft 6/2020

- 423-430 ■ **Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich**
Christian Glocker
Österreichs Wirtschaftsleistung sank im I. Quartal 2020 wegen der zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen stark und auf breiter Basis. Wenngleich die Unternehmen die aktuelle Lage weiterhin ungünstig beurteilen, verbesserten sich die Erwartungsindikatoren.
Domestic Economy on the Decline – Corporate Expectations Improve
- 431 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**
- 433-447 ■ **COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise**
Richard Grieveson (wiw)
Das reale BIP wird 2020 unter den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas in der Slowakei, in Slowenien, Kroatien und Montenegro am stärksten schrumpfen. Dies spiegelt entweder ein hohes Maß an Anfälligkeit für Störungen des Welthandels oder eine besondere Abhängigkeit vom Tourismus wider. Während einige MOSOEL ihre Fiskalpolitik erheblich lockern können, um den Abschwung abzuschwächen, sind die Möglichkeiten der externen Finanzierung in den meisten Ländern der Region sehr begrenzt. Mit dem Wachstumseinbruch und der Ausweitung der Haushaltsdefizite wird die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP stark steigen. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von umfangreichen Kapitalzuflüssen wird die Unterbrechung dieser Zuflüsse die Ukraine, Moldawien und viele Westbalkanländer besonders belasten.
COVID-19 Pandemic in Central, Eastern and South-Eastern Europe: Deepest Recession Since the Transformation Crisis
- 449-460 ■ **Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich**
Andreas Reinstaller
Die Wirtschaftskrise infolge der COVID-19-Pandemie kann eine Verlangsamung des Wachstums der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich um 5 Prozentpunkte gegenüber 2019 nach sich ziehen. Dieser Rückgang kann sich sowohl auf die weitere Entwicklung der Forschungsausgaben selbst als auch auf die langfristige Produktivitätssteigerung auswirken und damit die wirtschaftlichen Kosten der Krise über das Jahr 2020 hinaus erhöhen. Aufgrund der hohen Unsicherheit könnten zusätzliche antizyklische Forschungs- und Entwicklungsförderungen nötig sein, um diese langfristigen Effekte zu minimieren.
Effects of the COVID-19 Crisis on Corporate Research and Development Expenditure in Austria
- 461-478 ■ **Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur.**
Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019
Matthias Firgo, Julia Bachtrögler-Unger, Oliver Fritz, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher
Hatten im Jahr 2018 die Bundesländer mit stärker von der Industrie geprägter Wirtschaftsstruktur von Wachstumsvorteilen profitiert, so verlagerten sich diese 2019 weitgehend zugunsten der stärker dienstleistungsorientierten Länder. Dieses Muster wurde nur von der Steiermark durchbrochen, die laut WIFO-Schnellschätzung 2019 das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer aufwies. Die Beschäftigungsentwicklung verlor parallel zur Entwicklung der Wertschöpfung an Dynamik, blieb jedoch in allen Bundesländern positiv.
Economic Slowdown Shifted Regional Growth Patterns. Business Development in the Austrian Länder in 2019

479-486 ■ **Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege**

Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger

Die Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege und die künftig jährliche Valorisierung des Pflegegeldes machen eine Neubewertung der Ausgabenpfade für Geld- und Sachleistungen in der Pflege notwendig. Die vorliegende Analyse schätzt zudem erstmals den fiskalischen Effekt der Abschaffung des Pflegeregresses auf die öffentlichen Ausgaben. Insgesamt steigt der Aufwand für öffentliche Geld- und Sachleistungen von 5,1 Mrd. € im Jahr 2018 laut Projektionen bis 2030 auf 9,1 Mrd. € nominell bzw. 7,5 Mrd. € zu Preisen von 2018. Die Abschaffung des Pflegeregresses hatte im Jahr 2018 einen fiskalischen Mehraufwand der Länder und Gemeinden von 272,7 Mio. € zur Folge. Er erhöht sich bis zum Jahr 2030 auf knapp 600 Mio. € jährlich.

Public Expenditure on Long-term Care After the Abolition of Asset Recourse in Long-term Inpatient Care

487-499 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

Redaktionsschluss für das vorliegende Heft: 2. 6. 2020 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten und Abonnentinnen

Alle Artikel im Volltext online verfügbar • All German articles with English abstracts • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>

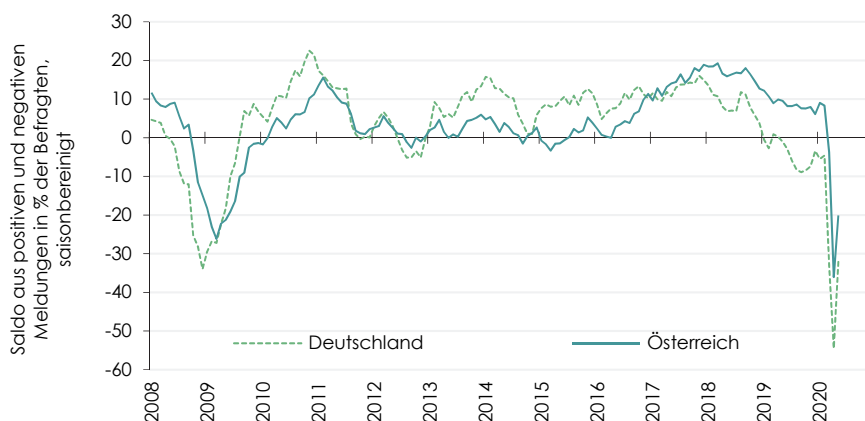
Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich

Christian Glocker

- In Österreich hatten die Angebotsbeschränkungen und der Nachfrageeinbruch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie eine massive Verringerung der Wirtschaftsleistung zur Folge.
- Die Vorlaufindikatoren aus dem WIFO-Konjunkturtest zeigen abermals eine überwiegend negative Einschätzung der aktuellen Lage.
- Nach dem historischen Einbruch im April stieg der Index der unternehmerischen Erwartungen im Mai.

Unternehmenserwartungen in Deutschland und Österreich (Gesamtwirtschaft)

Zusammenfassung der von den Unternehmen in den kommenden Monaten erwarteten Entwicklung



"In Österreich hatten die Angebotsbeschränkungen und der Nachfrageeinbruch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie eine massive Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zur Folge. Die Unternehmenserwartungen verbesserten sich zuletzt."

Die Erwartungen der Unternehmen stiegen im Mai in Österreich und Deutschland nach dem historischen Einbruch im April deutlich und geben damit erste Hinweise auf eine mögliche rasche Erholung der Konjunktur (Q: ifo-Konjunkturtest, WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond).

Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich

Christian Glocker

Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich

Österreichs Wirtschaftsleistung sank im I. Quartal 2020 wegen der zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen stark und auf breiter Basis. Wenngleich die Unternehmen die aktuelle Lage weiterhin ungünstig beurteilen, verbesserten sich die Erwartungsindikatoren.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 5. 6. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Christian Glocker, MSc (christian.glocker@wifo.ac.at)

Domestic Economy on the Decline – Corporate Expectations Improve

Austria's economic output fell sharply and on a broad basis in the first quarter of 2020 due to the measures taken to contain the COVID-19 pandemic. Although companies continue to assess the current situation unfavourably, expectation indicators improved.

1. Einleitung

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie beeinträchtigte die Weltwirtschaft und den Handel erheblich. Nachdem die Weltwirtschaft bereits seit Ende 2019 an Dynamik verloren hatte, wurde der Abschwung infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie deutlich verstärkt. Das BIP der USA schrumpfte im I. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 1,3% und jenes der EU-Länder um 3,3%.

Auch in Österreich hatten die Angebotsbeschränkungen und der Nachfrageeinbruch eine massive Verringerung der Wirtschaftsleistung zur Folge (saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat: I. Quartal 2020 –2,6% gegenüber dem Vorquartal). Die im Inland und im Ausland zur Eindämmung der Pandemie gesetzten Maßnahmen beeinträchtigten die wirtschaftliche Aktivität in Österreich auf breiter Basis. Betroffen waren zum einen viele konsumnahe Dienstleistungsbranchen, die ihre Geschäftstätigkeit zum Teil einstellen oder weitgehend einschränken mussten. Auch die Exporte gingen empfindlich zurück. Die Industrieproduktion unterschritt den Stand des Vorjahresmonats um 12,5%. Neben dem Nachfrageausfall erschwerten vor allem die Grenzschließungen die Zulieferung von Vor- und Zwischenprodukten.

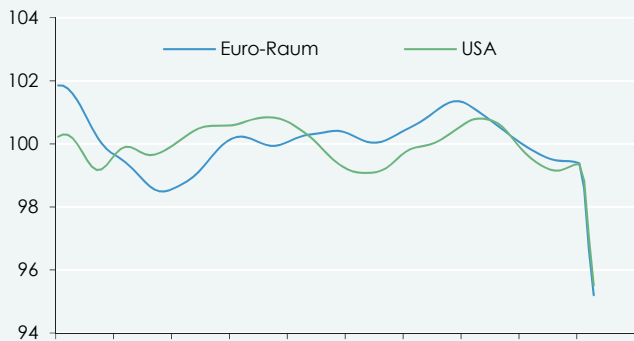
Die Vorlaufindikatoren aus dem WIFO-Konjunkturtest zeigen abermals eine überwiegend negative Einschätzung der aktuellen Lage. Im Gegensatz dazu verbesserten sich jedoch die Unternehmenserwartungen zuletzt – nach dem historischen Einbruch im April stieg der Index der unternehmerischen Erwartungen nun im Mai.

Die Auswirkungen der Abwehrmaßnahmen gegen die Pandemie treffen den Arbeitsmarkt erheblich. Wenngleich sich im Mai die Lage auf dem Arbeitsmarkt ausgehend von einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit etwas entspannte, ist die Situation insgesamt weiterhin prekär. Die Arbeitslosenquote liegt nach wie vor über ihrem bisherigen Höchstwert. Im Mai war die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nach vorläufigen Schätzungen um 162.000 niedriger als im Vorjahr (–4,4%), nach –185.900 im April. Die Zahl der beim AMS registrierten Arbeitslosen war im Mai um 194.350 höher als im Vorjahr (+69,7%), einschließlich Personen in Schulungen um 174.100 (+50,7%). Die Arbeitslosenquote war damit nach nationaler Definition im Mai (gemäß vorläufigen Schätzungen) mit 11,5% um 4,7 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor.

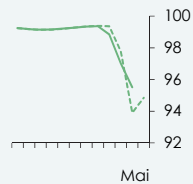
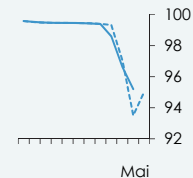
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

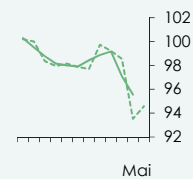
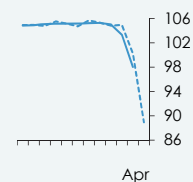
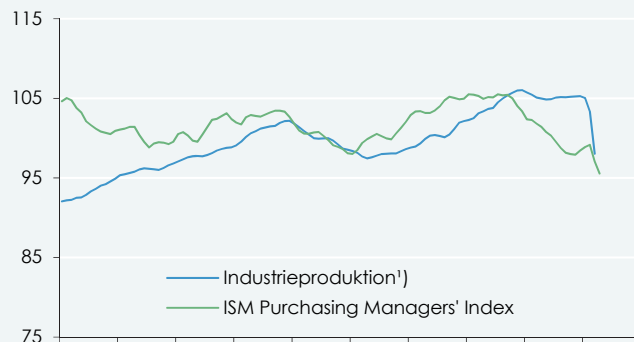
Leading indicators – Amplitude



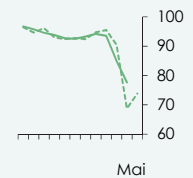
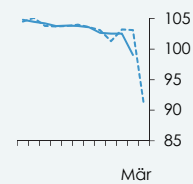
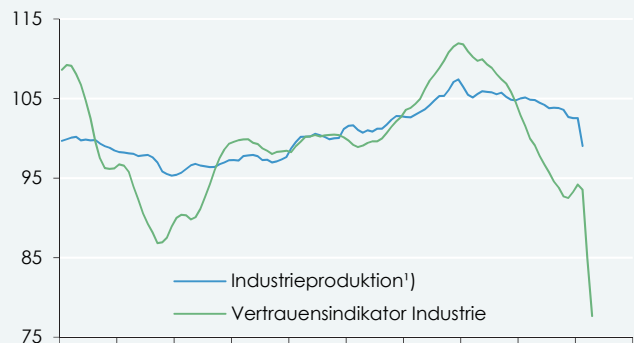
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



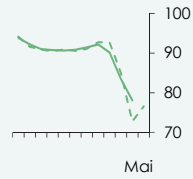
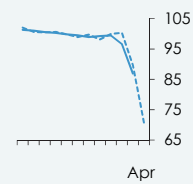
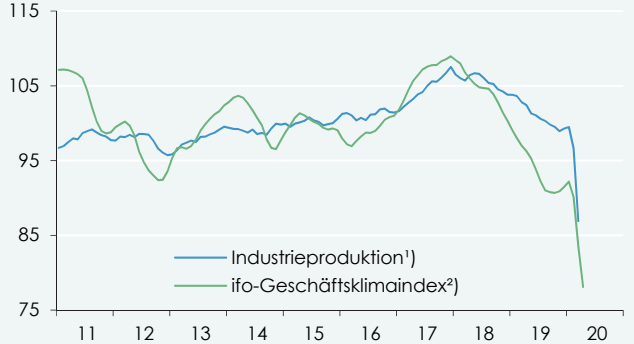
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹) Produzierender Bereich. – ²) Verarbeitendes Gewerbe.

2. Einbruch der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft verlor bereits Ende 2019 an Dynamik. Der Abschwung verschärfte sich nun infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie deutlich.

Vor allem die nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie weltweit gesetzten gesundheitspolitischen Restriktionen lähmten die Weltwirtschaft und den Handel. Innerhalb weniger Wochen geriet die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession. Insbesondere in den Schwellenländern belasten zusätzlich der starke Rückgang der Rohstoffpreise, eine erhebliche Verschärfung der finanziellen Bedingungen und beträchtliche Kapitalabflüsse die Wirtschaft. Der raschen Ver-

schlechterung der Aktivität begegnete die Politik mit energischen Maßnahmen. Zentralbanken nutzten ihren Spielraum für Zinssenkungen umgehend und senkten die Leitzinssätze und nahmen teils auch den Ankauf von Vermögenswerten wieder auf. Darüber hinaus wurden umfangreiche Konjunkturpakete verabschiedet, deren Zusammensetzung vor allem auf Kreditgarantien und Maßnahmen zur Einkommensstützung ausgerichtet ist.

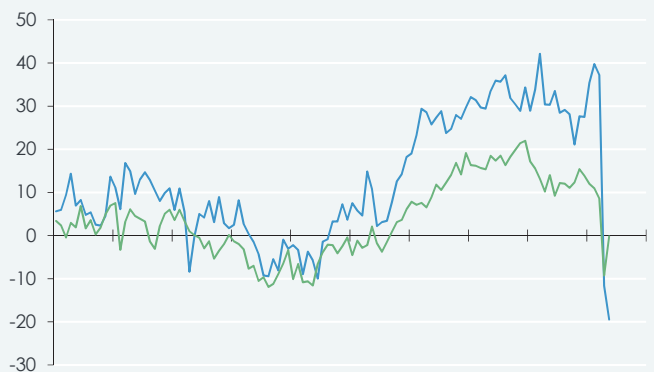
Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt

Sachgütererzeugung



Bauwirtschaft



— Zusammenfassung der Beurteilungen der aktuellen Lage und der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung
— Zusammenfassung der für die kommenden Monate erwarteten Produktion und Geschäftslage

Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Seit Ende April werden die Restriktionen in Europa, aber auch in den USA schrittweise gelockert, sodass die Unternehmen in einigen Bereichen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten. Der Pfad der Erholung wird maßgeblich vom Tempo dieser Lockerungen abhängen. Wie Umfragen zeigen,

betrafen die Eindämmungsmaßnahmen die Wirtschaft abrupt und tiefgreifend. Der weltweite Einkaufsmanagerindex (PMI) von IHS Markit für die Gesamtwirtschaft brach von über 50 im Januar 2020 auf unter 30 im April ein. Länderspezifische Daten für Mai geben bereits erste Hinweise auf eine Erholung. Die

Verbesserung der Stimmungsindikatoren beschränkt sich jedoch in erster Linie auf die Geschäftserwartungen – Indikatoren zur Beurteilung der aktuellen Lage zeichnen weiterhin ein deutlich negatives Bild.

Zwei wichtige Themen aus der Zeit vor dem Ausbruch der COVID-19-Krise gewinnen wieder an Bedeutung und Aufmerksamkeit. Das erste betrifft die Handelsbeziehungen – und jetzt wohl auch die allgemeinen Beziehungen – zwischen den USA und China, die in den letzten Wochen durch eine geschärfte Rhetorik belastet wurden. Dies ist nicht nur auf das Misstrauen der USA gegenüber der Erfüllung der ersten Phase des Handelsabkommens vom Jänner 2020 durch China zurückzuführen, sondern auch auf den Verdacht, China habe Informationen über die COVID-19-Pandemie bewusst nicht weitergegeben und sich nicht an der Untersuchung ihrer Ursachen beteiligt. Das zweite Thema ist das anhaltende Unvermögen, auch nur annähernd eine Einigung über das Brexit-Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zu erzielen. Ein neues wirtschaftspolitisches Thema betrifft hingegen die Europäische Zentralbank (EZB): Ihre Maßnahmen sind zuletzt verstärkter Kritik ausgesetzt. Während die Besorgnis über die Risiken einer jahrzehntelang extrem lockeren Geldpolitik der EZB weiter zunimmt, haben sich die Zweifel an der verfassungskonformen Ausrichtung des Vermögensankaufprogrammes der EZB zusätzlich verschärft.

2.1 Konsumzurückhaltung belastet Wirtschaft der USA im I. Quartal

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben in der ersten Hälfte des Jahres 2020, insbesondere im II. Quartal, einen Rückgang der Wirtschaftsleistung der USA zur Folge. Das BIP schrumpfte im I. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 1,3% – dies war der größte Rückgang seit der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (IV. Quartal 2008 –2,2%). Für das II. Quartal werden noch größere negative Effekte erwartet. Bis Ende März ordneten fast alle Bundesstaaten weitreichende Unternehmensschließungen und strenge Bewegungsbeschränkungen an. Als Konsequenz daraus stieg die Arbeitslosigkeit erheblich. In der Folge brachen das Verbrauchervertrauen und somit der Konsum der privaten Haushalte ein.

Die Politik setzte umfangreiche Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft. So stimmte der Kongress einer fiskalpolitischen Unterstützung in Höhe von fast 10% des BIP zu, die sich aus Staatsausgaben zur Eindämmung des COVID-19-Ausbruchs und Maßnahmen zur Abschwächung seiner Auswirkungen zusammensetzt. Zugleich senkte das Federal Reserve System das Zielband für den Leitzinssatz auf 0% bis 0,25%. Darüber hinaus richtete es eine Reihe von Kreditfazilitäten ein,

die bis zu 2,3 Bio. \$ zur Finanzierung bereitstellen können, aktivierte Swap-Linien mit anderen Zentralbanken, weitete seine Repo-Geschäfte aus und lockerte seine Aufsichtspolitik, um sicherzustellen, dass die Finanzmärkte liquide bleiben und der Kreditfluss reibungslos fortgesetzt wird.

Bis April waren eine Vielzahl an umfragebasierte Indikatoren rückläufig. Die jüngsten Daten (Mai) deuten jedoch bereits auf eine Verbesserung des Geschäftsklimas hin. Der darin wiedergegebene Optimismus dürfte vor dem Hintergrund der jüngsten sozialen Unruhen in den USA überzogen sein. Die Maßnahmen zur Gewalteinämmung in Form von Ausgangssperren usw. sind zu zement, um sich bereits in den Unternehmensbefragungen vom Mai zu spiegeln. In der Dauer und Tragweite der Maßnahmen zur Wiederherstellung der sozialen Stabilität liegt nun ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor in Bezug auf die Erholung der Wirtschaft.

2.2 Wirtschaftsleistung bricht im Euro-Raum zwischen Jänner und März ein

Die jüngsten BIP-Daten bestätigen, dass die COVID-19-Pandemie verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft des Euro-Raumes haben wird. Das BIP schrumpfte gegenüber dem Vorquartal um 3,8%. Die Wirtschaftstätigkeit wurde vor allem durch staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung der Krankheit beeinträchtigt. Die strengsten Einschränkungen wurden in Italien, Spanien und Frankreich gesetzt, während die Maßnahmen etwa in Deutschland weniger restriktiv waren. In Spanien (–5,2%), Frankreich und Italien (jeweils –5,3%) schrumpfte das BIP gegenüber dem Vorquartal erheblich, in Deutschland um nur 2,2%. Der Rückgang konzentrierte sich auf den Dienstleistungssektor. Vor allem im Tourismus ist mit erheblichen und langanhaltenden Verlusten zu rechnen.

Die Frühindikatoren lassen für das II. Quartal jedoch einen noch größeren Rückgang erwarten. Die Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivitäten bestanden im II. Quartal 2020 wesentlich länger als im I. Quartal (nur 2 bis 4 Wochen). In den meisten Ländern wurden die Beschränkungen in ihrer strengsten Form bis Ende April angewandt, ihre Lockerung wurde bereits eingeleitet, erfolgt jedoch schrittweise. Die Erholung wird zusätzlich verlangsamt durch die Bedenken der Verbraucher und Verbraucherinnen (Vorsichtssparen), durch Verzögerungen in den Lieferketten und die Tatsache, dass der Zeitpunkt der Aufhebung der Beschränkungen von Land zu Land unterschiedlich ist. Andererseits dürften die Auswirkungen der fiskalpolitischen Anreize zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie allmählich spürbar werden.

Der Konsum, die Haupttriebkraft der Wirtschaft der USA, geriet durch die gesundheitspolitischen Restriktionen und die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte massiv unter Druck. Die erhebliche Verschlechterung der Konsumentenstimmung dämpft den Ausblick.

Das BIP des Euro-Raumes ging im I. Quartal gegenüber der Vorperiode um 3,8% zurück. Unter den großen Ländern fiel der Rückgang in Frankreich, Spanien und Italien besonders hoch aus.

Im Euro-Raum sind erste Anzeichen einer Stabilisierung zu beobachten. Der Composite Purchasing Managers' Index (PMI) für den Euro-Raum von IHS Markit stieg von einem Allzeittief von 13,6 im April auf 31,9 im Mai und erreichte damit den höchsten Stand seit Februar. Zwar blieb er deutlich unter dem Schwellenwert von 50,0, doch war das Ausmaß des Anstieges beträchtlich. Der bisherige Tiefstwert wurde auf dem

Höhepunkt der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Februar 2009 erreicht. Ähnliche Ergebnisse liefert der ESI-Indikator (Economic Sentiment Indicator) der Europäischen Kommission. Die aktuelle Lage wird demnach zwar immer noch fast so ungünstig eingeschätzt wie in den Vormonaten, die Erwartungen verbesserten sich aber deutlich.

3. Österreich: Deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung im I. Quartal 2020

Die Angebotsbeschränkungen und der Nachfrageausfall hatten in Österreich eine massive Verringerung der Wirtschaftsleistung zur Folge.

Im Jänner und Februar expandierte die realwirtschaftliche Aktivität in Österreich noch auf breiter Basis, im März brach sie aufgrund der COVID-19-Pandemie ein. Im I. Quartal 2020 sank die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorjahr um 2,9% bzw. gegenüber dem Vorquartal (saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat) um 2,6%. Der steile Einbruch spiegelt sich besonders deutlich in den saisonbereinigten Werten im Vorquartalsvergleich. Da die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im April weitgehend fortbestanden und die Lockerung nur schrittweise erfolgt, dürfte der Rückgang des BIP im II. Quartal noch wesentlich höher ausfallen als im I. Quartal.

Besonders betroffen sind die konsumnahen Handels- und Dienstleistungsbereiche. Der Einzelhandel verzeichnete zwar im Bereich der Grundversorgung (z. B. Lebensmittelhandel) eine erhöhte Geschäftstätigkeit, diese kompensierte aber die Ausfälle in anderen Bereichen (z. B. Bekleidung, Schuhe) nicht. Im Tourismus zogen das vorzeitige Ende der Wintersaison und die Betriebsschließungen Umsatzausfälle nach sich. Insgesamt sank die Wertschöpfung in den Bereichen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie gegenüber dem Vorjahr um 7,3%. Dieser Einbruch war für mehr als die Hälfte des BIP-Rückganges im I. Quartal maßgebend.

Während die Unternehmensumfragen weiterhin auf eine pessimistische Einschätzung der aktuellen Lage hinweisen, haben sich die Erwartungsindikatoren nun verbessert.

In den Bereichen Sport-, Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen sowie persönliche Dienstleistungen (z. B. Frisöre) sank die Wertschöpfung um 8,1%. Stabilisierend wirkte hingegen die Entwicklung der Bereiche Information und Kommunikation, Kredit- und Versicherungswesen, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentliche Verwaltung.

Nachdem die Industrie bereits im Laufe des Jahres 2019 in eine Rezession geraten war, verstärkten die Produktionsausfälle im März diese Entwicklung weiter. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung sank im I. Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 6,6%. Der arbeitstagsbereinigte Produktionsindex für den produzierenden Bereich (ÖNACE B bis E) ging im März 2020 gegen-

über März 2019 um 12,5% zurück. Gegenüber Februar 2020 sank der Produktionsindex saisonbereinigt um 7,8%. In dieses Bild passt auch der jüngste Verlauf der Erzeugerpreise: Im Februar und März 2020 ging der Erzeugerpreisindex des produzierenden Bereichs gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,5% bzw. 0,7% zurück. Der Abwärtstrend setzte sich im April mit Anhalten der Krise fort. Im April 2020 sank der Preisindex gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,4%.

Auf der Nachfrageseite wurde der Konsum, welcher eine über den Konjunkturzyklus hinweg stabilisierende Rolle hat, durch die gesundheitspolitischen Maßnahmen und die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte massiv eingeschränkt, die privaten Konsumausgaben sanken im I. Quartal empfindlich. Die öffentlichen Konsumausgaben nahmen hingegen kräftig zu. Angesichts der erhöhten Unsicherheit wurde auch die Investitionstätigkeit stark eingeschränkt. Im Einklang mit dem Ausfall der Inlandsnachfrage gingen auch die Importe zurück. Nicht zuletzt sanken vor dem Hintergrund der weltweiten Betroffenheit durch die COVID-19-Pandemie auch die Exporte im I. Quartal empfindlich.

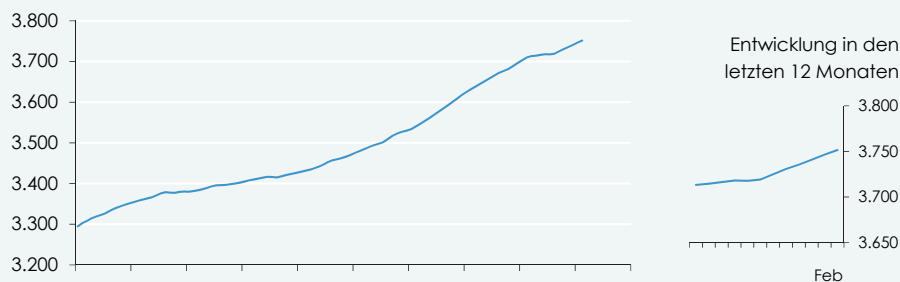
3.1 Vorlaufindikatoren geben erste positive Signale

Zwar stieg der WIFO-Konjunkturklimaindex (saisonbereinigt), die Stimmung bleibt unter den österreichischen Unternehmen aber nach dem historischen Einbruch im April 2020 weiter auf Krisenniveau.

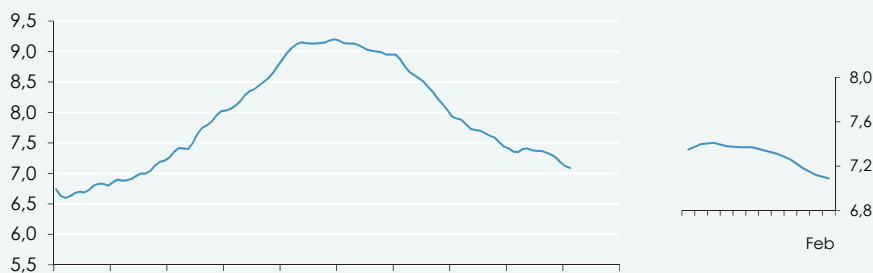
Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen für die Gesamtwirtschaft sank im Mai (saisonbereinigt) weiter und erreichte damit den niedrigsten jemals gemessenen Wert. Der Rückgang zeigt sich in allen Sektoren. In den Dienstleistungsbranchen sank der Index um 5,1 Punkte auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Auswertungen. In der Bauwirtschaft büßte er 7,8 Punkte ein, lag aber mit -19,5 Punkten weiter über seinem bisherigen Tiefstwert. In der Sachgütererzeugung verlor der Lageindex 10,2 Punkte und notierte mit -34,0 Punkten nahe seinem bisherigen Tiefstwert.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

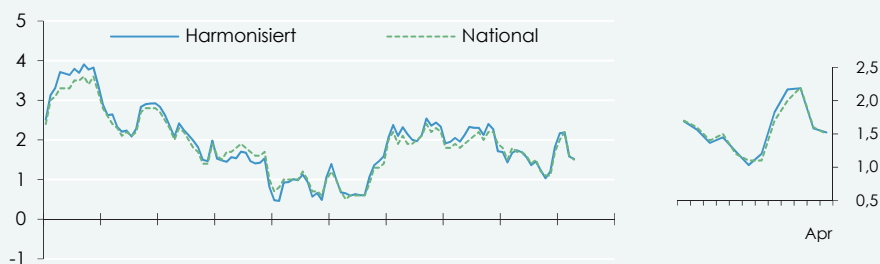
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



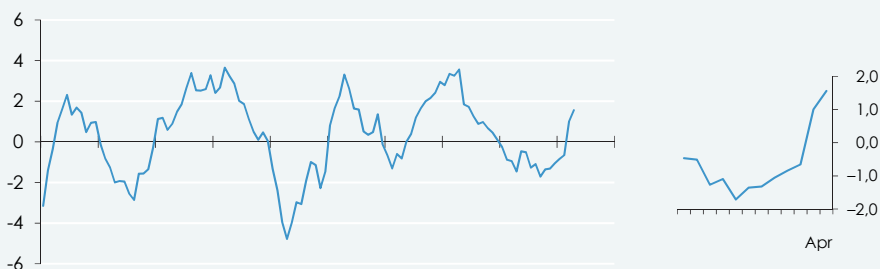
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt²⁾



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Aufgrund der aktuellen Randwerte im Zuge der COVID-19-Krise liefert die Saisonbereinigung keine interpretierbaren Ergebnisse und wird daher bis auf Weiteres ausgesetzt.

Inzwischen verbesserten sich aber die Erwartungen der Unternehmen in allen Sektoren. Nach dem historischen Einbruch des Vormonats zog der Index der unternehmerischen Erwartungen im Mai an.

Am stärksten zog der Erwartungsindex in den Dienstleistungsbranchen an, er blieb jedoch auch hier deutlich im negativen Bereich. In der Sachgütererzeugung erholte er sich ebenfalls deutlich, notierte aber insgesamt weiterhin auf einem Niveau wie zuletzt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. In der Bauwirtschaft erholt sich der Erwartungsindex ebenfalls und notiert nun nahe dem langfristigen Mittel.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex zeichnet ein ähnliches Bild: Nach dem Tiefstwert im April verbesserte er sich nun. Trotz des bisher stärksten monatlichen Anstieges lag er immer noch unter der Marke von 50 Punkten, die ein Wachstum der Industrie signalisiert. Der Index für das Neugeschäft und die Produktionsleistung zogen kräftig an.

3.2 Arbeitsmarkt empfindlich von den Folgen der COVID-19-Pandemie betroffen

Der Einbruch der Wirtschaftsaktivität hinterlässt tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Im Mai war die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nach vorläufigen Schätzungen um 162.000 niedriger als im Vorjahr (-4,4%), nach -185.900 im April. Überdies befanden sich 1,37 Mio. Arbeitskräfte in Kurzarbeit, das waren mehr als ein Drittel der Beschäftigten.

Im Mai waren um 194.350 mehr Arbeitslose registriert als im Vorjahr (+69,7%), einschließlich Personen in Schulungen um 174.100 (+50,7%). Die Arbeitslosenquote lag damit nach nationaler Definition im Mai (nach vorläufigen Schätzungen) bei 11,5% (+4,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

3.3 Preisauftrieb im April gedämpft

Die Inflationsrate lag im April 2020 mit 1,5% um 0,1 Prozentpunkt unter dem Vergleichswert des Vormonats. Die Preise stiegen im

Bereich "Wohnung, Wasser, Energie" im Vorjahresvergleich durchschnittlich um 2,3% und trugen +0,46 Prozentpunkte zur allgemeinen Teuerung bei. Sie waren damit stärkster Preistreiber im Jahresabstand. Die Instandhaltung von Wohnungen verteuerte sich um 3,1%, die Mieten erhöhten sich um 3,2%. Die Haushaltsenergie war beinahe preisstabil (durchschnittlich +0,5%), da der Anstieg der Strompreise (+7,0%) durch den massiven Rückgang der Heizölpreise (-23,6%) kompensiert wurde. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich durchschnittlich um 2,6%. Deutlich rückläufig waren die Preise im Bereich Verkehr, vor allem weil die Treibstoffpreise um insgesamt 14,7% sanken.

Die umfangreichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wirkten sich auch auf die Berechnung der Inflationsrate für den Monat April aus: Laut Statistik Austria konnte ein Teil der Preise nicht wie üblich erhoben werden und wurde daher ersetzt bzw. fortgeschrieben.

3.4 Erhebliche Beeinträchtigung des Tourismus

Die Zahl der Nächtigungen nahm von Jänner bis April 2020 um 24,9% auf 42,26 Mio. ab, wobei der Rückgang der Inlandsnachfrage mit 31,3% höher ausfiel als jener der Auslandsnachfrage (-23,2%). Die Zahl der Ankünfte blieb im selben Zeitraum mit 9,97 Mio. um 31,9% unter dem Vorjahresniveau. Bedingt durch Grenz- und Betriebs-schließungen kam der Übernachtungstourismus nach vorläufigen Ergebnissen im April 2020 erwartungsgemäß nahezu zum Erliegen. Mit rund 287.000 Nächtigungen wurden um 7,92 Mio. Nächtigungen oder 96,5% weniger registriert als im April des Vorjahres.

Die Wintersaison 2019/20 (November bis April) endete aufgrund der behördlichen Maßnahmen bereits um 1½ Monate vorzeitig, die Zahl der Nächtigungen war in der gesamten Saison mit 59,72 Mio. um 18,1% geringer als im Vorjahr und entsprach etwa jenem der Wintersaison 2006/07 (59,38 Mio.).

Wenngleich sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Mai etwas entspannte, ist die Situation insgesamt weiter prekär. Die Arbeitslosenquote lag immer noch nahe ihren bisherigen Höchstwerten.

Der Rückgang der Treibstoffpreise wirkte im April abermals dämpfend auf die Inflation.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, maria.riegler@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Gegensatz zu den an Eurostat gelieferten und auch von Statistik Austria veröffentlichten "saison- und arbeitstägig bereinigten Veränderungen" der vierteljährlichen BIP-Daten bereinigt das WIFO diese zusätzlich um irreguläre Schwankungen. Diese als Trend-Konjunktur-Komponente bezeichneten Werte weisen einen ruhigeren Verlauf auf und machen Veränderungen des Konjunkturverlaufes besser interpretierbar.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbrau-

cherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 603/2020** **25 Years of Austria's EU Membership. Quantifying the Economic Benefits With a DSGE Model**
Fritz Breuss
- 602/2020** **Does Value Chain Integration Dampen Producer Price Developments? Evidence from the European Union**
Klaus S. Friesenbichler, Agnes Kügler, Andreas Reinstaller
- 601/2020** **The Potential Capital Requirement for a Minimum Prices Insurance Scheme for Wheat, Maize, and Rape Seed**
Thomas Url, Serguei Kaniovski
- 600/2020** **Auswirkungen des COVID-19-bedingten Konjunkturerinbruchs auf die Emissionen von Treibhausgasen in Österreich. Ergebnisse einer ersten Einschätzung**
Mark Sommer, Franz Sinabell, Gerhard Streicher
- 599/2020** **Distributional National Accounts (DINA) with Household Survey Data. Methodology and Results for European Countries**
Stefan Ederer, Stefan Humer, Stefan Jestl, Emanuel List
- 598/2020** **Labour Markets in a Post-Keynesian Growth Model. The Effects of Endogenous Productivity Growth and Working Time Reduction**
Stefan Ederer, Armon Rezai
- 597/2020** **Regionale Unterschiede der ökonomischen Betroffenheit von der aktuellen COVID-19-Krise in Österreich. Ein Strukturansatz auf Ebene der Bundesländer**
Julia Bachtrögler, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Michael Klien, Peter Mayerhofer, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher
- 596/2020** **A WTO-compatible Border Tax Adjustment for the ETS to Finance the EU Budget**
Alexander Krenek, Mark Sommer, Margit Schratzenstaller
- 595/2020** **High-growth Firm Shares in Austrian Regions: The Role of Economic Structures**
Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl
- 594/2019** **Radical Distrust: Are Economic Policy Attitudes Tempered by Social Trust?**
Hans Pitlik, Martin Rode
- 593/2019** **Trade Costs in Services. Firm Survival, Firm Growth and Implied Changes in Employment**
Elisabeth Christen, Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr
- 592/2019** **Das EU-Budget 2021 bis 2027 – Optionen für eine Stärkung des europäischen Mehrwerts**
Julia Bachtrögler, Angela Köppl, Atanas Pekanov, Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell
- 591/2019** **The Causal Economic Effects of Olympic Games on Host Regions**
Matthias Firgo

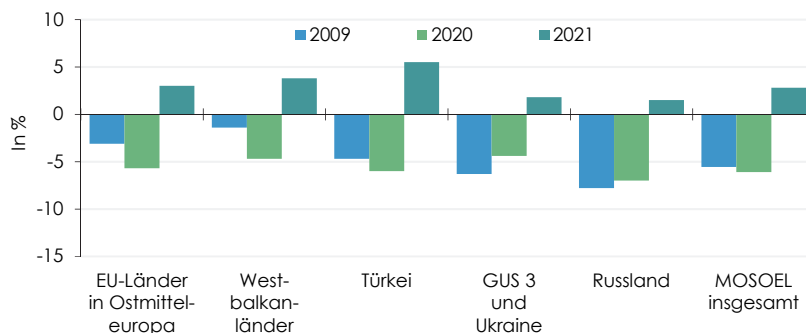
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise

Richard Grieveson (wiw)

- Der durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie verursachte Abschwung wird die Wirtschaft der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) schwerer in Mitleidenschaft ziehen als die Folgen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09.
- Das wiw rechnet für 2020 mit einem gewichteten durchschnittlichen Rückgang des realen BIP in den MOSOEL um 6,1%, verglichen mit –5,6% im Jahr 2009.
- Alle MOSOEL werden in diesem Jahr einen realen BIP-Einbruch von mindestens 3% verzeichnen.
- Dies ist eine beispiellose Krise in der Zeit nach dem Übergang zur Marktwirtschaft. Vor diesem Hintergrund sind die wiw-Prognosen mit einem besonders hohen Maß an Unsicherheit behaftet.
- Mittelfristig wird die Krise viele Aspekte der Volkswirtschaften der MOSOEL grundlegend verändern, aber nicht alle Auswirkungen werden negativ sein.
- Die meisten MOSOEL dürften in den kommenden Jahren von Produktionsverlagerungen westeuropäischer Unternehmen in die Region profitieren ("near-shoring").

Reales BIP-Wachstum in Mittel-, Ost- und Südosteuropa



Für alle MOSOEL prognostiziert das wiw für 2020 einen Einbruch der Wirtschaftsleistung, der teilweise schärfer ausfällt als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009. 2021 wird das BIP durchwegs wieder expandieren (Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat; 2020 und 2021: wiw-Prognose vom Mai 2020).

"In Russland und seinen Nachbarländern wird sich die Wirtschaft nach der COVID-19-Krise und dem damit einhergehenden, vermutlich längerfristigen Verfall der Rohölpreise nur sehr langsam erholen. Im Westen der Region MOSOEL ist eine raschere Belebung zu erwarten."

COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise

Richard Grieveson (wiiw)

COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise

Das reale BIP wird 2020 unter den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas in der Slowakei, in Slowenien, Kroatien und Montenegro am stärksten schrumpfen. Dies spiegelt entweder ein hohes Maß an Anfälligkeit für Störungen des Welthandels oder eine besondere Abhängigkeit vom Tourismus wider. Während einige MOSOEL ihre Fiskalpolitik erheblich lockern können, um den Abschwung abzuschwächen, sind die Möglichkeiten der externen Finanzierung in den meisten Ländern der Region sehr begrenzt. Mit dem Wachstumseinbruch und der Ausweitung der Haushaltsdefizite wird die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP stark steigen. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von umfangreichen Kapitalzuflüssen wird die Unterbrechung dieser Zuflüsse die Ukraine, Moldawien und viele Westbalkanländer besonders belasten.

JEL-Codes: E20, E31, E32, F15, F21, F32, G21, H60, J20, O47, O57, P24, P27, P33, P52 • **Keywords:** Makroökonomische Analyse, COVID-19-Krise, Fiskalpolitik, Internationaler Handel, Tourismus, Konsum, Kapitalflüsse, Investitionen, Verschuldung

Begutachtung: Mario Holzner (wiiw) • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nadya Heger (heger@wiiw.ac.at), Beate Muck (muck@wiiw.ac.at), Monika Schwarzhappel (schwarzhappel@wiiw.ac.at), Galina Vasaros (vasaros@wiiw.ac.at), David Zenz (zenz@wiiw.ac.at) • Abgeschlossen am 19. 5. 2020

Kontakt: Richard Grieveson, M.A.I.S., B.A. (Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, stellvertretender Leiter, grieveson@wiiw.ac.at)

COVID-19 Pandemic in Central, Eastern and South-Eastern Europe: Deepest Recession Since the Transformation Crisis

Among the countries of Central, Eastern and South-Eastern Europe, real GDP will in 2020 shrink most in Slovakia, Slovenia, Croatia and Montenegro. This reflects either a high degree of vulnerability to disruptions in world trade or a particular dependence on tourism. While some CESEE countries can significantly ease their fiscal policy to mitigate the downturn, the possibilities for external financing are very limited in most countries in the region. As growth slumps and budget deficits widen, the ratio of public debt to GDP will rise sharply. Due to their dependence on large capital inflows, the interruption of these inflows will place a particular burden on Ukraine, Moldova and many countries in the Western Balkans.

1. Internationales Umfeld

Weltweit wird ein Wirtschaftseinbruch erwartet, wie er seit den 1930er-Jahren nicht mehr verzeichnet wurde.

Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds wird die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste Krise für die Weltwirtschaft die schwerwiegendste Belastung seit den 1930er-Jahren sein. Alle wichtigen Handelspartner der Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOEL) und alle Herkunftsländer des Tourismus und der Kapitalzuflüsse erleiden eine schwere Rezession. Prognosen sind derzeit mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet. Das wahrscheinlichste Szenario ist ein tiefer Einbruch, gefolgt von einer allmählichen Lockerung der Beschränkungen des Wirtschaftslebens im Laufe von 2020 und 2021. Dennoch wird diese Erholung zögerlich verlaufen, möglicherweise werden einige Lockdown-Maßnahmen neuerlich gesetzt, falls die SARS-CoV-2-Infektionsraten wieder steigen. Eine vollständige Rückkehr zu einer vollen Nutzung aller Wirtschaftskapazitäten wird kaum vor Verfügbarkeit eines Massenimpfstoffes zu erwarten sein (möglicherweise Mitte bis Ende 2021). Die Wiederaufnahme des Wirtschaft-

schaftslebens dürfte eine viel größere Herausforderung bedeuten als die Verhängung der anfänglichen Beschränkungsmaßnahmen.

Die weltweit wichtigsten Zentralbanken reagierten auf die Krise energisch, unterstützen das weltweite Finanzsystem wirksam und gewährleisten ein gewisses Maß an Stabilität. Viele westliche Länder kündigen ebenfalls umfangreiche finanzpolitische Unterstützung an; eine ernsthafte, koordinierte Reaktion scheint im Euro-Raum jedoch schwierig. Die Volkswirtschaften der MOSOEL mit besonders engen Verbindungen zum wirtschaftlich stark getroffenen Italien (insbesondere in Südosteuropa) werden darunter leiden.

Diesem Ausgangsszenario der vorliegenden wiiw-Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOEL) steht ein pessimistischeres Szenario gegenüber, das eine zweite oder dritte Welle von COVID-19-Infektionen, eine unerwartet

lange Wartezeit auf die Verfügbarkeit eines Impfstoffes und schwerwiegende politische

Fehlentscheidungen in den USA oder Europa berücksichtigt.

2. Regionaler Überblick

In seiner aktuellen Prognose für die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) erwartet das WiWi für alle 23 Volkswirtschaften im Jahr 2020 eine tiefe Rezession (Übersicht 1). Im gewichteten Durchschnitt wird das reale BIP der MOSOEL 23 um 6,1% unter dem Vorjahresniveau bleiben. Der Einbruch wird damit tiefer sein als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (2009 –5,6%). Die Erho-

lung wird wesentlich schwächer ausfallen: +2,8% im Jahr 2021, gegenüber +4,4% im Jahr 2010. Am stärksten wird 2020 das BIP in jenen Ländern schrumpfen, deren Wirtschaft besonders vom Außenhandel oder Tourismus abhängt (z. B. die Slowakei, Slowenien, Montenegro und Kroatien).

Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte Konjunkturéinbruch wird in allen MOSOEL tiefer ausfallen als 2009 im Gefolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.

Übersicht 1: BIP-Wachstum und Inflation

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				Veränderung im Jahresdurchschnitt gegen das Vorjahr in %			
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	+ 4,4	+ 3,7	- 5,7	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,3
Bulgarien	+ 3,1	+ 3,4	- 6,3	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,0
Tschechien	+ 2,8	+ 2,6	- 4,8	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,0
Estland	+ 4,8	+ 4,3	- 7,0	+ 4,0	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,5
Kroatien	+ 2,7	+ 2,9	- 11,0	+ 4,0	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0
Ungarn	+ 5,1	+ 4,9	- 5,5	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,4	+ 4,0	+ 3,0
Litauen	+ 3,6	+ 3,9	- 6,5	+ 4,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,4
Lettland	+ 4,3	+ 2,2	- 8,0	+ 4,5	+ 2,6	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,5
Polen	+ 5,3	+ 4,1	- 4,0	+ 3,0	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,0
Rumänien	+ 4,4	+ 4,1	- 7,0	+ 3,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,0
Slowenien	+ 4,1	+ 2,4	- 9,5	+ 4,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,0
Slowakei	+ 4,0	+ 2,3	- 9,0	+ 4,6	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,8
Euro-Raum ²⁾	+ 1,9	+ 1,2	- 7,5	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,0
EU 27 ²⁾	+ 2,1	+ 1,5	- 7,3	+ 5,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,4
Westbalkanländer ¹⁾	+ 4,0	+ 3,5	- 4,7	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,5
Albanien	+ 4,1	+ 2,2	- 5,0	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,5
Bosnien und Herzegowina	+ 3,7	+ 2,6	- 5,0	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,6	- 0,5	+ 1,2
Montenegro	+ 5,1	+ 3,6	- 8,0	+ 5,0	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9
Nordmazedonien	+ 2,7	+ 3,6	- 5,0	+ 4,0	+ 1,5	+ 0,8	- 1,0	+ 0,4
Serbien	+ 4,4	+ 4,2	- 4,0	+ 4,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,6
Kosovo	+ 3,8	+ 4,2	- 4,4	+ 4,0	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,7
Türkei	+ 2,8	+ 0,9	- 6,0	+ 5,5	+ 16,3	+ 15,2	+ 12,0	+ 11,0
GUS, Ukraine ¹⁾	+ 2,8	+ 1,8	- 6,4	+ 1,6	+ 3,9	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,0
Weißrussland	+ 3,1	+ 1,2	- 5,3	- 0,7	+ 4,9	+ 5,6	+ 8,0	+ 7,0
Kasachstan	+ 4,1	+ 4,5	- 3,0	+ 2,0	+ 6,0	+ 5,3	+ 7,0	+ 5,0
Moldawien	+ 4,3	+ 3,6	- 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,5	+ 5,0
Russland	+ 2,5	+ 1,3	- 7,0	+ 1,5	+ 2,9	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,6
Ukraine	+ 3,4	+ 3,2	- 6,0	+ 2,5	+ 10,9	+ 7,9	+ 4,5	+ 6,0
Visegrád-Länder ¹⁾	+ 4,7	+ 3,8	- 4,8	+ 2,9	+ 1,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,1
Baltische Länder ¹⁾	+ 4,1	+ 3,5	- 7,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,5
Südosteuropäische Länder ¹⁾	+ 4,0	+ 3,7	- 6,7	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,8
GUS 3 und Ukraine ¹⁾³⁾	+ 3,7	+ 3,5	- 4,4	+ 1,8	+ 7,4	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,7
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	+ 2,8	+ 1,6	- 6,2	+ 2,8	+ 7,4	+ 7,7	+ 6,6	+ 5,9
MOSOEL insgesamt ¹⁾	+ 3,3	+ 2,2	- 6,1	+ 2,8	+ 5,9	+ 6,2	+ 5,5	+ 4,9

Q: WiWi (Mai 2020), Eurostat, 2020 und 2021: WiWi-Prognose vom Mai 2020, Europäische Kommission. – ¹⁾ WiWi-Schätzung. – ²⁾ WiWi-Prognose. – ³⁾ Ohne Russland.

Übersicht 2: Arbeitslosenquote und Leistungsbilanz

	Arbeitslosenquote				Leistungsbilanz			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	In %, Jahresdurchschnitt, LFS				In % des BIP			
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	4,3	3,8	9,6	8,7	- 0,8	- 0,2	0,9	- 0,3
Bulgarien	5,2	4,2	10,0	9,0	1,4	4,0	1,9	1,7
Tschechien	2,2	2,0	3,5	4,0	0,4	- 0,4	0,3	0,3
Estland	5,4	4,4	8,0	7,0	2,0	2,2	3,0	2,0
Kroatien	8,5	6,6	11,0	10,0	1,9	2,5	- 5,0	- 1,0
Ungarn	3,7	3,4	10,0	7,0	0,0	- 0,8	0,0	0,0
Litauen	6,2	6,3	9,0	8,0	0,3	4,3	5,0	4,0
Lettland	7,4	6,3	8,0	8,5	- 0,7	- 0,5	4,0	2,0
Polen	3,9	3,3	7,0	7,0	- 1,0	0,5	0,2	0,3
Rumänien	4,2	3,9	10,0	7,0	- 4,4	- 4,6	5,0	- 4,5
Slowenien	5,1	4,5	9,0	8,0	6,1	6,6	2,0	3,0
Slowakei	6,5	5,8	8,2	8,7	- 2,6	- 2,9	- 3,1	- 1,8
Euro-Raum ²⁾	8,1	7,5	10,4	8,9	3,6	3,0	2,8	2,8
EU 27 ²⁾	7,2	6,7	9,7	8,2	3,2	2,9	2,9	3,0
Westbalkanländer ¹⁾	15,7	13,4	16,4	15,0	- 5,2	- 6,3	- 7,9	- 6,8
Albanien	12,3	11,5	13,6	11,5	- 6,8	- 7,6	- 9,5	- 9,0
Bosnien und Herzegowina	18,4	15,7	19,0	17,0	- 3,7	- 3,5	- 8,0	- 6,0
Montenegro	15,2	15,1	21,0	19,0	- 17,0	- 15,2	- 20,0	- 16,0
Nordmazedonien	20,7	17,3	21,0	19,0	- 0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5
Serbien	12,7	10,4	13,4	12,7	- 4,8	- 6,9	- 7,5	- 7,0
Kosovo	29,6	25,7	27,0	26,0	- 7,6	- 5,8	- 7,5	- 6,0
Türkei	10,9	13,7	17,2	15,6	- 3,4	0,5	0,4	- 0,2
GUS, Ukraine ¹⁾	5,4	5,2	7,7	6,9	5,3	2,6	- 0,8	0,1
Weißrussland	4,8	4,2	6,0	5,5	0,0	- 1,8	- 2,7	- 3,5
Kasachstan	4,9	4,8	6,0	5,0	- 0,1	- 3,6	- 6,0	- 4,0
Moldawien	3,0	5,1	9,0	6,0	- 10,6	- 9,7	- 9,0	- 9,0
Russland	4,8	4,6	7,0	6,5	6,8	3,8	0,0	1,0
Ukraine	8,8	8,2	12,0	10,0	- 3,3	- 0,9	- 2,0	- 3,5
Visegrád-Länder ¹⁾	3,8	3,3	6,9	6,6	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Baltische Länder ¹⁾	6,4	5,9	8,5	7,9	0,4	2,4	4,2	2,9
Südosteuropäische Länder ¹⁾	8,6	7,4	12,3	10,3	- 3,0	- 2,9	0,4	- 3,8
GUS 3 und Ukraine ¹⁾³⁾	6,9	6,6	7,7	6,9	- 1,5	- 2,5	- 0,7	0,1
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	7,1	7,5	10,2	9,2	2,6	1,7	- 0,8	- 0,3
MOSOEL insgesamt ¹⁾	6,4	6,6	9,6	8,6	1,4	1,0	- 0,2	- 0,3

Q: wiw (Mai 2020), Eurostat. 2020 und 2021: wiw-Prognose vom Mai 2020, Europäische Kommission. Arbeitslosenquote: Labour-Force-Konzept. – ¹⁾ wiw-Schätzung. Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – ²⁾ wiw-Prognose. – ³⁾ Ohne Russland.

Weniger betroffen könnten besonders geschlossene Volkswirtschaften sein (Kosovo, Moldawien), Länder, die umfangreiche Konjunkturprogramme einsetzen (Serbien, Polen, Kasachstan), und jene, die den Zeitpunkt der Abriegelung bzw. Lockerung richtig gewählt zu haben scheinen (z. B. Tschechien)¹⁾.

Die Krise wird das reale Wachstum in den MOSOEL von mehr als zwei Jahren zunichte-

machen und das BIP wieder auf das Niveau von 2017 drücken. Handels- oder tourismusabhängige Volkswirtschaften, wie Kroatien oder die Slowakei, büßen den BIP-Zuwachs von drei bis vier Jahren ein. Auch 2021 wird noch kein Land das Niveau von 2019 wieder erreichen. Die Wirtschaftsleistung von Kroatien, Slowenien, Russland und Weißrussland wird im Jahr 2021 um mindestens 5% kleiner sein als im Jahr 2019.

¹⁾ Einiges weist darauf hin, dass der Kompromiss zwischen dem Schutz der Gesundheit und dem der Wirt-

schaft für die Wirtschaft belastender ist als eine schnellere Abriegelung.

3. Kurzfristig messbare Auswirkungen der COVID-19-Krise

Seit Ende März verfolgt und sammelt das wiiw relevante hochfrequente Daten, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise in den MOSOEL zu messen. Eine umfassende Sammlung von Trackern (darunter auch die des wiiw) bietet der Ökonom Lukas Lehner²).

3.1 Arbeitsmarkt

Die offensichtlichste Auswirkung der Krise dürfte jene auf die Beschäftigung sein. Daten für die MOSOEL liegen bei Redaktionsschluss noch nicht vor, doch ist eine erhebliche und längerfristige Steigerung der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich. Nach einer Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) könnten die

Arbeitsplatzverluste in den MOSOEL besonders empfindlich sein, weil die Wirtschaftsstruktur von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt wird³).

3.2 Einkaufsmanagerindizes

Einkaufsmanagerindizes (PMIs) sind häufig die zuverlässigsten hochfrequenten Indikatoren für die Entwicklung der Wirtschaftsleistung. Die jüngsten verfügbaren Daten deuten auf eine erhebliche Dämpfung hin, sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor (soweit verfügbar) dürfte die Wertschöpfung im Euro-Raum und in Teilen der MOSOEL auf neue Tiefstwerte gesunken sein.

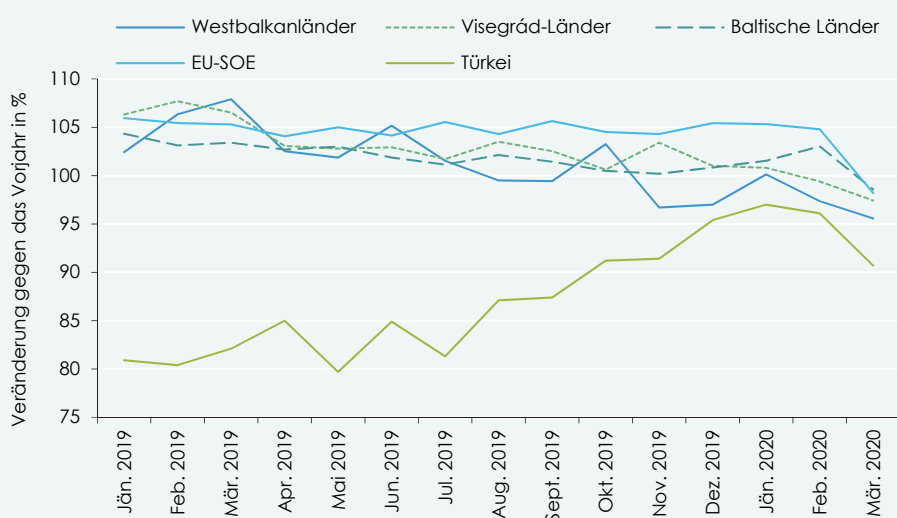
Kurzfristig ist der größte Einbruch der Mobilitätsindikatoren im Einzelhandel und im Freizeitbereich zu erkennen.

Übersicht 3: Einkaufsmanagerindizes

	Insgesamt			Fertigung			Dienstleistungen		
	Zeitraum	Werte	Veränderung gegen den Vormonat	Zeitraum	Werte	Veränderung gegen den Vormonat	Zeitraum	Werte	Veränderung gegen den Vormonat
Tschechien	.	.	.	April	35,1	- 6,2	.	.	.
Polen	.	.	.	April	31,9	- 10,5	.	.	.
Euro-Raum	April	13,5	- 16,2	April	33,4	- 11,1	April	11,7	- 14,7
Türkei	.	.	.	April	33,4	- 14,7	.	.	.
Kasachstan	.	.	.	April	39,3	- 9,5	März	40,6	- 6,0
Russland	.	.	.	April	31,3	- 16,2	März	37,1	- 14,9

Q: IHS Markit. Werte über 50 . . . Expansion, Werte unter 50 . . . Kontraktion.

Abbildung 1: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung



Q: Europäische Kommission. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. EU-SOE: Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien.

²) <https://lukaslehner.github.io/covid19policytrackers/> (abgerufen am 19. 5. 2020).

³) <https://voxeu.org/article/covid-19-job-displacement-emerging-markets> (abgerufen am 19. 5. 2020).

3.3 Währungen

In den MOSOEL werteten viele Währungen Anfang 2020 erheblich ab. Das betraf vor allem den russischen Rubel, seit März machte er allerdings einen Teil des Wertverlustes wieder wett. Auch die türkische Lira verlor im bisherigen Jahresverlauf kontinuierlich an Wert. In Mittel- und Osteuropa verzeichneten die tschechische, die ungarische und die polnische Währung ähnliche Entwicklungen, was eher auf eine allgemeine Zunahme der Risikoaversion gegenüber der Region hindeutet als auf einen Ansatz, der sich auf die Fundamentaldaten der einzelnen Länder stützt. Die Auswirkungen der Abwertung auf die Nettoexporte könnten den Abschwung etwas abmildern, doch wird dieser Effekt durch den enormen allgemeinen Nachfragerückgang und die Tatsache beschränkt, dass die weltweite Integration der Wertschöpfungsketten die Bedeutung der Wechselkurse im Allgemeinen begrenzt.

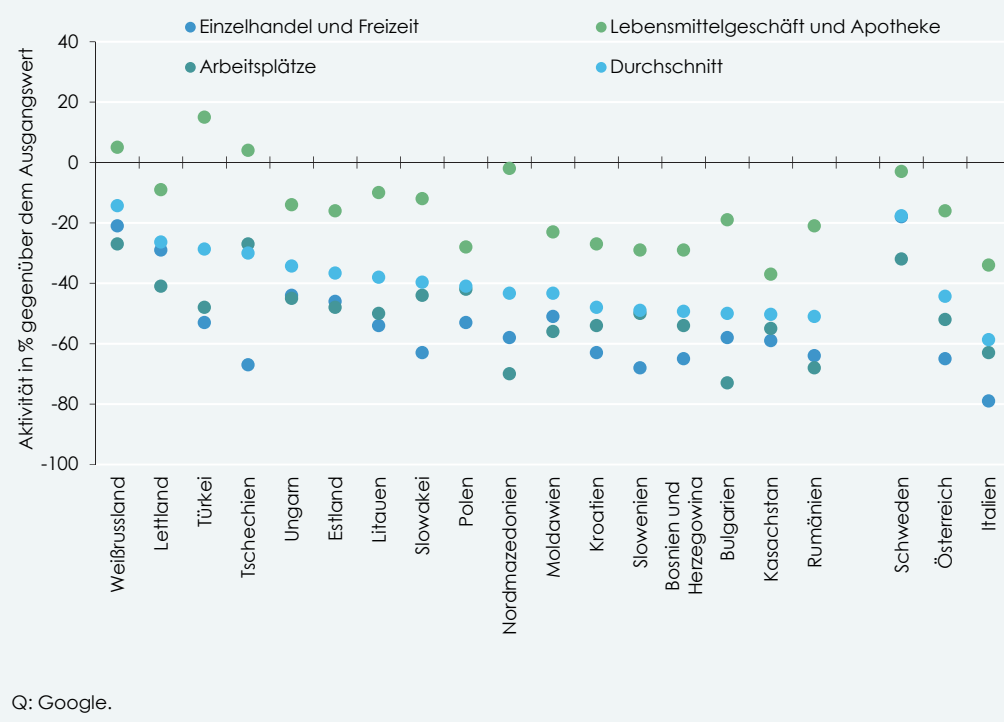
3.4 Konjunkturerwartungen

Die vollen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Wirtschaftsleistung werden erst schrittweise in den Daten sichtbar. Der Indikator der Europäischen Kommission für die wirtschaftliche Einschätzung zeigt bereits im März 2020 (jüngste verfügbare Daten) durchwegs eine deutliche Verschlechterung (Abbildung 1).

3.5 Einschränkung der Nutzung verschiedener Dienstleistungen laut Google-Mobilitätsdaten

Momentaufnahmen von Daten sind oft schwierig zu interpretieren. Die Mobilitätsdaten von Google bieten aktuelle Informationen darüber, wie das Wirtschaftsleben von der COVID-19-Krise beeinflusst wird (Abbildung 2). Der Effekt wird hier anhand eines Vergleiches mit drei westeuropäischen Ländern mit unterschiedlicher Krisenstrategie veranschaulicht: Schweden schränkte die Wirtschaftsaktivitäten nur wenig ein, Italien setzte umfassende Beschränkungen, und Österreich wählte einen Mittelweg:

Abbildung 2: Google-Mobilität – Veränderung der Nutzung verschiedener Dienstleistungen infolge der COVID-19-Krise



- Für Weißrussland werden ähnliche Daten wie für Schweden ausgewiesen, ebenso für Lettland, die Türkei und Tschechien.
- In Rumänien, Bulgarien, Kasachstan, Bosnien und Herzegowina, Slowenien und Kroatien wurde das Wirtschaftsleben am stärksten gestört.
- Fast überall sind die größten Auswirkungen auf den Einzelhandel und den

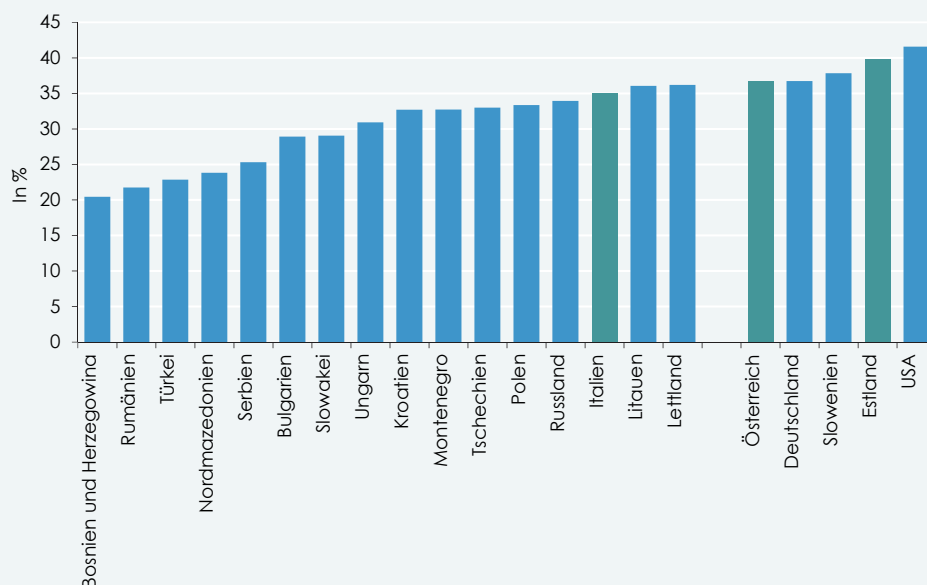
Freizeitbereich zu verzeichnen, wobei Lebensmittelgeschäfte und Apotheken wie erwartet weit unterdurchschnittlich betroffen sind. In Weißrussland, der Türkei und Tschechien liegt die Aktivität hier sogar über dem Ausgangsniveau.

Erhebliche Auswirkungen zeigen aktuelle Daten von Eurostat auch auf die Aktivitäten am Arbeitsplatz:

- Home-Office dürfte in weiten Teilen der MOSOEL zwar verbreitet, aber nicht so einfach möglich sein wie in Westeuropa. Nur in Estland und Slowenien liegt die Nutzung von Home-Office über dem EU-

Durchschnitt. Nach einer Untersuchung vom April 2020 kann in Teilen der MOEL nur etwa ein Fünftel der Arbeitskräfte Home-Office nutzen (Abbildung 3), verglichen mit 37% in Österreich und Deutschland und über 40% in den USA. Auch hier schneiden Estland und Slowenien wesentlich besser ab als die anderen MOSOEL.

Abbildung 3: **Bevölkerungsanteil der Personen, die Homeoffice nutzen können**



Q: https://bfi.uchicago.edu/wp-content/uploads/BFI_White-Paper_Dingel_Neiman_3.2020.pdf.

4. Grundlegende Faktoren der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und Verwundbarkeit

Die grundlegenden Faktoren der Widerstandsfähigkeit und Verwundbarkeit von Volkswirtschaften können in drei große Bereiche unterteilt werden: Demographie und Gesundheit, fiskalpolitischer Spielraum und Auswirkungen auf die einzelnen Sektoren. Die entsprechenden Ergebnisse für die MOSOEL werden vier westeuropäischen Vergleichsländern mit unterschiedlicher Strategie zur Eindämmung der COVID-19-Infektionen gegenübergestellt: Italien und Spanien mit dem schärfsten Lockdown, Schweden mit den geringsten Einschränkungen in Westeuropa und Österreich mit einem Mittelweg.

4.1 Demographie und Gesundheit

Länder mit gut ausgebautem Gesundheitssystem werden – unter ansonsten gleichen Bedingungen – weniger strenge Beschränkungen des Wirtschaftslebens benötigen,

um die Infektionsketten der COVID-19-Pandemie einzudämmen. Weil die MOSOEL allgemein über relativ schwächere öffentliche Gesundheitssysteme als Westeuropa verfügen, führten sie ursprünglich die Beschränkungen im Verhältnis zur Zahl der Fälle schneller ein. Unabhängig davon ist das Risiko einer Überlastung des Gesundheitssystems in Ländern mit höherem Bevölkerungsanteil der Älteren höher, wie verschiedene Forschungsergebnisse zeigen⁴⁾. Daraus ergeben sich die folgenden Schlussfolgerungen:

- Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung entspricht in den EU-Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit rund einem Fünftel etwa den westeuropäischen Vergleichsländern. In den meisten anderen MOSOEL ist die Altersstruktur vorteilhafter als in Westeuropa.

Die größten realen Einbußen werden in jenen MOSOEL erwartet, deren Wirtschaft besonders exportorientiert und/oder tourismusorientiert ist.

⁴⁾ <https://www.pnas.org/content/early/2020/04/15/200491111Z> (abgerufen am 19. 5. 2020).

- Selbst bereinigt um das lokale Preisniveau sind die öffentlichen Gesundheitsausgaben in den MOSOEL dramatisch niedriger als in Westeuropa, insbesondere als in den wohlhabenderen Ländern. Die Bandbreite reicht von 47% des schwedischen Niveaus in Tschechien bis nur 5% in Moldawien und der Ukraine.
- Fünf Länder wiesen vor Ausbruch der COVID-19-Krise eine relativ hohe Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP auf: Slowenien, Ungarn, Albanien, Montenegro und Kroatien. Die drei letztgenannten Länder sind überdies in hohem Maß von Tourismuseinnahmen abhängig (siehe unten). Nur Rumänien wies ein erhebliches Haushaltsdefizit auf. Die allgemein lockere Fiskalpolitik der letzten Jahre könnte Rumäniens Fähigkeit, auf die Krise zu reagieren, beeinträchtigen.

4.2 Fiskalpolitischer Spielraum

Viele westliche Länder können das Defizit der öffentlichen Haushalte erheblich ausweiten, um Arbeitskräfte und Unternehmen über einen Großteil der Krisenzeit hinweg zu unterstützen. In den meisten MOSOEL wird das nicht im gleichen Maß möglich sein. Selbst einige jener Länder, die umfangreiche fiskalpolitische Unterstützungen angekündigt haben, werden diese möglicherweise nicht einhalten können. Die hier gesammelten Daten (Übersicht 4) lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

- Die EU-Beitrittsländer des Jahres 2004 weisen im Allgemeinen die besten Kreditratings auf und sollten daher in der Lage sein, zur Finanzierung ihrer Defizite in weit größerem Umfang als die anderen MOSOEL Kredite aufzunehmen. Die anderen Länder werden entweder auf die internationalen Finanzorganisationen (deren Hilfe begrenzt zu sein scheint) oder auf ihre inländischen Ressourcen angewiesen sein.

Übersicht 4: **Demographische und gesundheitliche Kennzahlen**

	Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in %	Öffentliche Gesundheitsausgaben in \$ pro Kopf, zu Kaufkraftparitäten
	2020	2017
Albanien	15	542
Weißrussland	16	790
Bosnien und Herzegowina	18	826
Bulgarien	21	876
Kroatien	21	1.468
Tschechien	20	2.251
Estland	20	1.608
Ungarn	20	1.361
Euro-Raum	8	509
Lettland	21	961
Litauen	21	1.396
Moldawien	12	241
Montenegro	16	.
Nordmazedonien	14	624
Polen	19	1.350
Rumänien	19	1.075
Russland	16	802
Serbien	19	784
Slowakei	17	1.728
Slowenien	21	2.126
Türkei	9	917
Ukraine	17	257
Österreich	19	4.067
Schweden	20	4.770
Italien	23	2.675
Spanien	20	2.449

Q: Bevölkerungsdaten: UNO; Gesundheitsausgaben: Weltbank; wiw. Blau . . . ungünstigster Wert, grün . . . günstigster Wert.

4.3 Schlüsselsektoren

Nicht alle Wirtschaftssektoren sind in gleicher Weise von der COVID-19-Krise betroffen, einige könnten sogar davon profitieren: Außenhandel und Tourismus sind erheblich negativ betroffen, während die

Energiewirtschaft in einigen Ländern profitieren kann, in anderen vor Herausforderungen steht und die digitale Wirtschaft erheblich profitieren dürfte:

- Jene Länder, deren Wirtschaft das größte Gewicht von Außenhandel

(Slowakei) oder Tourismus (Kroatien, Albanien und Montenegro) aufweist, leiden unter der Krise besonders. Doch während sich exportorientierte Volkswirtschaften relativ schnell erholen könnten (vor allem wenn der Aufschwung in Asien anhält), werden den zahlreichen Tourismusländern der Region wahrscheinlich länger wichtige Impulse fehlen. Die Auswirkungen auf den internationalen Tourismus werden nicht nur in der Sommersaison 2020, sondern weit über das Jahr 2020 hinaus anhalten.

- Obwohl der starke Rückgang der Energiepreise theoretisch symmetrische Auswirkungen haben sollte (die Erdölimporteure gewinnen, was die Erdölexporteure

verlieren), deuten verschiedene Studien darauf hin, dass dies im Allgemeinen nicht der Fall ist. Die Erdölexporteure unter den MOSOEL (Russland und Kasachstan) werden erhebliche Einnahmehinbußen erleiden, die sich nicht unbedingt in einem großen Vorteil für die Erdölimporteure niederschlagen. Aufgrund des tiefgreifenden Vertrauensverlustes, den die COVID-19-Krise mit sich bringt, werden reale Einkommensgewinne gespart und nicht ausgegeben werden. Da die Rohölpreise jedoch wahrscheinlich mittelfristig nicht wieder anziehen werden, wird dies dennoch einen positiven Impuls für den Konsum und die Investitionen in der Region bewirken.

Übersicht 5: **Fiskalpolitische Kennzahlen**

	Bonität 2020	Haushaltssaldo 2019 In % des BIP	Staatsverschuldung 2019 In % des BIP
Albanien	6,0	- 1,9	67,5
Weißrussland	6,0	4,0	42,0
Bosnien und Herzegowina	6,0	1,0	31,7
Bulgarien	4,0	2,1	20,4
Kroatien	4,7	0,4	73,2
Tschechien	2,0	0,3	30,8
Estland	2,3	- 0,3	8,4
Ungarn	4,0	- 2,0	66,3
Kasachstan	4,0	- 1,9	25,2
Kosovo		0,7	17,2
Lettland	3,0	- 0,2	36,9
Litauen	3,0	0,3	36,3
Moldawien	6,0	- 1,4	26,3
Montenegro	6,0	- 2,3	69,0
Nordmazedonien	5,0	- 2,1	48,8
Polen	3,0	- 0,7	46,0
Rumänien	4,0	- 4,3	35,2
Russland	4,0	2,0	12,4
Serbien	5,0	0,7	52,0
Slowakei	3,0	- 1,2	48,0
Slowenien	3,0	0,5	66,1
Türkei	5,7	3,0	32,0
Ukraine	6,3	- 2,1	50,3
Österreich	2,0	0,7	70,4
Schweden	1,0	0,5	35,1
Italien	4,0	- 1,6	134,8
Spanien	3,3	- 2,8	95,5

Q: Bonität: Moody's, S&P, Fitch; Haushaltssaldo, Staatsverschuldung: wiw. Blau . . . ungünstigster Wert, grün . . . günstigster Wert. Bonitätsbewertungen (Durchschnittswerte der Bewertungen von Moody's, S&P und Fitch): 1 . . . erstklassig, 2 . . . hohe Bewertung, 3 . . . oberes Mittel, 4 . . . unteres Mittel, 5 . . . nicht spekulativ, 6 . . . hoch spekulativ, 7 . . . erhebliche Risiken.

- Die digitale Wirtschaft erhält durch die COVID-19-Krise einen beträchtlichen Schub. Am besten positioniert scheinen hier die baltischen Länder, Tschechien

und Slowenien. Diese Branche könnte demnach für einige MOSOEL neue Chancen bieten⁵⁾.

⁵⁾ <https://wiw.ac.at/uncertainty-in-turbulent-times-p-5237.html> (abgerufen am 19. 5. 2020).

Übersicht 6: Schlüsselsektoren

	Außenhandel	Tourismus	Nettoenergiehandelsbilanz	Vernetzter Bereitschaftsindex
	2019 In % des BIP	2016 In % des BIP	2019 In % des BIP	2016
Albanien	77,1	26,3	- 1,4	3,9
Weißrussland	139,4	6,2	- 4,3	.
Bosnien und Herzegowina	99,2	9,9	- 5,0	3,6
Bulgarien	129,2	11,3	- 3,4	4,1
Kroatien	101,8	25,1	- 3,2	4,3
Tschechien	150,6	7,6	- 2,9	4,7
Estland	145,0	15,5	- 1,0	5,4
Ungarn	165,5	8,0	- 3,8	4,4
Euro-Raum	63,5	6,0	22,4	4,6
Kosovo	82,0	.	- 6,4	.
Lettland	122,8	9,4	- 3,4	4,8
Litauen	149,3	4,9	- 4,0	4,9
Moldawien	85,8	3,3	- 8,5	4,4
Montenegro	109,6	25,1	- 4,1	4,0
Nordmazedonien	133,8	6,8	- 6,4	4,3
Polen	107,8	4,5	- 2,8	4,5
Rumänien	86,2	5,4	- 1,6	4,1
Russland	51,3	4,9	14,1	4,5
Serbien	110,1	6,7	- 4,8	4,0
Slowakei	190,2	6,4	- 4,1	4,4
Slowenien	160,8	12,3	- 2,9	4,7
Türkei	60,1	11,7	- 5,0	4,4
Ukraine	99,0	6,0	- 9,4	4,2

Q: Tourismus: Weltbank; Vernetzter Bereitschaftsindex: World Economic Forum; wiw. Blau . . . ungünstigster Wert, grün . . . günstigster Wert.

5. Auswirkungen auf den Finanzmärkten

Die Rolle internationaler Finanzinstitutionen wird entscheidend sein, um den MOSOEL bei der Bewältigung des Abschwunges zu helfen.

Die COVID-19-Krise ist (noch) nicht eine Finanzmarktkrise wie jene 2008/09. Nach einem anfänglichen Engpass⁶⁾ wurde die Dollar-Liquidität – angesichts der Vorherrschaft des Dollars im Welthandel und im Finanzwesen ein wichtiger Faktor in jeder Krise – durch eine energische Reaktion der Fed gewährleistet. Dennoch bedeutet die Kapitalflucht für die MOSOEL eine erhebliche potentielle Herausforderung. Nach Daten des Institute of International Finance (IIF) waren im I. Quartal 2020 die bisher größten Kapitalabflüsse aus den Schwellenländern zu verzeichnen⁷⁾. Eine neue Finanzmarktkrise in den Schwellenländern ist keineswegs undenkbar, nicht zuletzt weil China wahrscheinlich nicht durch expansive Fiskalpolitik den Rückhalt für die weltweite Nachfrage in dem Umfang bieten können wie nach 2008⁸⁾.

Vom Rückgang der verschiedenen Kapitalzuflüsse (Rücküberweisungen von Arbeitskräften aus dem Ausland, Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen und an "Hot Money") sind die Westbalkanländer, Moldawien und die Ukraine unter den MOSOEL am stärksten betroffen (Abbildung 4).

Rücküberweisungen sind für alle genannten Länder wichtig, während ausländische Direktinvestitionen in den letzten Jahren auch für Montenegro, Serbien und Albanien ein bedeutender Teil der Außenfinanzierung waren. Die Abnahme dieser Kapitalströme bedeutet für diese Länder einen zusätzlichen Finanzierungsengpass. In diesem Zusammenhang ist auch die Prolongation der Auslandsschulden eine Herausforderung (so machen die in den nächsten 12 Monaten fälligen Auslandsschulden der Türkei über 20% ihres BIP von 2019 aus). Die meisten Länder wiesen vor Ausbruch der COVID-19-Krise eine höhere Auslandsverschuldung im Verhältnis zum BIP auf als 2007 vor Ausbruch der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (Abbildung 5). Die derzeitige Stärke des Dollars verstärkt diese Schwierigkeiten zusätzlich.

Ein Schlüsselaspekt der finanziellen Belastbarkeit wird der Bankensektor sein. Hier gibt es Grund zu mäßigem Optimismus, da sich die Qualität der Vermögenswerte in den letzten Jahren deutlich verbessert hat (Abbildung 6). Dies kann allerdings einige Bereiche besonderer Stressanfälligkeit verdecken.

⁶⁾ <https://adamtooze.com/2020/03/22/crashed-to-corona-1-the-dollar-shortage/> (abgerufen am 19. 5. 2020).

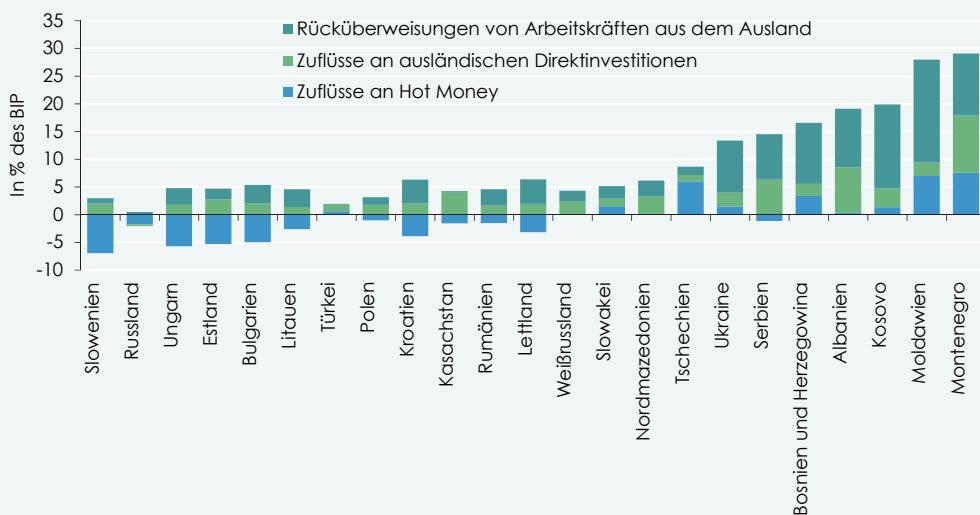
⁷⁾ <https://www.iif.com/Publications/ID/3841/Capital-Flows-Report-Sudden-Stop-in-Emerging-Markets> (abgerufen am 19. 5. 2020).

⁸⁾ <https://foreignpolicy.com/2020/03/28/coronavirus-biggest-emerging-markets-crisis-ever/> (abgerufen am 19. 5. 2020).

Darüber hinaus kann sich, wie die Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/09 gezeigt haben, die Qualität der Aktiva schnell verschlechtern, und ein starker

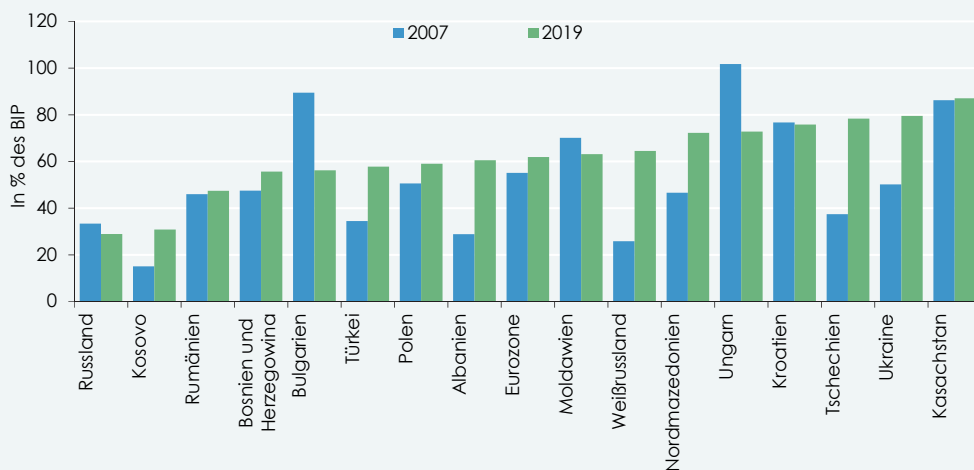
Anstieg der notleidenden Kredite scheint in den kommenden zwei Jahren sehr wahrscheinlich.

Abbildung 4: **Ausgewählte Kapitalflüsse**



Q: Weltbank, nationale Quellen, wiw. Durchschnitt der letzten 5 verfügbaren Jahre.

Abbildung 5: **Bruttoauslandsverschuldung**



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

Internationale Organisationen, Banken und westliche Regierungen scheinen auf die aktuelle Krise angesichts der Erfahrungen aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 schnell zu reagieren. Angesichts des Risikos der Kapitalflucht, insbesondere aus den Westbalkanländern, wurde die "Vienna Initiative" bereits aktiv, die ursprünglich unter Führung der EBRD eingerichtet wurde, um den Finanzsektor in den MOSOEL nach der

Finanzmarktkrise von 2008/09 zu unterstützen⁹⁾. Darüber hinaus vereinbarten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Moldawien und Nordmazedonien mit dem IWF Instrumente zur schnellen Finanzierung (RFI), die ein Volumen an Sonderziehungsrechten von 41,3 Mio. für Kosovo bis zu 265,2 Mio. für Bosnien und Herzegowina aufweisen¹⁰⁾.

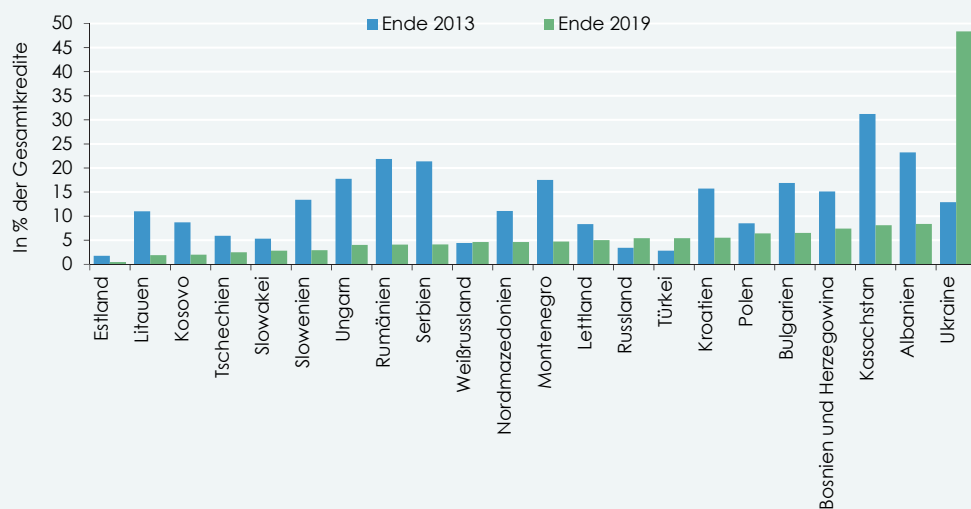
⁹⁾ <https://www.ft.com/content/162bfc8d-603d-415d-938e-f940eadd3aaf?emailId=5ea5e199ea83a3000415efdb&segmentId=488e9a50-190e-700c-cc1c-6a339da99cab> (abgerufen am 19. 5. 2020).

¹⁰⁾ <https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/COVID-Lending-Tracker#EUR> (abgerufen am 19. 5. 2020).

Das Kreditwachstum dürfte in allen Ländern der Region zusammenbrechen. Dies wird die größten wirtschaftlichen Auswirkungen für jene Länder haben, die bisher am stärksten auf das Kreditwachstum angewiesen waren, um die gesamtwirtschaftliche Expansion voranzutreiben. In den letzten sechs Monaten wuchs das Kreditvolumen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), einigen

Westbalkanländern, Ungarn und der Türkei besonders stark (Abbildung 7). In den meisten dieser Länder betraf die Nachfrage von privaten Haushalten und Unternehmen vor allem Kredite in Landeswährung. In Serbien (und in gewissem Umfang auch in Ungarn und Weißrussland) war jedoch ein bemerkenswerter Anstieg der Devisenkredite an Unternehmen zu verzeichnen.

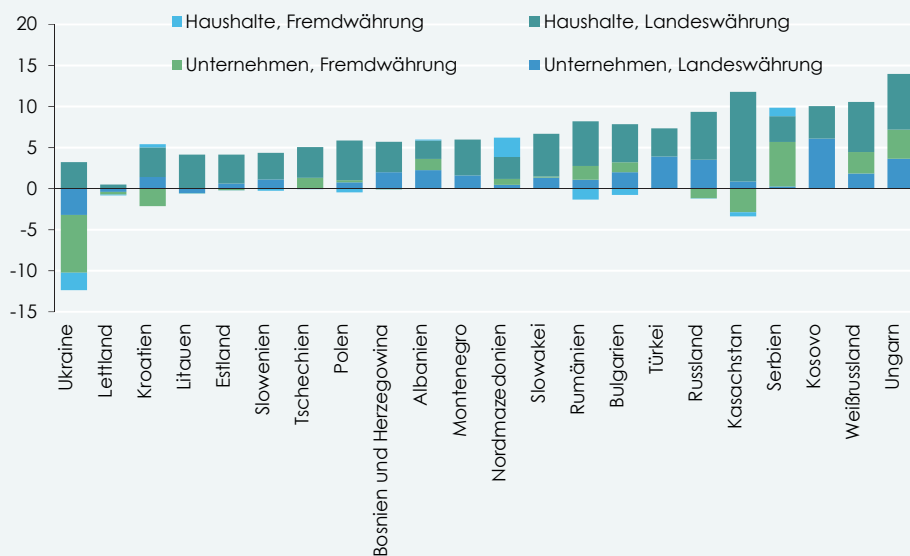
Abbildung 6: Anteil der notleidenden Kredite



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

Abbildung 7: Kreditvolumen

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, gleitender Sechsmontatsdurchschnitt, März 2020 oder später



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

6. Mittel- und langfristige Auswirkungen der COVID-19-Krise in den MOSOEL

Die COVID-19-Krise wird weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaft der MOSOEL haben:

- **Veränderung der Konsumwirtschaft und Zunahme der Konsumzurückhaltung:** Auch auf lange Sicht werden die privaten Haushalte kaum zu ihren Konsumgewohnheiten vor der Krise zurückkehren. Der Lockdown veranlasste viele, erstmals online einzukaufen, und vielfach wird diese Form der Güterbeschaffung beibehalten werden. Die Konsummuster werden, zumindest für eine gewisse Zeit, von einem neuen Maß an Vorsicht geprägt sein. Viele werden noch lange Zeit eher nicht auswärts essen; im Gastgewerbe werden deshalb zahlreiche Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. Die Freizeit- und Unterhaltungsindustrie im Allgemeinen wird sich weitgehend verändern. Selbst wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern, werden die privaten Haushalte wahrscheinlich vorsichtiger sein und einen größeren Anteil ihres Einkommens für das Sparen aufwenden als bisher. Dies wird durch ein (zumindest anfänglich) niedrigeres Beschäftigungsniveau, eine größere Unsicherheit über das zu erwartende Realeinkommenswachstum und möglicherweise auch durch eine höhere Verschuldung der Haushalte noch verschärft werden.
- **Weltweit anhaltend extrem niedrige Zinssätze:** Mehr noch als nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 wird es für die Zentralbanken jetzt viel einfacher sein, die Zinssätze zu senken, als sie wieder anzuheben. Nach 2008/09 waren ein Haupthindernis für Zinserhöhungen die regelmäßig durch die Ankündigung kleiner Zinsschritte ausgelösten Turbulenzen auf den Aktien- und Anleihemärkten. Nachdem die Zentralbanken nun eine viel größere Bandbreite von Finanzaktiva in ihre Ankaufprogramme aufgenommen haben, wird es noch schwieriger sein, zu "normalen" Zinssätzen zurückzukehren (wenn dies überhaupt jemals versucht wird).
- **"Re-Shoring", aber auch "Near-Shoring", von dem die vier Visegrád-Länder, Slowenien, die baltischen Länder und möglicherweise Teile der Westbalkanländer profitieren könnten:** Die COVID-19-Krise wird zumindest eine gewisse Entwirrung der komplexen weltweiten Lieferketten zur Folge haben. Die Unternehmen werden Kostenvorteile für eine größere Versorgungssicherheit aufgeben. Dennoch wird der Anreiz für Unternehmen in Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen

bestehen bleiben, einen Teil der Produktion an kostengünstigere Standorte auszulagern. Der westliche Teil der MOSOEL (und möglicherweise auch Serbien und Nordmazedonien) wird wahrscheinlich davon profitieren und könnte in den kommenden Jahren neue Investitionen aus Westeuropa anziehen. Vor allem die Visegrád-Länder verfügen dank ihrer Nähe zu Westeuropa, der EU-Mitgliedschaft, ihrer relativ guten Infrastruktur und der hohen Qualifikation der Arbeitskräfte über Vorteile. Dies könnte u. a. die Migration aus den ärmeren Teilen der MOSOEL in die EU-Länder der Region verstärken.

- **Zunehmende Auslagerung von Dienstleistungen in die MOSOEL:** Unternehmen lagern im Allgemeinen die Güterproduktion eher aus als den Bezug von Dienstleistungen¹¹⁾. Die Erfahrungen aus der COVID-19-Krise zeigen, wie viele Dienstleistungsaufträge aus der Ferne erledigt werden können. Da die Wirtschaft im Zusammenhang mit der Krise und dem potentiellen Nachfragemangel mittelfristig unter erhöhtem Kostendruck stehen wird, könnten die Unternehmen in Westeuropa nun auch die niedrigeren Arbeitskosten im Dienstleistungssektor der MOSOEL stärker nutzen. Theoretisch könnte eine solche Auslagerung auch den noch kostengünstigeren Standorten in Asien zugutekommen, doch ist die geographische Nähe auch im Dienstleistungshandel wichtig (z. B. wegen der Zeitzonen).
- **Zunehmende Kluft zwischen den "zwei Osteuropa":** Die höherentwickelten Volkswirtschaften der Region – und insbesondere die seit 2004 der EU angehörenden Länder – werden sich immer stärker mit Westeuropa integrieren. Zugleich werden die anderen MOSOEL das derzeit relativ niedrige Niveau der wirtschaftlichen Integration mit den reicheren Teilen Europas nur schwer deutlich verbessern können. So bereitet sich Russland seit einiger Zeit auf eine Verringerung der Globalisierung vor und verfolgt einen sehr restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs. Was dies für die Westbalkanländer bedeutet, ist höchst ungewiss. Es liegt ganz im Interesse der EU, die Westbalkanländer so weit wie möglich zu integrieren; ob sie dies jedoch tun wird, ist fraglich.
- **Nach wie vor wichtige Rolle für China in MOSOEL:** Auf kurze Sicht ist für die drei großen Blöcke der Weltwirtschaft – die USA, China und die EU – das wirtschaftliche wie auch das politische Potential zur Expansion krisenbedingt gering. Doch während dies für die USA und China ein vorübergehender Zustand ist, konzentriert sich die EU seit über einem Jahrzehnt in

Mittelfristig wird die COVID-19-Krise viele Aspekte der Volkswirtschaften Osteuropas grundlegend verändern, aber nicht alle Auswirkungen werden negativ sein. So wird die digitale Wirtschaft in einigen Ländern profitieren.

¹¹⁾ <https://wiiw.ac.at/testing-the-smile-curve-functional-specialisation-in-gvcs-and-value-creation-p-4807.html> (abgerufen am 19. 5. 2020).

erster Linie auf interne Herausforderungen. Die EU dürfte deshalb auch nach Abklingen der COVID-19-Krise eher keine entscheidenden Schritte zur Sicherung ihrer geo-ökonomischen Interessen in den Westbalkanländern und in ihrer östlichen Nachbarschaft unternehmen. Da die Länder in dieser Region mit anhaltenden Finanzierungsengpässen konfrontiert sein werden und Russland aufgrund der niedrigen Rohölpreise mehr denn je die Mittel für eine Rolle als Weltwirtschaftsakteur fehlen werden, wird China wahrscheinlich weiterhin eine wichtige wirtschaftliche und politische Rolle in den Nicht-EU-Ländern der MOSOEL-Region spielen. Chinas Unterstützung für Serbien bei der Bewältigung der COVID-19-Krise ist ein deutliches Beispiel dafür.

- **Chancen für Jüngere:** In der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 litten vor allem Jüngere (insbesondere in Süd- und Südosteuropa) unter dem Verlust von Chancen, während die Generationen der "Babyboomer" und der Älteren eher einen sicheren Arbeitsplatz, einen stabilen Pensionsanspruch und hohe Ersparnisse hatten. In der COVID-19-Krise und danach werden wahrscheinlich jene im Vorteil sein, die am ehesten aus der digitalen Wirtschaft Kapital schlagen können, d. h. vor allem Jüngere.
- **Anhebung der Steuern in den MOSOEL (und möglicherweise Verstärkung der Progression):** Die MOSOEL weisen tendenziell viel niedrigere Steuersätze auf als die westeuropäischen Länder und in vielen Fällen auch eine geringere Progression. Da die Staatsverschuldung als Folge der COVID-19-Krise wahrscheinlich erheblich steigen wird, wird eine Steuererhöhung erforderlich sein, und es könnten Optionen mit deutlicherer Progression in Betracht gezogen werden.
- **Eine erweiterte Rolle für den Staat im Wirtschaftsleben:** Höhere Steuern werden mit einer erweiterten Rolle des Staates einhergehen (und diese verstärken), die

die gegenwärtige Krise überdauern wird. Dies wird ein wichtiger Schritt für viele MOSOEL sein, deren Wirtschaftspolitik – zumindest nach westeuropäischen Maßstäben – einen "Laissez-faire"-Ansatz verfolgt. Für Länder wie Russland und die Türkei, aber auch für Polen und Ungarn wird dies eine geringere Veränderung bedeuten. Für die meisten anderen EU-Länder unter den MOSOEL könnte die Veränderung jedoch einschneidender sein, einschließlich einer deutlichen (und dringend erforderlichen) Erhöhung der öffentlichen Gesundheitsausgaben.

- **Anhaltend niedrige Inflation in den meisten Ländern:** Die genauen Ursachen der anhaltend niedrigen Inflation in der Region sind umstritten; wahrscheinlich spielen demographische Trends, der verstärkte Wettbewerb des Online-Einzelhandels und die deflationären Auswirkungen der hohen Verschuldung eine Rolle. Alle drei Faktoren werden auch in Zukunft wirken, die beiden letztgenannten noch stärker als zuvor. Zusätzlich werden die Rohölpreise anhaltend niedrig sein, sodass die Inflation in den MOSOEL auch weiterhin sehr niedrig sein wird. Ausnahmen davon werden insbesondere Länder mit konstant negativen Realzinssätzen und immer schwächer werdender Währung sein (z. B. die Türkei).
- **Arbeitskräftemangel und Automatisierung:** Eine Zeit lang wird die COVID-19-Krise den Arbeitskräftemangel durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit lindern. Der Druck in Richtung Automatisierung wird jedoch wahrscheinlich stark bleiben, und die Unternehmen werden Möglichkeiten zur Kostensenkung suchen, um die höheren Kosten des Re-Shoring und Near-Shoring auszugleichen. Da darüber hinaus durch die Überalterung der demographische Trend in der MOSOEL-Region deutlich negativ ist, wird der Arbeitskräftemangel in einigen Jahren wieder akut werden.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte Konjunkturerinbruch wird in allen MOSOEL tiefer ausfallen als 2009 im Gefolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Wirtschaft wird sich auch wesentlich langsamer erholen.

Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte Konjunkturerinbruch wird in allen MOSOEL tiefer ausfallen als 2009 im Gefolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Das reale Bruttoinlandsprodukt der gesamten Region wird im Jahr 2020 im gewichteten Durchschnitt um 6,1% zurückgehen, gegenüber -5,6% 2009. Die Wirtschaft wird sich in der gesamten Region auch wesentlich langsamer erholen als nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (2021 +2,8%, 2020 +4,4%).

Im Jahr 2020 wird das BIP in Osteuropa sehr unterschiedlich schrumpfen. Die größten realen Einbußen werden in Kroatien (-11,0%), Slowenien (-9,5%), der Slowakei (-9,0%) und

Montenegro (-8,0%) erwartet – Volkswirtschaften, die besonders exportorientiert und/oder tourismusorientiert sind. Auch die zwei größten Volkswirtschaften der Region geraten heuer in eine tiefe Rezession: Das wiiw prognostiziert für die Türkei einen Rückgang des realen BIP um 6,0% und für Russland um 7,0%.

Weniger gravierend werden die Krisenfolgen für jene Volkswirtschaften sein, die weniger von Außenhandel und Tourismus abhängig sind (Kosovo -4,4%, Moldawien -3,0%) und/oder für jene Länder, die erhebliche fiskalpolitische Ressourcen einsetzen, um den Wirtschaftsabschwung abzufedern (Polen -4,0%, Kasachstan -3,0%, Serbien -4,0%).

Jene Länder, die den Lockdown schneller aufheben konnten, wie z. B. Tschechien (-4,8%), werden ebenfalls überdurchschnittlich abschneiden.

Die Abwärtsrisiken der wiw-Wirtschaftsprognose sind jedoch erheblich. Insbesondere die Abhängigkeit der Ukraine, Moldawiens und vieler Westbalkanländer von großen Kapitalzuflüssen könnte in diesen Ländern erhebliche zusätzliche Belastungen zur Folge haben, da Geldtransfers, ausländische Direktinvestitionen und "Hot Money" heuer stark zurückgehen werden. Die Rolle internationaler Finanzinstitutionen wie des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wird entscheidend sein, um diesen Ländern bei der Bewältigung des Abschwunges zu helfen.

Einige Länder werden ihre Fiskalpolitik erheblich lockern können, um den Einbruch der Wirtschaftsleistung abzuschwächen. Die meisten osteuropäischen Volkswirtschaften haben aber recht begrenzte Möglichkeiten der externen Finanzierung und werden daher auf knappe inländische finanzielle Ressourcen angewiesen sein. Da das Defizit der öffentlichen Haushalte ausgeweitet wird und das nominelle Wachstum einbricht, wird die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP stark steigen.

Die COVID-19-Krise ist ohne Beispiel in der Zeit nach dem Übergang zur Marktwirtschaft. Daher sind die wiw-Prognosen auch mit einem besonders hohen Maß an Unsicherheit behaftet. Ein deutlich ungünstigeres Szenario als das derzeit prognostizierte ist durchaus möglich. Es könnte vor allem durch eine Kombination aus weiteren SARS-CoV-2-Ansteckungswellen, einer längeren Wartezeit auf die Verfügbarkeit eines Impfstoffes und politischen Fehlentscheidungen in den drei großen Wirtschaftsblöcken – USA, China und EU – eintreten. Eine günstigere Entwicklung ist hingegen eher unwahrscheinlich, jedoch nicht völlig ausgeschlossen.

Mittelfristig wird die Krise viele Aspekte der Volkswirtschaften Osteuropas grundlegend verändern, aber nicht alle Auswirkungen werden negativ sein. So dürften sich die Konsumgewohnheiten verändern und eine höhere Vorsicht beibehalten werden, selbst wenn sich die Wirtschaftslage verbessert. Voraussichtlich werden die privaten Haushalte vorsichtiger sein und einen größeren Anteil ihres Einkommens sparen als zuvor.

Dies wird durch ein niedrigeres Beschäftigungsniveau (zumindest anfänglich), größere Unsicherheit hinsichtlich des künftigen Realeinkommens und möglicherweise auch eine höhere Verschuldung der Haushalte verstärkt werden. Die Periode weltweit extrem niedriger Zinssätze wird voraussichtlich länger andauern als nach der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Da die Zentralbanken die Bandbreite der Finanzanlagen in ihren Ankaufprogrammen wesentlich erhöht haben, wird es noch schwieriger sein, zu "normalen" Zinssätzen zurückzukehren (falls der Versuch jemals unternommen wird).

Die Länder Osteuropas werden wahrscheinlich Steuern erhöhen (und möglicherweise die Progression verstärken), um die enorme Zunahme der Staatsverschuldung auszugleichen. Der größte Teil Osteuropas (einschließlich der Visegrád-Länder und möglicherweise auch Serbiens und Nordmazedoniens) dürfte in den kommenden Jahren von einem "Near-Shoring" westeuropäischer Unternehmen, also der Produktionsverlagerung aus Übersee in die Region profitieren. Auch die Auslagerung von Dienstleistungen wird voraussichtlich zunehmen und osteuropäischen Ländern zugutekommen. Vor allem die baltischen Länder, Tschechien und Slowenien können von einem Aufschwung der digitalen Wirtschaft als Folge der Krise profitieren.

Andere Merkmale der osteuropäischen Volkswirtschaften werden weitgehend unverändert bleiben. China wird voraussichtlich weiterhin eine wichtige wirtschaftliche und politische Rolle in den Nicht-EU-Ländern Osteuropas spielen. Die EU wird sich weiterhin intensiv auf ihre internen Probleme konzentrieren. Russland werden weiterhin die finanziellen Ressourcen fehlen, um ein wichtiger Weltwirtschaftsakteur zu sein. Die Inflation und die Zinssätze dürften aufgrund der Kombination aus Rückgang der Bevölkerung, Zunahme der Konkurrenz durch den Online-Handel, deflationärer Wirkung der hohen Verschuldung und anhaltend niedrigem Rohölpreis niedrig bleiben. Nach einer kurzen Flaute werden Arbeitskräftemangel und Automatisierung in Osteuropa erneut akut werden. Der vorübergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit wird nicht stark genug sein, um den Bevölkerungsrückgang mittelfristig auszugleichen. Gleichzeitig wird der Automatisierungsschub stark bleiben, da Unternehmen nach Kosteneinsparungen suchen werden, um die krisenbedingten Verluste auszugleichen.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

8/2020 **COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung verlangsamt sich im Mai etwas**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Mit den Lockerungen der COVID-19-bedingten Einschränkungen im Handel, in den persönlichen Dienstleistungen und im Gastgewerbe von Anfang Mai fiel der Beschäftigungsrückgang im Mai mit $-4,0\%$ etwas geringer aus als im April (April $-5,0\%$, März $-4,9\%$). Auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit war (einschließlich Personen in Schulungsmaßnahmen), nach dem Höhepunkt Mitte April, im Mai mit $+50,7\%$ etwas weniger stark (April $+58,2\%$, März $+52,5\%$). Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf $11,5\%$ (April $12,7\%$, März $12,3\%$). Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten, die nicht in den offiziellen Zahlen des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger ausgewiesen wird, ging seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie massiv zurück (Mai $-12,6\%$ bzw. -43.909 auf 305.628 , April $-17,8\%$, März $-21,5\%$) und liegt gegenwärtig auf einem Niveau wie vor rund 10 Jahren (2011: 307.741).

Juni 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66125>

7/2020 **Ein Mechanismus zur Unterstützung von Unternehmen in der COVID-19-Krise**

Werner Hölzl (WIFO), Philipp Schmidt-Dengler (Universität Wien, Institut für Volkswirtschaftslehre)

Der Beitrag skizziert einen Mechanismus "gewinnabhängig rückzahlbarer Zuschuss" zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in der COVID-19-Krise, der schnell, zielgerichtet und mit geringen administrativen Kosten implementiert werden kann. Dieser Mechanismus ist charakterisiert durch die gewinnabhängige Rückzahlung, eine begrenzte Rückzahlungsfrist, marktübliche Verzinsung und eine Abwicklung über das Steuerkonto. Ein solcher Mechanismus kann effizient und fiskalisch verantwortungsvoll staatliches "Unterstützungskapital" für viele kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung stellen. Abschließend werden mögliche Probleme des Mechanismus diskutiert.

Juni 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66053>

Frühere Ausgaben

6/2020 **COVID-19-Pandemie und internationaler Handel: Abschätzung der Entwicklung der österreichischen Warenexporte im Jahr 2020**

Yvonne Wolfmayr

Mai 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65995>

5/2020 **COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung und Anstieg der Arbeitslosigkeit halten im April an**

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer

Mai 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65983>

4/2020 **Welches Home-Office-Potential birgt der österreichische Arbeitsmarkt?**

Julia Bock-Schappelwein

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65899>

3/2020 **COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65897>

2/2020 **COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65886>

1/2020 **COVID-19, Klimawandel und Konjunkturpakete**

Angela Köppl (WIFO), Stefan Schleicher (Wegener Center und WIFO), Margit Schratzenstaller (WIFO), Karl W. Steininger (Wegener Center)

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65874>

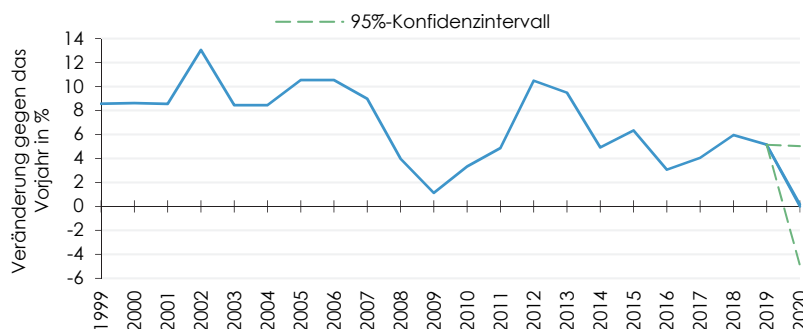
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich

Andreas Reinstaller

- Die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Unsicherheit und der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität können das Produktivitätswachstum aufgrund der Verringerung des Wachstums der Forschungs- und Entwicklungsausgaben langfristig senken.
- Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 dämpfte die Dynamik der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors.
- Wie die empirische Analyse zeigt, senkt ein Rückgang des Wachstums der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors mittelfristig nicht nur das Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsausgaben selbst, sondern auch jenes der Stundenproduktivität und des Arbeitsvolumens.
- Legt man den in der mittelfristigen Prognose des WIFO veranschlagten Rückgang des realen BIP und des Arbeitsvolumens zugrunde, so könnten die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen 2020 um knapp 5 Prozentpunkte langsamer wachsen als 2019.
- Bei anhaltender hoher Unsicherheit könnte sich eine antizyklische Ausweitung von Innovations- und Forschungsförderungen als notwendig erweisen, um Innovationstätigkeiten wieder anzustoßen.

Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors (BERD)



Das jährliche Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors könnte infolge der COVID-19-Pandemie 2020 um 5 Prozentpunkte geringer ausfallen als 2019 (BERD . . . Business Expenditure on Research and Development. Q: WIFO Berechnungen, Statistik Austria).

"Die COVID-19-Krise wird die Dynamik der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors dämpfen und voraussichtlich die Steigerung von Forschung und Innovation verlangsamen sowie das künftige Produktivitätswachstum in Österreich verringern. Die Folgen der Krise könnten so langfristig nachwirken, und die Erholung würde sich verzögern."

Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich

Andreas Reinstaller

Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich

Die Wirtschaftskrise infolge der COVID-19-Pandemie kann eine Verlangsamung des Wachstums der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich um 5 Prozentpunkte gegenüber 2019 nach sich ziehen. Dieser Rückgang kann sich sowohl auf die weitere Entwicklung der Forschungsausgaben selbst als auch auf die langfristige Produktivitätssteigerung auswirken und damit die wirtschaftlichen Kosten der Krise über das Jahr 2020 hinaus erhöhen. Aufgrund der hohen Unsicherheit könnten zusätzliche antizyklische Forschungs- und Entwicklungsförderungen nötig sein, um diese langfristigen Effekte zu minimieren.

JEL-Codes: O31, D22, E32 • **Keywords:** Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, Konjunktur, COVID-19

Begutachtung: Michael Peneder • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at), Nicole Schmidt (nicole.schmidt@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 2. 6. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Andreas Reinstaller (andreas.reinstaller@wifo.ac.at)

Effects of the COVID-19 Crisis on Corporate Research and Development Expenditure in Austria

The economic downturn associated with the COVID-19 pandemic may lead to a decline in corporate R&D spending growth in Austria by 5 percentage points compared to 2019. This decline may affect both the further development of R&D spending itself and long-term productivity growth, thereby increasing the economic costs of the crisis beyond 2020. Due to the high level of uncertainty, additional countercyclical R&D funding may be necessary to minimise these long-term effects.

1. Die COVID-19-Krise als Angebotsschock und ihre Auswirkungen auf Nachfrage und Produktivität

Die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Unsicherheit und der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität können das Produktivitätswachstum aufgrund der Verringerung der F&E-Ausgaben langfristig senken.

Die COVID-19-Pandemie ist eine Gesundheitskrise, in der die wirtschaftliche Aktivität durch behördliche Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung der Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus in der Bevölkerung nachhaltig eingeschränkt wird. Diese Einschränkungen entsprechen einem Angebotsschock, der mit einer Verlangsamung des Produktivitätswachstums einhergeht¹⁾. Die Unternehmenserwartungen zur Geschäftslage trüben sich aufgrund der kurz- und mittelfristigen Unsicherheit ein, wegen der Umsatzeinbußen entstehen Finanzierungspässe, und Unternehmen schränken ihre Aktivitäten weiter ein. Dies verstärkt den ursprünglichen Angebotsschock und kann potentiell in einem selbstverstärkenden Kreislauf die aggregierte Nachfrage senken und damit Nachfrageschocks verursachen (vgl. Fornaro – Wolf, 2020).

Expansive Eingriffe der öffentlichen Hand durch Geld- und Fiskalpolitik können dazu beitragen, das Beschäftigungsniveau zu stabilisieren, doch wenn die Unsicherheit nicht nachhaltig sinkt und sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen nicht stabilisieren, nehmen die Unternehmen Investitionen sowie Innovations- und F&E-Ausgaben zurück. Da die Produktivitätsentwicklung zwar kurzfristig von Schwankungen der Kapazitätsauslastung der Unternehmen, aber langfristig von Investitionen, Verbesserungen der Arbeitsorganisation sowie durch Forschung und Entwicklung bestimmt ist, wird dadurch nun der Pfad des Produktivitätswachstums auf ein niedrigeres Niveau gedrückt²⁾. Damit erstrecken sich die Folgen der Krise über ihren unmittelbaren Verlauf hinaus. Die verlorene Innovationsfähigkeit verringert das künftige Produktivitätswachstum. Dieser Zusam-

¹⁾ di Mauro – Syverson (2020) führen als Effekte der COVID-19-Krise auf das Produktivitätswachstum u. a. erhöhte Transaktionskosten, Verringerung der Mobilität und damit Beschränkungen der Möglichkeit zur Faktorreallokation an.

²⁾ Die Mehrzahl forschungsaktiver Unternehmen fahren während Wirtschaftskrisen ihre Forschungs- und

Entwicklungsausgaben zurück, stellen Forschungsprojekte ein und reduzieren explorative Forschungsaktivitäten (vgl. z. B. Van Ophem et al., 2017, Paunov, 2012, Archibugi – Filippetti – Frenz, 2013). Reinstaller (2019) zeigt ein prozyklisches Verhalten bei der Einführung von Produktinnovationen für Österreich.

menhang wird im vorliegenden Beitrag mit einem Fokus auf die F&E-Ausgaben des

Unternehmenssektors untersucht und für Österreich quantifiziert.

2. Der Effekt einer Wirtschaftskrise auf die F&E-Ausgaben der Unternehmen in Österreich am Beispiel der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09

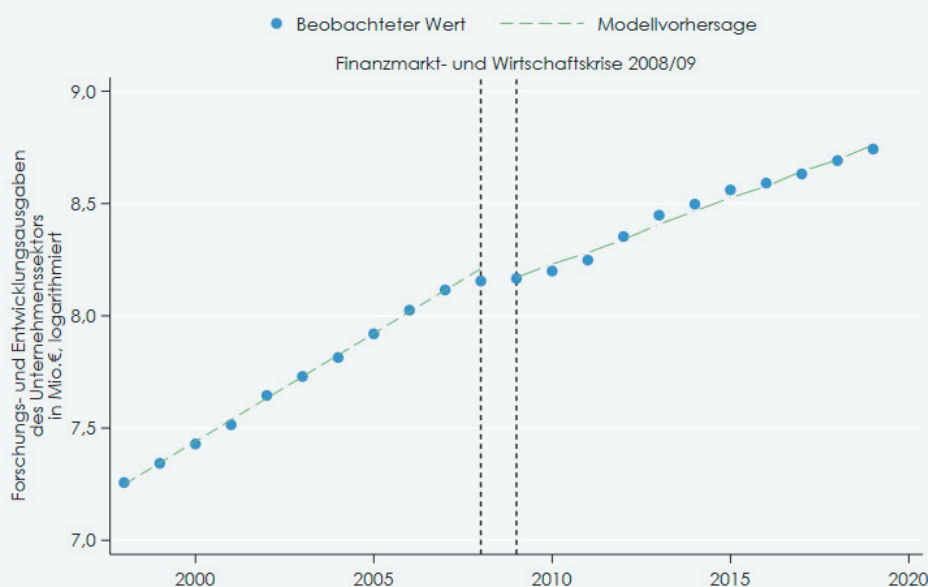
Eine erste Einschätzung der möglichen Auswirkungen einer Wirtschaftskrise auf die F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors in Österreich kann anhand der Entwicklung in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 erfolgen. Wenngleich diese zunächst eine Finanzkrise war, die in weiterer Folge zu einer Bankenkrise wurde und deshalb mit der COVID-19-Krise nur begrenzt vergleichbar ist, so erlaubt sie – als Quasiexperiment – dennoch eine erste Einschätzung der Auswirkung eines nachhaltigen Einbruches der Wirtschaftsaktivität auf die F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors. Sie wurde durch externe Faktoren hervorgerufen, die Anpassungsreaktionen im österreichischen Unternehmenssektor u. a. auch auf die F&E-Investitionen auslösten.

Der Effekt der Krise auf das langfristige Wachstum der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors kann durch eine einfache Zeitreihenanalyse quantifiziert werden. Dabei

wird untersucht, wie sich die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 auf den langfristigen Wachstumstrend der F&E-Ausgaben auswirkte (Abbildung 1, Übersicht 1). Vor der Krise (1998/2008) wuchsen die Ausgaben des Unternehmenssektors um durchschnittlich 9,7% pro Jahr ausgehend von einem Niveau von knapp 1,4 Mrd. € im Jahr 1998 (Konstante). Der Einbruch im Jahr 2008 (Krisendummy 2008) hatte zunächst einen einmaligen Rückgang der Wachstumsrate um 5,5 Prozentpunkte zur Folge und 2009 nochmals um 3,6 Prozentpunkte. Der Effekt der Krise auf den langfristigen Wachstumstrend beträgt –3,6 Prozentpunkte (Interaktionseffekt Krisendummies 2008 × Trend). Damit verflachte er von +9,6% auf +6%. In den Regressionen wurde der mögliche Effekt der unterschiedlichen Änderungen der Forschungsprämie berücksichtigt, er ist für das Niveau der F&E-Ausgaben aber statistisch nicht signifikant.

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 verringerte die Dynamik der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors.

Abbildung 1: Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 auf den langfristigen Wachstumspfad der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors



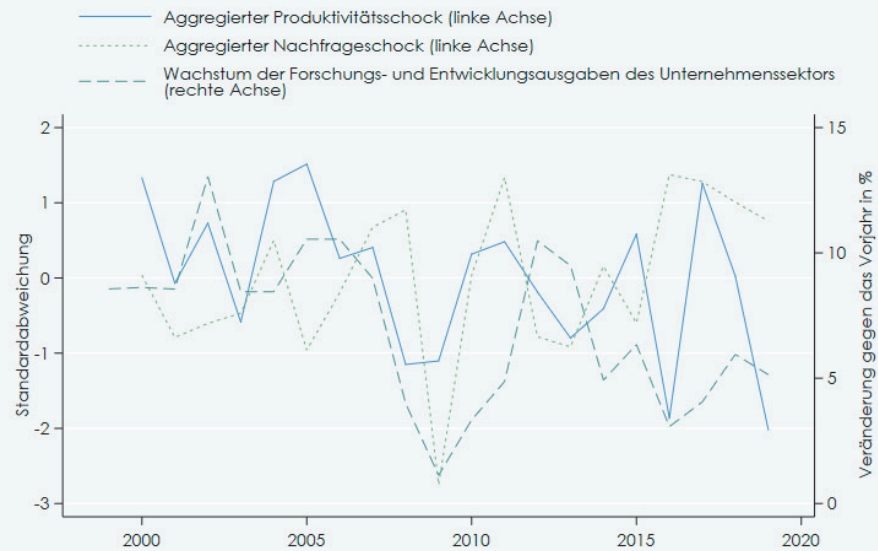
Q: WIFO-Berechnungen.

Übersicht 1: Regressionsanalyse zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2008/09 auf die Veränderung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors (BERD)

	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	P > t
Abhängige Variable ln (BERD)				
Trend vor der Krise	0,0966	0,000	85,310	0,000
Krisendummies 2008	- 0,055	0,005	- 10,550	0,000
Krisendummies 2008 × Trend	- 0,036	0,003	- 11,790	0,000
Krisendummies 2009	- 0,043	0,022	- 1,940	0,070
Krisendummies 2009 × Trend
Forschungsprämienindikator	- 0,016	0,013	- 1,220	0,242
Konstante	7,24	0,007	951,83	0,000

Q: WIFO-Berechnungen. Schätzung mit einer um eine Periode verzögerten abhängigen Variablen. Newey-West-Schätzer zur Berücksichtigung der Autokorrelation in den Fehlertermen. Der Interaktionseffekt "Krisendummies 2009 × Trend" ist kollinear mit dem Interaktionseffekt "Krisendummies 2008 × Trend" und wurde aus der Regression entfernt. BERD . . . Business Expenditure on Research and Development.

Abbildung 2: Das Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors und aggregierte Produktivitäts- und Nachfrageschocks



Q: WIFO-Berechnungen. Die aggregierten Produktivitäts- und Nachfrageschocks wurden durch Anwendung der Methode von Galí (1999) ermittelt.

Der beobachtete Bruch im langfristigen Wachstumstrend der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors sollte nicht kausal interpretiert werden, denn er kann mit verschiedenen mikroökonomischen Anpassungen verbunden sein: Eine derart hohe Zuwachsrate der F&E-Ausgaben, wie sie vor der Krise zu beobachten war, kann nicht über sehr lange Zeit gehalten werden, ohne dass irgendwann die Erträge abnehmen und die F&E-Produktivität sinkt³⁾. In diesem Sinne könnte die Krise 2008/09 von den Unternehmen lediglich zum Anlass genommen worden sein, F&E-Investmentportfolios und langfristige F&E-Investmentstrategien zu überdenken und sich auf Forschungsprojekte mit

sofortigen Gewinnaussichten und weniger auf experimentelle Vorhaben zu konzentrieren. Auch andere, hier nicht berücksichtigte Entwicklungen, wie etwa die stetige Zunahme der Wettbewerbsintensität, könnten den beobachteten Verlauf der F&E-Ausgaben ausgelöst haben. Im Detail lassen sich diese Vermutungen nur mit Unternehmensdaten untersuchen, die in Österreich zwar verfügbar, aber derzeit für wissenschaftliche Analysen in disaggregierter Form nicht zugänglich sind. Aus der deshalb hier gewählten aggregierten Perspektive wäre in diesem Fall jedoch ein autonomer Schock auf die F&E-Ausgaben zu erwarten, der in der langfristigen Wirkung von Produktivitäts-

³⁾ Weitzman (1998), Bresnahan (2012) oder Brynjolfsson – McAfee (2014) argumentieren freilich, explorative F&E, die auf die Rekombination unterschiedlicher Wissensbestände abzielt, sei nicht mit abnehmenden

Erträgen verbunden. Wie einige Autoren aber zeigen, sinkt die Forschungsproduktivität, da der Prozess der Wissensakkumulation an Grenzen stößt (vgl. Jones, 2009, Bloom et al., 2020).

schocks auf die Produktivitätsentwicklung aufgeht. Dieser Aspekt wird in Kapitel 3 anhand eines erweiterten strukturellen VAR-Modells im Detail diskutiert.

Unabhängig von den mikroökonomischen Ursachen langfristiger Anpassungen des F&E-Investitionsverhaltens korrelieren die aggregierten F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors mit Produktivitäts- und Angebotschocks. Abbildung 2 stellt die Entwicklung der jährlichen Wachstumsrate der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors den Produktivitäts- und Nachfrageschocks gegenüber, wie sie mit einem strukturellen vektorautoregressiven Modell berechnet wurden, das es erlaubt, die in Abbildung 1 dargestellten theoretischen Zusammenhänge zu quantifizieren (Galí, 1999, Hölzl – Reinstaller, 2005)⁴). Im Jahr 2008 – die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise brach im Herbst 2008 aus – kann zunächst ein negativer Produktivitätsschock beobachtet werden, der zeitgleich mit einer ersten Verringerung der F&E-

Wachstumsrate erfolgt. 2009 ist ein weiterer negativer Produktivitätsschock zu verzeichnen, der aber von einem sehr starken Nachfrageschock begleitet wird, während im Jahr 2008 noch ein leicht positiver Nachfrageschock zu beobachten war.

Die Veränderungsrate der F&E-Ausgaben erhöhte sich nach dem Einbruch 2008 und 2009 in den Jahren 2012 und 2013 auf das Vorkrisenniveau, obwohl in diesen beiden Jahren sowohl Produktivität als auch Nachfragewachstum wieder rückläufig waren. Danach sank die Zuwachsrate aber auf ein niedrigeres Niveau, um das sie seither schwankt. Die Veränderung der Wachstumsrate der F&E-Ausgaben korreliert positiv mit Produktivitätsschocks ($r = 0,44$) und schwach negativ mit Nachfrageschocks ($r = -0,22$), was auf ein leicht antizyklisches Verhalten der F&E-Ausgaben bezüglich Nachfrageschocks und ein prozyklisches Verhalten bezüglich Produktivitätsschocks hindeutet.

3. Der Effekt von F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors auf das langfristige Wachstum von Produktivität und Nachfrage

Der langfristige Zusammenhang zwischen der Entwicklung von F&E-Ausgaben, Produktivität und geleisteten Arbeitsstunden kann anhand eines erweiterten strukturellen vektorautoregressiven Modells (SVAR) auf der Grundlage der Arbeit von Galí (1999) dargestellt werden. Es bildet die in Kapitel 1 beschriebenen Zusammenhänge empirisch ab (zu Ableitung und Identifikation des Modells siehe Kasten "Ein strukturelles VAR-Modell mit F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors").

In diesem Ansatz wird die Entwicklung der Beschäftigung, hier durch das Wachstum der geleisteten Arbeitsstunden angenähert, durch die Veränderung der effektiven Nachfrage bestimmt, die sich kurzfristig auch positiv auf das Produktivitätswachstum und die F&E-Ausgaben auswirkt. In der langen Frist wird das Produktivitätswachstum aber bestimmt durch die Entwicklung von F&E-

Ausgaben und nicht F&E-bezogenen Investitions- und Innovationsvorhaben, die mit Technologiediffusion und der Nutzung verbesserter Produktionsverfahren und Verbesserungen der Arbeitsorganisation oder dem Aufbau intangibler Investitionsgüter einhergeht. Die Rate des technischen Fortschrittes, die das Produktivitätswachstum treibt, setzt sich somit aus einer F&E-bezogenen und einer investitions- und diffusionsbezogenen Komponente zusammen. Das Modell impliziert damit, dass Investitionen für die Einführung neuer Produkte, Produktionstechnologien oder Arbeitsorganisationsformen notwendig sind, um die Wirkung von F&E-Investitionen zu entfalten, und damit eine Komplementarität zwischen diesen beiden Investitionsformen besteht. Das Produktivitätswachstum und indirekt die Steigerung der F&E-Ausgaben erhöhen damit auch langfristig das Beschäftigungswachstum⁵).

⁴) In dem SVAR-Modell wurden für den Zeitraum 1998/2019 das reale BIP je geleistete Arbeitsstunde als Indikator für die Stundenproduktivität und die geleisteten Arbeitsstunden verwendet. Galí (1999) unterstellt zum Zweck der Identifikation der Schocks, dass Nachfrageschocks (Schocks auf die geleisteten Arbeitsstunden) keine permanente Wirkung auf das Wachstum der Stundenproduktivität haben, während das Wachstum der geleisteten Arbeitsstunden langfristig sowohl von Nachfrageschocks als auch von Produktivitätsschocks bestimmt wird. Eine um F&E-Ausgaben erweiterte Version des Modells wird im Kasten "Ein strukturelles VAR-Modell mit F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors" beschrieben; durch diese Erweite-

rung ändert sich die Interpretation der Produktivitätsschocks.

⁵) Das SVAR-Modell wird auf der Grundlage der mit dem BIP-Deflator deflationierten F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors, des realen BIP je geleistete Arbeitsstunde und der geleisteten Arbeitsstunden spezifiziert. Wie Unit-Root-Tests zeigen, sind die logarithmierten Werte dieser Zeitreihen in ersten Differenzen stationär. Laut einem Johanson-Kointegrationstest bestehen in ersten Differenzen keine Kointegrationsbeziehungen zwischen den Variablen. Zudem zeigt ein weiterer Test, dass die VAR stabil ist und alle Eigenwerte der Begleitmatrix innerhalb des Einheitszirkels liegen.

Ein strukturelles VAR-Modell mit F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors

Der Anteil z_t des BIP, der von Unternehmen für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird, wird bestimmt durch

$$(1) \quad z_t = z_{t-1} e^{\theta_t},$$

θ_t . . . Veränderungsrate der F&E-Ausgaben zum Zeitpunkt t . Die Stundenproduktivität je Outputeinheit pt der Volkswirtschaft ist definiert als

$$(2) \quad pt_t = pt_{t-1} e^{\rho_t + \gamma \theta_t},$$

ρ_t . . . Veränderungsrate der Produktivität zum Zeitpunkt t aufgrund nicht F&E-bezogener Innovationen wie der Verbreitung neuer Produktionstechnologien und -verfahren, die vor allem durch Investitionen realisiert werden. Der Faktor $\gamma \theta_t$ ist jener Teil der Veränderungsrate der F&E-Ausgaben, der sich zum Zeitpunkt t in einer Steigerung der Produktivität niederschlägt, mit $0 < \gamma < 1$. Gemeinsam bilden die beiden Faktoren die Rate des technischen Fortschrittes ab.

Der Anteil der Nachfrage am Output c_t ist bestimmt durch

$$(3) \quad c_t = c_{t-1} e^{\delta_t},$$

δ_t . . . Veränderungsrate der Nachfrage zum Zeitpunkt t . Ist nun N_t die Bevölkerung, die langfristig mit der Rate g wächst, so lassen sich die geleisteten Arbeitsstunden h und der (reale) Output der Volkswirtschaft Q zu einem Zeitpunkt t wie folgt beschreiben:

$$(4) \quad h_t = pt_{t-1} c_{t-1} N_{t-1} e^{g + \delta_t - (\rho_t + \gamma \theta_t)},$$

$$(5) \quad Q_t = w_{t-1} pt_{t-1} c_{t-1} N_{t-1} e^{g + \delta_t - \rho_t + \theta_t (1 - \gamma)},$$

w_{t-1} . . . durchschnittliche reale Stückkosten. Die Entwicklung der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors als Anteil des Outputs ist dann durch (5) und (1) gegeben:

$$(6) \quad RD_t = z_t Q_t = z_{t-1} w_{t-1} pt_{t-1} c_{t-1} N_{t-1} e^{g + \delta_t - \rho_t + \theta_t (1 - \gamma)}.$$

Unter der Annahme, dass h_t , Q_t und RD_t nicht stationäre Zeitreihen sind, die aber in ersten Differenzen stationär sind, können die stochastischen Veränderungsraten θ_t , ρ_t und δ_t folgendermaßen definiert werden:

$$(7) \quad \delta_t = \tau^d + \sigma_t^d + \mu^\delta (\sigma_t^p + \sigma_t^r),$$

$$(8) \quad \rho_t = \tau^p + \sigma_t^p + \mu^\rho \sigma_t^d + \varphi^\rho \sigma_t^r,$$

$$(9) \quad \theta_t = \tau^r + \sigma_t^r + \mu^\theta \sigma_t^p + \varphi^\theta \sigma_t^d.$$

Dabei entsprechen τ^d , τ^p und τ^r dem (autonomen) langfristigen Durchschnitt der Veränderungsrate der Nachfrage, der nicht F&E-basierten Produktivität und der F&E-Ausgaben, σ_t^d , σ_t^p und σ_t^r sind autonome Schocks der Nachfrage, die durch das strukturelle VAR-Modell identifiziert werden sollen. Die Parameter μ^δ , μ^ρ , μ^θ , φ^ρ und φ^θ bilden hingegen ab, wie sich die autonomen Schocks anderer Veränderungsraten auf die Veränderungsraten δ , ρ und θ auswirken. Damit wird unterstellt, dass die Veränderungsrate der geleisteten Stunden, der Nachfrage und der F&E-Ausgaben kurzfristig von der Entwicklung der anderen Aggregate beeinflusst werden. In der langen Frist können jedoch eine Reihe von plausiblen Restriktionen eingeführt werden, die es ermöglichen, die autonomen Schocks σ_t^d , σ_t^p und σ_t^r zu identifizieren. Demzufolge wird unterstellt, dass das langfristige Wachstum der F&E-Ausgaben nur durch Veränderungen der F&E-Ausgaben, nicht aber durch Änderungen der Nachfrage oder der nicht F&E-induzierten Produktivität beeinflusst wird. Dies ist eine Erweiterung bezüglich der langfristigen Restriktionen, die sowohl im neuklassischen Modell von Galí (1999) als auch im postkeynesianischen multisektoralen Wachstumsmodell von Pasinetti (1993) unterstellt werden. Dieser Erweiterung liegt die Annahme zugrunde, dass Forschung und Entwicklung durch die technologischen Paradigmen in den jeweiligen Branchen getrieben werden und langfristig gegen eine dem technologischen Paradigma entsprechende optimale F&E-Investitionsquote konvergieren (vgl. z. B. Dosi, 1988). Dies bildet die technologische Exploration ab. Für die Produktivität wird hingegen angenommen, dass ihr Wachstum in der langen Frist sowohl durch technologische Exploration (F&E) als auch durch technologische Nutzung (technological exploitation) und Technologiediffusion getrieben wird. Letztere erfolgt durch Investitionen, nicht-technologische Innovationen, organisatorische Umstellungen usw. und wird durch die autonomen Schocks der nicht F&E-induzierten Produktivitätsentwicklung abgebildet. Zuletzt hängt das langfristige Wachstum der Nachfrage sowohl von Veränderungen der Nachfrage und damit verbundenen Veränderungen der Präferenzen und Bedürfnisse als auch von Forschung und Entwicklung sowie nicht F&E-induzierten Produktivitätsveränderungen ab, da diese einerseits einen Einkommensanstieg, andererseits aber auch Produktinnovationen bewirken, die wiederum die Nachfrage verändern.

Das langfristige stochastische Wachstum von F&E-Ausgaben, Stundenproduktivität und geleisteten Arbeitsstunden kann durch Einsetzen der stochastischen Veränderungsraten (7), (8) und (9) in die entsprechenden Gleichungen (2), (4) und (6), Logarithmieren und Aufsummieren über den Beobachtungszeitraum t_0 bis t ermittelt werden:

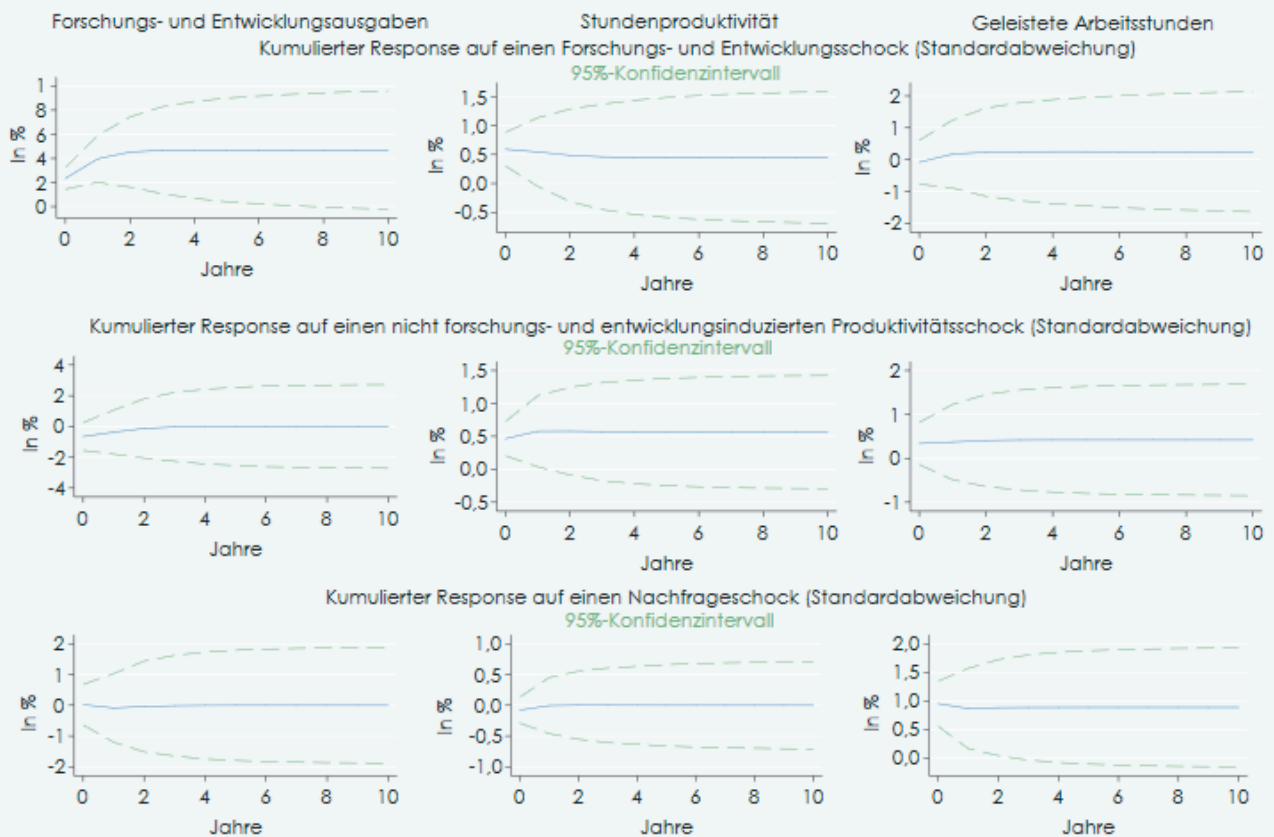
$$(10) \quad \ln RD_t - \ln RD_{t_0} = \tau^r t - (1 - \mu^\delta - (1 - \gamma) \varphi^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^d + (1 + \mu^\delta - \mu^\rho - \gamma) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^r + (1 - \varphi^\rho + (1 - \gamma) \varphi^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^d,$$

$$(11) \quad \ln pt_t - \ln pt_{t_0} = \tau^p t + (1 + \gamma \mu^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^p + (\mu^\rho + \gamma) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^r + (\varphi^\rho + \gamma \varphi^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^d,$$

$$(12) \quad \ln h_t - \ln h_{t_0} = \tau^h t - (1 + \gamma \mu^\theta - \mu^\delta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^p + (\mu^\delta - \mu^\rho - \gamma) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^r + (1 - \varphi^\rho - \gamma \varphi^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^d.$$

Die angenommenen langfristigen Restriktionen für das strukturelle VAR-Modell ergeben sich, indem man in Gleichung (10) $(1 - \mu^\delta - (1 - \gamma) \varphi^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^d = 0$ und $(1 - \varphi^\rho + (1 - \gamma) \varphi^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^d = 0$ und in Gleichung (11) $(\varphi^\rho + \gamma \varphi^\theta) \sum_{i=0}^{t-t_0-1} \sigma_{t-i}^d = 0$ setzt. Dadurch lassen sich aus den Residuen des strukturellen VAR-Modells die strukturellen Schocks σ_t^d , σ_t^p und σ_t^r , die in den Abbildung 3 und Abbildung 4 zugrunde liegenden Berechnungen verwendet wurden, anhand einer Choleski-Zerlegung berechnen.

Abbildung 3: Kumulierter Impuls-Response der Wirkung eines Forschungs- und Entwicklungsschocks im Umfang einer Standardabweichung auf die Stundenproduktivität und die geleisteten Arbeitsstunden



Q: WIFO-Berechnungen.

Abbildung 3 zeigt die kumulierten Impuls-Response-Funktionen des erweiterten strukturellen VAR-Modells. Demnach erhöht ein positiver Schock auf die Wachstumsrate der F&E-Ausgaben im Umfang der Standardabweichung die Wachstumsrate der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors langfristig (kumuliert über zehn Jahre) um 4,7 Prozentpunkte, das Produktivitätswachstum um 0,5 Prozentpunkte und das Wachstum der geleisteten Arbeitsstunden um 0,3 Prozentpunkte. In Summe steigert damit ein derartiger Schock die kumulierte Wachstumsrate des realen BIP nach zehn Jahren um rund

0,8 Prozentpunkte. Ein positiver Schock im Ausmaß der Standardabweichung auf die Wachstumsrate der Investitionen und nicht F&E-bezogenen Innovationen bewirkt hingegen eine langfristige Beschleunigung des Wachstums der Stundenproduktivität um 0,6 Prozentpunkte und der geleisteten Arbeitsstunden um 0,4 Prozentpunkte. Ein positiver Nachfrageschock im Ausmaß einer Standardabweichung erhöht das Wachstum der geleisteten Stunden wiederum um 0,9 Prozentpunkte. Die anderen Transmissionskanäle entfalten hingegen aufgrund der theoretischen Restriktionen keine Wirkung.

Daten und Datenquellen

Für die Berechnung wurden die mit dem BIP-Deflator deflationierten F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors, das reale BIP je geleistete Arbeitsstunde und die geleisteten Arbeitsstunden verwendet. Der BIP-Deflator wurde der AMECO-Datenbank entnommen, die Daten zum nominellen BIP und den F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors (BERD) stammen von Statistik Austria. Die geleisteten Arbeitsstunden wurden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) entnommen. Diese Datenreihe ist länger als jene, die von Statistik Austria bereitgestellt wird, ist mit letzterer aber vor allem hinsichtlich des ausgewiesenen Niveaus nicht konsistent. Andererseits korrelieren die Veränderungsraten der beiden Reihen stark positiv miteinander ($r = 0,93$). Da die vorliegende Analyse auf die Wachstumsraten aufbaut und längerer Zeitreihen bedarf, wurden daher die Daten aus der VGR verwendet.

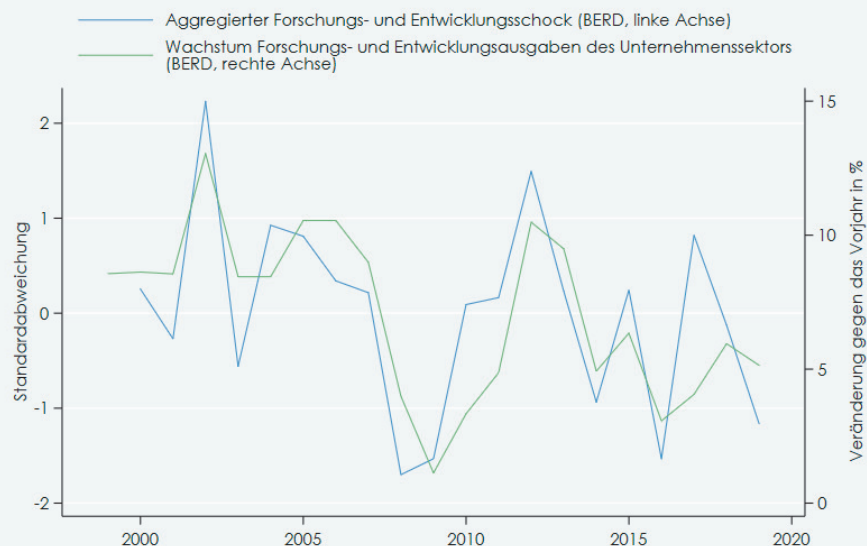
Ein Rückgang des Wachstums der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors senkt mittelfristig das Wachstum der F&E-Ausgaben, der Stundenproduktivität und des Arbeitsvolumens.

Nachfrageveränderungen entfalten damit die stärkste kumulierte Wirkung auf das Wachstum des realen BIP über ihren Effekt auf die Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden. Veränderungen der F&E-Ausgaben wirken hingegen langfristig primär über die Stundenproduktivität und in geringerem Maße über das Arbeitsvolumen.

Die F&E-Schocks der Jahre 2008 und 2009 schlugen sich mit einem Faktor von 1,7 bzw. 1,5 Standardabweichungen nieder (Abbildung 5) und könnten damit rund 2,5 Prozentpunkte des kumulierten realen BIP-Wach-

tums zwischen 2009 und 2019 gekostet haben⁶⁾. Spätere positive F&E-Schocks glichen diesen Verlust teilweise aus, doch insgesamt spiegelt der der F&E-Schocks nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 die gedämpfte Entwicklung der F&E-Ausgaben im Unternehmenssektor wider. Ein markanter negativer F&E-Schock war bereits 2019 zu beobachten – in diesem Jahr trübten sich die Geschäftserwartungen nach einigen expansiven Jahren wieder stark ein; das dürfte auch eine Neubewertung der F&E-Investitionsvorhaben durch die Unternehmen zur Folge gehabt haben.

Abbildung 4: Das Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors (BERD) und aggregierte Forschungs- und Entwicklungsschocks



Q: WIFO-Berechnungen. Die aggregierten Produktivitäts- und Nachfrageschocks wurden durch Anwendung der Methode von Galí (1999) ermittelt. BERD . . . Business Expenditure on Research and Development.

4. Schätzung des Effektes der COVID-19-induzierten Produktivitäts- und Nachfrageschocks auf die F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors

Übersicht 2 zeigt die Ergebnisse einer ökonomischen Schätzung des Einflusses makroökonomischer Produktivitäts- und Nachfrageschocks auf die Veränderungsrate der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors⁷⁾. Aufgrund des Zusammenhanges zwischen der Wachstumsrate der F&E-Ausgaben und kontemporären Produktivitäts- und Nach-

frageschocks kann die Entwicklung der Wachstumsrate der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors infolge der COVID-19-Krise anhand der prognostizierten Werte für das reale BIP-Wachstum und der Veränderung des Arbeitsvolumens (Baumgartner et al., 2020) geschätzt werden. Das Ziel ist dabei nicht, eine möglichst exakte

⁶⁾ Das kumulierte reale BIP-Wachstum betrug zwischen 2010 und 2019 rund 15,4%.

⁷⁾ Die Schätzgleichung folgt aus Gleichung (6) im Kasten "Ein strukturelles VAR-Modell mit F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors". Nach einer Reihe von Umformungen erhält man $\Delta \ln RD_t = (\theta_t - \theta_{t-1}) \Delta \ln RD_{t-1} + [(\delta_t - \delta_{t-1}) - (\rho_t - \rho_{t-1}) - (1 + \gamma) (\theta_t - \theta_{t-1})] \Delta \ln h_{t-1} + \Delta \ln p_{t-1}$. Aus dieser Gleichung wird die Schätzgleichung abgeleitet. Diese wurde anhand eines Instrumentalvariablen-Schätzers mittels GMM geschätzt. Der verzögerte Wert des F&E-Wachstums, $\Delta \ln RD_{t-1}$, wurde dabei mit dem verzögerten F&E-Schock aus der SVAR-Schätzung und Dummies zu den Ände-

rungen der steuerlichen Forschungsprämie instrumentiert. Die F&E-Schocks sind mit dem Wachstum der F&E-Ausgaben korreliert und stammen aus einer anderen Regression, wodurch sie ein geeignetes Instrument sein könnten; sie sind aber auch mit dem Wachstum der Produktivität und der geleisteten Stunden korreliert; deshalb wird als zusätzliches Instrument eine Variable ergänzt, die die Einführung und Änderungen der Höhe der steuerlichen F&E-Förderung abbildet. Ein Sargan-Hansen-Test legt die Gültigkeit der Instrumente nahe. Aufgrund der geringen Zahl der Beobachtung sind die Koeffizienten aber möglicherweise verzerrt.

Vorhersage der Entwicklung der F&E-Ausgaben oder Konsistenz mit der mittelfristigen Prognose des WIFO (*Baumgartner et al., 2020*) zu erzielen, sondern Anhaltspunkte für die Bandbreite der prognostizierten Effekte der COVID-19-Krise auf den Entwicklungspfad der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors im Rahmen eines autonomen Modells, das Angebots- und Nachfrageschocks abbildet, zu erhalten.

Wie die Regressionsgleichung zeigt, schlägt sich eine Änderung der Wachstumsrate der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors in der Vorperiode um 1 Prozentpunkt in einer Änderung der Wachstumsrate der F&E-Ausgaben in der Folgeperiode um knapp 0,49 Prozentpunkte nieder. Eine Änderung der Stundenproduktivität in der Vorperiode um 1 Prozentpunkt erhöht die Wachstumsrate der F&E-Ausgaben in der aktuellen

Periode um 1,34 Prozentpunkte, während Veränderungen der Wachstumsrate der geleisteten Arbeitsstunden keine statistisch signifikante Auswirkung auf die Wachstumsrate der F&E-Ausgaben in der aktuellen Periode haben⁸⁾.

Wichtig für die Einschätzung der Wirkung von Krisen auf das F&E-Wachstum ist aber die Wirkung der Produktivitäts- und Nachfrageschocks. Ein Produktivitätsschock in der Größenordnung einer Standardabweichung schlägt sich in einem Anstieg der Wachstumsrate der F&E-Ausgaben um 1,6 Prozentpunkte in derselben Periode nieder. Nachfrageschocks scheinen hingegen leicht antizyklisch zu wirken, haben jedoch keine statistisch signifikante Wirkung auf die Wachstumsrate der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors⁹⁾.

Übersicht 2: Regressionsanalyse zu den Auswirkungen von Produktivitäts- und Nachfrageschocks auf das Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors (BERD)

	Koeffizient	Robuster Standardfehler	z	P > z
Veränderungsrate der Forschungs- und Entwicklungsausgaben $\Delta \ln(\text{BERD}) (t)$				
Veränderungsrate der Forschungs- und Entwicklungsausgaben ($t-1$)	0,489	0,157	3,04	0,002
Veränderungsrate der Stundenproduktivität ($t-1$)	1,342	0,416	3,23	0,001
Veränderungsrate der geleisteten Arbeitsstunden ($t-1$)	0,186	0,279	0,66	0,507
Produktivitätsschock (t)	0,0161	0,004	4,25	0
Nachfrageschock (t)	-0,004	0,004	-0,85	0,396
Konstante	0,016	0,009	1,65	0,09
Zahl der Beobachtungen	19			
R ²	0,68			

Q: WIFO-Berechnungen. IV-GMM-Schätzer. Instrumentierte Variable: Veränderungsrate der Forschungs- und Entwicklungsausgaben ($t-1$). Instrumente: Veränderungsrate der Stundenproduktivität ($t-1$), Veränderungsrate der geleisteten Arbeitsstunden ($t-1$), Produktivitätsschock (t), Nachfrageschock (t), Forschungs- und Entwicklungsschock, Forschungsprämien-Indikator. BERD . . . Business Expenditure on Research and Development.

Um nun die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf das Wachstum der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors im Jahr 2020 einschätzen zu können, wurden anhand des vom WIFO prognostizierten Rückganges des realen BIP und der geleisteten Arbeitsstunden (*Baumgartner et al., 2020*) mittels einer bivariaten SVAR-Schätzung (Kapitel 2) die entsprechenden Produktivitäts- und Nachfrageschocks errechnet und in die Schätzgleichung eingesetzt.

Demnach würden die F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors im Jahr 2020 mit +0,2% markant schwächer wachsen als 2019 (knapp -5 Prozentpunkte). Die Schwankungsbreite der Schätzung ist naturgemäß hoch: Im optimistischen Fall würde der Rückgang lediglich 0,9 Prozentpunkte und im pessimistischen Fall bis zu 10 Prozentpunkte betragen. Zieht man die Impuls-Response-Analyse aus Kapitel 3 heran, so würde dieser Rückgang das kumulierte Wachstum der F&E-Ausgaben in den kommenden zehn Jahren um knapp 6 Prozentpunkte

Legt man den vom WIFO prognostizierten Rückgang des realen BIP und des Arbeitsvolumens zugrunde, so könnte 2020 das Wachstum der F&E-Investitionen um knapp 5 Prozentpunkte geringer ausfallen als 2019.

⁸⁾ Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass das Wachstum der Stundenproduktivität eine wichtige Komponente für die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden ist, über die ein indirekter Einfluss auf das Wachstum der F&E-Ausgaben ausgeübt wird (vgl. Gleichungen (4) und (5) im Kasten "Ein strukturelles VAR-Modell mit F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors"). Da das Wachstum der Stundenproduktivität bereits in der

Regressionsgleichung berücksichtigt wird, ist eine statistisch signifikante Wirkung nicht mehr gegeben.
⁹⁾ Die hier berücksichtigten Produktivitäts- und Nachfrageschocks sind die in Kapitel 2 eingeführten strukturellen Schocks aus einem bivariaten SVAR, die in der Literatur als Angebots- und Nachfrageschocks interpretiert werden (Kapitel 1).

verringern¹⁰⁾. Zwar dürfte der Rückgang des Wachstums der F&E-Investitionen nach Abklingen der Krise teilweise kompensiert werden. Aufgrund von Verhaltensanpassungen der Unternehmen könnte jedoch der langfristige Wachstumspfad wie nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 neuerlich sinken. Ob dieser Fall eintritt, wird in einem hohen Ausmaß von der Stabilisierung der Geschäftserwartungen und der Abnahme der Unsicherheit abhängen.

5. Wirtschaftspolitische Implikationen

Die Bedeutung der COVID-19-Krise auf die Entwicklung der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors liegt vor allem in ihren langfristigen Effekten und damit der Nachwirkung der Krise über das Jahr 2020 hinaus. Ist es möglich, die negativen Effekte der Krise auf Forschung und Entwicklung der Unternehmen zu minimieren, dann werden auch die langfristigen Kosten der Krise niedriger ausfallen.

Die Kombination von Angebots- und Nachfrageschocks, die durch die COVID-19-Krise ausgelöst wurden, kann sich, so wird argumentiert, selbst bei einer erfolgreichen Stabilisierung der aggregierten Nachfrage durch expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen langfristig negativ auf das Produktivitätswachstum und damit auf das Wachstum des realen BIP auswirken. Der Einschränkung der F&E-Investitionen kommt dabei eine bedeutende Rolle zu; die gleichzeitige Rücknahme von Anlageninvestitionen verstärkt diese Effekte nochmals. Finanzierungsbeschränkungen, die Unsicherheit des wirtschaftlichen Umfeldes und die damit verbundenen negativen Geschäftserwartungen sind für diese Entwicklungen in hohem Maß maßgebend (Reinstaller, 2019).

Der Sicherung der Liquidität von Unternehmen kommt damit in der Krise eine bedeutende Rolle zu, damit auch die langfristigen Effekte der Krise minimiert werden. Sowohl die Europäische Zentralbank als auch die österreichische Bundesregierung haben umfassende expansive Maßnahmen ergriffen, um die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen. Während die EZB mit dem Pandemic Emergency Purchasing Programme (PEPP) im Umfang von 750 Mrd. € (Stand 11. April 2020) versucht, die Refinanzierungskosten der Banken für Kredite gering zu halten und

Die Stundenproduktivität würde bei einer Dämpfung des Wachstums der F&E-Ausgaben im Jahr 2020 um 5 Prozentpunkte um knapp 0,6 Prozentpunkte schwächer steigen, die geleisteten Arbeitsstunden um 0,3 Prozentpunkte – immer unter der Annahme, dass keine Anpassungsreaktionen erfolgen. Diese Schätzung berücksichtigt nur den negativen F&E-Schock, nicht den zugleich auftretenden negativen Schock hinsichtlich der nicht F&E-bezogenen Produktivitätsveränderungen, der diese Effekte verstärken würde¹¹⁾.

damit günstige Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte sicherzustellen, besteht ein substanzieller Teil der fiskalpolitischen Maßnahmen des 41 Mrd. € umfassenden Stützungspaketes der österreichischen Bundesregierung in Kreditgarantien, der Übernahme von Betriebskosten bei Umsatzausfällen (beides im Rahmen des Notfallfonds) sowie in Garantien und Haftungen, die durch die Austria Wirtschaftsservice (AWS) oder die Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) übernommen werden (vgl. Pekanov, 2020). Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität der Unternehmen, ein kontinuierlicher und unbürokratischer Zugang zur Forschungsförderung und die Stabilisierung der Nachfrage sind geeignete Mittel, um die F&E-Ausgaben der Unternehmen zumindest teilweise auf einem hohen Niveau zu halten und die negativen Auswirkungen ihrer Abschwächung auf das Produktivitätswachstum zu minimieren.

Schwieriger ist es jedoch, die Erwartungen zu stabilisieren und die Unsicherheit zu verringern. Die Unsicherheit erhöht sich massiv angesichts der weitreichenden und schwer einzuschätzenden Verzweigung der Auswirkungen der Krise und vor allem auch wegen des Risikos einer neuerlichen COVID-19-Infektionswelle, ohne dass Schutzimpfungen oder wirksame medizinische Behandlungen verfügbar wären. Seit die ersten behördlichen Schließungsmaßnahmen in Österreich in Kraft traten, verschlechterten sich die Einschätzungen und Erwartungen der österreichischen Unternehmen zur Entwicklung der Geschäftslage, ähnlich wie in Deutschland und dem gesamten Euro-Raum, zum Teil dramatisch. Zu Beginn der COVID-19-Krise erhöhte sich die Unsicherheit erheblich; zuletzt war jedoch eine leichte Verbesserung der Einschätzung der Geschäftslage zu

Stundenproduktivität und nicht auf jene des Unternehmenssektors allein geschätzt. Damit fällt der Effekt kleiner aus. Zudem wurde hier die Veränderung der F&E-Ausgaben in unterschiedliche Schockkomponenten zerlegt und nur der Effekt der F&E-Schocks, also der unterstellten Verhaltensveränderung hinsichtlich der F&E-Investitionen, dargestellt.

Bei anhaltender hoher Unsicherheit könnte sich eine antizyklische Ausweitung von Innovations- und F&E-Förderungen als notwendig erweisen, um Innovationsfähigkeiten wieder anzustoßen.

¹⁰⁾ Das kumulierte Wachstum der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors betrug zwischen 2010 und 2019 57,7%.

¹¹⁾ Diese Effekte sind niedriger als die üblichen geschätzten F&E-Elastizitäten auf Produktivität oder Wertschöpfung (vgl. Hall – Mairesse – Mohnen, 2010). Sie sind aber auch mit bestehenden Studien nicht vergleichbar. In der vorliegenden SVAR-Analyse wurde der Effekt einer Veränderung der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors auf die gesamtwirtschaftliche

erkennen¹²⁾. Baker et al. (2020) dokumentieren kurz nach dem Ausbruch der Krise einen Anstieg der Unsicherheit in der Wirtschaft, der gemäß ihren Unsicherheitsindikatoren das während der Weltwirtschaftskrise 1929/1933 beobachtete Ausmaß erreichte. Eine derart massive Verunsicherung kann die Investitionstätigkeit der Unternehmen nachhaltig dämpfen, sodass expansive Geld- und Fiskalpolitik nur mehr sehr beschränkt wirken (Benigno – Fornaro, 2018, Fornaro – Wolf, 2020). Dies gilt insbesondere, wenn das allgemeine Zinsniveau schon sehr niedrig ist (vgl. z. B. Mody, 2019).

Glaubhaften und international koordinierten Maßnahmen zur Minimierung des Risikos einer neuerlichen COVID-19-Infektionswelle kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Sollte dies zusammen mit den umfassenden geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Erwartungen zu stabilisieren, sodass das Investitionsverhalten der Unternehmen sich normalisiert, dann wären einerseits die Ausweitung der öffentlichen Förderungen für

Forschung und Innovation und andererseits spezifische Förderungen für Investitionen notwendig, um ein kontinuierliches Produktivitätswachstum sicherzustellen (Benigno – Fornaro, 2018). Solche Maßnahmen wurden während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 in Deutschland im Rahmen des Konjunkturpaketes II beschlossen und im ZIM-Programm (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand) umgesetzt. Sie trugen, wie Evaluierungen zeigen, zur Stabilisierung von Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung bei (Brautzsch et al., 2015) und hatten nur zeitlich beschränkt den Effekt einer Verdrängung privater F&E-Investitionen (Hud – Hussinger, 2015).

Derartige Maßnahmen müssten durch komplementäre umfangreiche öffentliche Investitionsprogramme in strategischen Wirtschaftsbereichen, öffentliche Beschaffung und eine verstärkte Missionsorientierung der Forschungsförderung ergänzt werden, mit dem Ziel die Resilienz der Wirtschaftsstruktur zu erhöhen und zugleich Nachfrage nach neuen Technologien zu schaffen.

6. Literaturhinweise

- Archibugi, D., Filippetti, A., Frenz, M., "Economic crisis and innovation: is destruction prevailing over accumulation?", *Research Policy*, 2013, 42(2), S. 303-314.
- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, S. J., Stephen, T. J., "COVID-Induced Economic Uncertainty", NBER Working Paper, 2020, (26983).
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Bierbaumer-Polly, J., Glocker, Ch., Huemer, U., Loretz, S., Mahringer, H., Pitlik, H., "Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 239-265, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65916>.
- Benigno, G., Fornaro, L., "Stagnation traps", *Review of Economic Studies*, 2018, 85, S. 1425-1470.
- Bloom, N., Jones, C. I., Van Reenen, J., Webb, M., "Are ideas getting harder to find?", *American Economic Review*, 2020, 110, S. 1104-1144.
- Brautzsch, H. U., Guenther, J., Loose, B., Ludwig, U., Nulsch, N., "Can R&D subsidies counteract the economic crisis? Macroeconomic effects in Germany", *Research Policy*, 2015, 44, S. 623-633.
- Bresnahan, T. F., "Generality, Recombination, and Reuse", in Lerner, J., Stern, S. (Hrsg.), *The Rate and Direction of Inventive Activity Revisited*, University of Chicago Press, Chicago, 2012, S. 611-656.
- Brynjolfsson, E., McAfee, A., *The Second Machine Age*, Norton & Co., New York, 2014.
- di Mauro, F., Syverson, C., *The COVID crisis and productivity growth*, VOX – CEPR Policy Portal, 16. April 2020, <https://voxeu.org/article/covid-crisis-and-productivity-growth> (abgerufen am 16. 4. 2020).
- Dosi, G., "Sources, procedures, and microeconomic effects of innovation", *Journal of Economic Literature*, 1988, 26(3), S. 1120-1271.
- Fornaro, L., Wolf, M., *Coronavirus and macroeconomic policy*, VOX – CEPR Policy Portal, 10. März 2020, <https://voxeu.org/article/coronavirus-and-macroeconomic-policy> (abgerufen am 8. 4. 2020).
- Galí, J., "Technology, Employment, and the Business Cycle: Do Technology Shocks Explain Aggregate Fluctuations?", *American Economic Review*, 1999, 89(1), S. 249-271.
- Hall, B. H., Mairesse, J., Mohnen, P., "Measuring the returns to R&D", Kapitel 24 in Hall, B. H., Rosenberg, N. (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Innovation*. Vol. 2, North Holland, Amsterdam, 2010, S. 1033-1082.
- Hözl, W., Klien, M., Kügler, A., "Konjunktüreinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 337-345, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66018>.
- Hözl, W., Kügler, A., "Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 347-353, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66019>.

¹²⁾ Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom April und Mai 2020: https://www.ikt.at/index.php?id=56&no_cache=1 (abgerufen am 24. 6. 2020); Deutschland:

<https://www.ifo.de/node/53943> (abgerufen am 13. 4. 2020) und <https://www.ifo.de/node/56337> (abgerufen am 24. 6. 2020).

- Hölzl, W., Reinstaller, A., "Sectoral and aggregate technology shocks: is there a relationship?", in "Growth and Employment in Industrialized Countries – Challenges and Options", *Empirica*, 2005, 32(1), S. 45-72.
- Hud, M., Hussinger, K., "The impact of R&D subsidies during the crisis", *Research Policy*, 2015, 44, S. 1844-1855.
- Jones, B. F., "The burden of knowledge and the 'death of Renaissance man': Is innovation getting harder?", *Review of Economic Studies*, 2009, 76, S. 283-317.
- Mody, A., The ECB has reached its political limits. Its consequences in eight charts, VOX – CEPR Policy Portal, 11. 2. 2019, <https://voxeu.org/content/ecb-has-reached-its-political-limits-its-consequences-eight-charts>.
- Pasinetti, L. L., *Structural Economic Dynamics: A Theory of the Economic Consequences of Human Learning*, Cambridge University Press, Cambridge, 1993.
- Paunov, C., "The global crisis and firms' investments in innovation", *Research Policy*, 2012, 41, S. 24-35.
- Pekanov, A., "Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(4), S. 275-284, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65918>.
- Reinstaller, A., "Produkteinführungen österreichischer Unternehmen und Konjunkturschwankungen", *WIFO-Monatsberichte*, 2019, 92(3), S. 173-182, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61702>.
- van Ophem, H., van Giersbergen, N., van Gardern K. J., Bun, M., "The cyclicity of R&D investment revisited", *Journal of Applied Econometrics*, 2017, 34(2), S. 315-324.
- Weitzman, M. L., "Recombinant growth", *Quarterly Journal of Economics*, 1998, 113, S. 331-360.

Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur

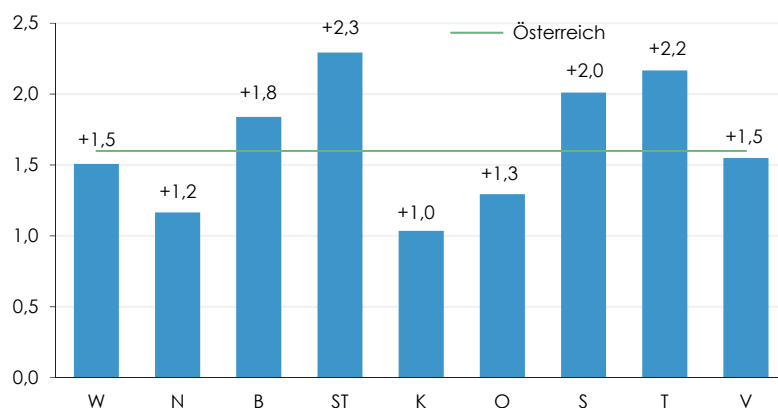
Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019

Matthias Firgo, Julia Bachtrögler-Unger, Oliver Fritz, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher

- Im Jahr 2019 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum gegenüber 2018 in acht der neun Bundesländer.
- Alle Bundesländer verzeichneten 2019 jedoch nochmals eine deutliche Steigerung der realen Bruttowertschöpfung und Beschäftigung.
- Die Bundesländer mit stärker dienstleistungsorientierter Wirtschaftsstruktur waren von der zunehmend konsumgestützten Konjunktur gegenüber den stärker von der Industrie geprägten Ländern begünstigt.
- Laut WIFO-Schnellschätzung wurde dieses Muster lediglich von der Steiermark durchbrochen, die 2019 das höchste Wirtschaftswachstum unter den Bundesländern aufwies.
- In allen Bundesländern verlor das Wachstum der Sachgüterproduktion an Dynamik, während sich Bauwirtschaft und Dienstleistungssektor grobteils robust entwickelten.

Schnellschätzung der Bruttowertschöpfung 2019

Ohne Land- und Forstwirtschaft, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen), Veränderung gegen das Vorjahr in %



Die 2018 beobachteten Wachstumsvorteile der Bundesländer mit stärker von der Industrie geprägter Wirtschaftsstruktur lösten sich 2019 weitgehend zugunsten der stärker dienstleistungsorientierten Länder auf. Einzig die Entwicklung in der Steiermark durchbrach im abgelaufenen Jahr merklich dieses Muster (Q: WIFO, ESVG 2010; vorläufige Werte (Stand 19. Mai 2020)).

"Die zunehmend konsumgestützte Konjunktur begünstigte 2019 die Bundesländer mit stärker vom Dienstleistungssektor geprägter Wirtschaftsstruktur. In allen Bundesländern außer dem Burgenland verlangsamte sich das Wachstum dabei gegenüber 2018."

Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur

Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019

Matthias Firgo, Julia Bachtrögler-Unger, Oliver Fritz, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher

Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019

Hatten im Jahr 2018 die Bundesländer mit stärker von der Industrie geprägter Wirtschaftsstruktur von Wachstumsvorteilen profitiert, so verlagerten sich diese 2019 weitgehend zugunsten der stärker dienstleistungsorientierten Länder. Dieses Muster wurde nur von der Steiermark durchbrochen, die laut WIFO-Schnellschätzung 2019 das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer aufwies. Die Beschäftigungsentwicklung verlor parallel zur Entwicklung der Wertschöpfung an Dynamik, blieb jedoch in allen Bundesländern positiv.

JEL-Codes: R10, R11, O18 • **Keywords:** Konjunktur, Sektorentwicklung, Regionalentwicklung, Österreich, Bundesländer

Begutachtung: Jürgen Bierbaumer-Polly • **Wissenschaftliche Assistenz:** Sabine Ehn-Fragner (sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at), Fabian Gabelberger (fabian.gabelberger@wifo.ac.at), Andrea Grabmayer (andrea.grabmayer@wifo.ac.at), Andrea Hartmann (andrea.hartmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Birgit Schuster (birgit.schuster@wifo.ac.at), Michael Weingärtler (michael.weingaertler@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 5. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Matthias Firgo (matthias.firgo@wifo.ac.at), Julia Bachtrögler-Unger, PhD (julia.bachtroegler-unger@wifo.ac.at), Mag. Dr. Oliver Fritz (oliver.fritz@wifo.ac.at), Mag. Dr. Peter Huber (peter.huber@wifo.ac.at), Dr. Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Philipp Piribauer, PhD (philipp.piribauer@wifo.ac.at), Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Streicher (gerhard.streicher@wifo.ac.at)

Economic Slowdown Shifted Regional Growth Patterns. Business Development in the Austrian Länder in 2019

The growth advantages of the more industrialised Länder of 2018 largely dissolved in 2019 in favour of the more service-oriented Länder. This pattern was only broken by Styria, which, according to WIFO's Flash Estimate for 2019, had the highest economic growth of all Austrian Länder. Employment development lost momentum in parallel with the development of value added but remained positive in all Länder.

1. Abkühlung der Wirtschaftsdynamik in fast allen Bundesländern

Mit einem realen BIP-Wachstum von 1,6% expandierte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019 noch einmal kräftig, wenngleich bereits deutlich langsamer als in den Jahren 2017 (+2,5%) und 2018 (+2,4%). Im Jahresverlauf 2019 verlor die Konjunktur immer mehr an Dynamik. Insbesondere in der Sachgüterproduktion und im Export trübte sich die Lage in einem zunehmend schwierigeren internationalen Konjunkturmilieu immer mehr ein, der Konsum gewann als Stütze der heimischen Konjunktur an Gewicht. Die insgesamt immer noch robuste Konjunkturlage spiegelte sich auch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt: Die Arbeitskräftenachfrage verflachte zwar parallel zur Entwicklung der Wertschöpfung, dennoch wurde die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten um 1,6% ausgeweitet, und die Arbeitslosenquote sank gegenüber 2018 von 7,7% auf 7,4%.

Gemäß der aktuellen WIFO-Schnellschätzung der regionalen Bruttowertschöpfung (ohne Land- und Forstwirtschaft) folgte die regionale Entwicklung in Österreich dem Muster eines reifen Konjunkturzyklus: Die 2018 beobachteten Wachstumsvorteile der Bundesländer mit stärker von der Industrie geprägter Wirtschaftsstruktur lösten sich 2019 weitgehend zugunsten der stärker dienstleistungsorientierten Länder auf. Einzig die Steiermark durchbrach dieses Muster: Die reale Wachstumsrate war mit +2,3% – wie bereits 2018 – die höchste aller Bundesländer vor den stärker dienstleistungsorientierten Ländern Tirol (+2,2%) und Salzburg (+2,0%). Am schwächsten wuchs die Wirtschaft 2019 in Kärnten (+1,0%), Niederösterreich (+1,2%) und Oberösterreich (+1,3%) – jeweils Länder, in denen die Sachgüterproduktion eine überdurchschnittliche Rolle spielt. In allen Bundesländern außer dem Burgenland

verlangsamte sich das Wachstum dabei gegenüber 2018.

Der vorliegende Bericht analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen der österreichischen Bundesländer mit Fokus auf

die Entwicklung in den einzelnen Sektoren. Ein kurzes Resümee für den bisherigen Jahresverlauf 2020 und die weitere Perspektive im Lichte der aktuellen COVID-19-Krise folgt am Ende des Artikels¹⁾.

2. Wachstum der Sachgütererzeugung lässt im Jahresverlauf nach

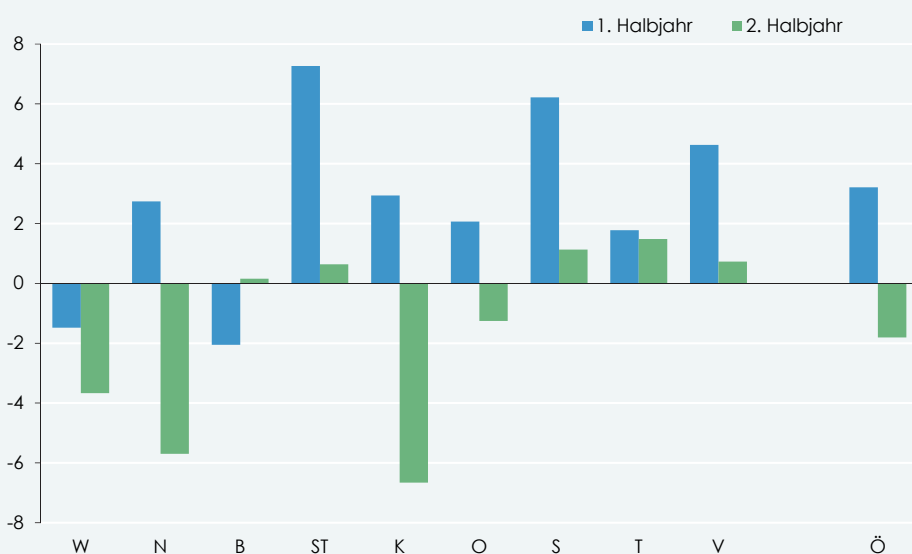
Bereits im 1. Halbjahr 2019 und im weiteren Jahresverlauf zunehmend war die Konjunktur in der Sachgütererzeugung gegenüber dem Vorjahr deutlich gedämpft: Nach nominellen Zuwächsen der abgesetzten Produktion von 7,4% im 1. Halbjahr 2018 und 6,1% im 2. Halbjahr 2018 betrug die Steigerung im 1. Halbjahr 2019 nur noch 3,2%, und im 2. Halbjahr 2019 schrumpfte die abgesetzte Produktion um 1,8%. Insgesamt überstieg der Sachgüterabsatz im Jahr 2019 das Vorjahresniveau also um nur rund 0,6%. Regional waren die Unterschiede durchaus

beträchtlich mit einer Bandbreite zwischen -2,6% in Wien und +3,9% in der Steiermark. Als grobes regionales Muster zeigen sich in der Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland) und in Kärnten Absatzeinbußen, in den westlichen Bundesländern und der Steiermark mittlere Zuwächse zwischen +1,6% in Tirol und +3,9% in der Steiermark. In Oberösterreich wurde eine Steigerung von 0,4% verzeichnet. Mit Ausnahme des Burgenlandes verlief die Entwicklung in allen Regionen im 1. Halbjahr 2019 deutlich dynamischer als im 2. Halbjahr.

Die Sachgütererzeugung weitete die Beschäftigung 2019 trotz zunehmender Abkühlung und Rezessionsanzeichen in der zweiten Jahreshälfte aus.

Abbildung 1: **Entwicklung der Sachgütererzeugung 2019**

Abgesetzter Produktionswert, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Herstellung von Waren einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Diese Eintrübung ging nicht zuletzt von der Exportwirtschaft aus: Rund drei Fünftel der österreichischen Sachgüter werden für den Export produziert (in Summe wurden 2019 Sachgüter im Wert von rund 147 Mrd. € exportiert; der gesamte Warenexport betrug knapp 154 Mrd. €). Der Einfluss des Außenhandels auf die Konjunktur im Sachgüterbereich ist damit beträchtlich. Mit nur rund 2,5% wuchs die Exportleistung 2019 nominell weniger als halb so kräftig wie im Vorjahr (+5,6%). Das Quartalsmuster entspricht der Absatz-

entwicklung: Nach +4,7% im I. Quartal, +2,1% im II. und +2,3% im III. Quartal verflachte die Exportdynamik mit der Eintrübung der Aussichten für die Weltwirtschaft (nicht zuletzt gedämpft durch die Handelskonflikte zwischen den USA und China) auf nur noch +1,0% im IV. Quartal 2019. Am stärksten wurde der Export von pharmazeutischen Produkten ausgeweitet, die Rate erhöhte sich entgegen dem generellen Muster nach einem bereits guten 1. Halbjahr im 2. Halbjahr 2019 nochmals: Diese Position allein trug

¹⁾ Detaillierte Berichte zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft und insbesondere der Industrie, des Außenhandels und des Arbeitsmarktes in der COVID-

19-Krise wurden in den Heften 4/2020 und 5/2020 der WIFO-Monatsberichte publiziert (<https://monatsberichte.wifo.ac.at>).

1,3 Prozentpunkte zum Exportwachstum bei. Dynamisch entwickelte sich auch der Export von Maschinen und Kfz. Einen deutlichen Rückgang verzeichneten hingegen Metall-exporteure. Die kräftige Steigerung der Ausfuhr von pharmazeutischen Produkten erklärt auch das regionale Muster im 1. Halbjahr 2019²⁾: Pharmazeutische Produkte machen mehr als ein Viertel der Wiener Exporte

und fast die Hälfte aller österreichischen Exporte in dieser Gütergruppe aus. Mit +7,8% verzeichnete Wien, das Bundesland mit dem weitaus kleinsten Sachgüteranteil³⁾, deshalb die kräftigste Exportsteigerung knapp vor der Steiermark (+7,6%), aber deutlich über dem Österreich-Durchschnitt (+3,4%); am schwächsten wuchsen die Exporte in Kärnten und Niederösterreich (-4,3% bzw. -1,8%).

Übersicht 1: **Entwicklung von Sachgütererzeugung, Energie- und Wasserversorgung 2019**

	Sachgütererzeugung			Energie- und Wasserversorgung
	Abgesetzter Produktionswert ¹⁾	Technischer Produktionswert ²⁾	Produktionsindex 2015 = 100	Abgesetzter Produktionswert ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Österreich	+ 0,6	+ 0,6	- 0,4	- 4,7
Wien	- 2,6	- 2,3	- 0,4	- 11,4
Niederösterreich	- 1,6	+ 1,8	- 2,7	+ 2,4
Burgenland	- 1,0	- 0,9	- 1,3	+ 3,1
Steiermark	+ 3,9	+ 2,9	+ 1,3	+ 8,1
Kärnten	- 2,1	- 3,0	- 3,6	- 5,0
Oberösterreich	+ 0,4	- 0,3	- 0,7	+ 15,4
Salzburg	+ 3,6	- 0,3	- 0,2	+ 5,3
Tirol	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,4	+ 17,6
Vorarlberg	+ 2,6	+ 3,5	+ 3,6	- 3,2

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Sachgütererzeugung: Herstellung von Waren einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. - ¹⁾ Wert der abgesetzten Güter und Leistungen aus Haupt- und Nebentätigkeiten der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ Wert der Eigenproduktion der Unternehmen für Absatz und für interne Lieferungen, einschließlich Lohnarbeit.

Im Österreich-Durchschnitt trugen der Maschinenbau und die Kfz-Herstellung mit Zuwächsen von 6,0% bzw. 6,6% rund 0,7 bzw. 0,6 Prozentpunkte zur Absatzsteigerung der Sachgütererzeugung bei. Einen wichtigen Beitrag leisteten mit jeweils rund +¼ Prozentpunkt die Branchen Nahrungsmittel-, Getränkeherstellung und Pharmazie, während von der Metallerzeugung mit -0,5 Prozentpunkten (Absatz -5%) der größte negative Einfluss ausging.

Angesichts der insgesamt mäßigen Absatzentwicklung erscheint die Ausweitung der Beschäftigung um 1,5% gegenüber dem Vorjahr im Österreich-Durchschnitt relativ hoch – aber auch hier verringerte sich der Zuwachs auf weniger als die Hälfte des Vorjahreswertes (+3,1%). Das regionale Muster folgte grob jenem der Absatzentwicklung; Oberösterreich wies allerdings trotz der gedämpften Absatzdynamik mit +2,0% die beste Beschäftigungsentwicklung auf. Ungebrochen ist der Strukturwandel hin zu technologieorientierten Branchen: Die Beschäftigung stieg in Branchen mit geringerer Technologieorientierung um 0,4%, während

Branchen der Hochtechnologie um 4,8% mehr Arbeitskräfte beschäftigten als im Jahr zuvor.

Das relativ hohe Beschäftigungswachstum (laut Dachverband der Sozialversicherungsträger) trotz mäßiger Absatzsteigerung schlägt sich in einem leichten Rückgang der Produktivität nieder (-0,9% gegenüber dem Vorjahr), mit beträchtlichen regionalen Unterschieden (Kärnten -3,5%, Vorarlberg +2,1%), wobei die Produktivität in den meisten Bundesländern rückläufig war. Die Löhne und Gehälter entwickelten sich dagegen (auch wegen der in ganz Österreich einheitlichen Kollektivverträge) relativ homogen (durchschnittlich +2,8%). Recht gleichmäßig ist im regionalen Vergleich auch die Geschlechterverteilung in der Beschäftigung der Sachgütererzeugung: Ein Viertel der Beschäftigten waren 2019 Frauen; am höchsten war der Anteil dabei in Wien mit 29%, am niedrigsten in der Steiermark mit 23%. Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl der weiblichen Beschäftigten mit +2,0% etwas stärker als die der männlichen (+1,5%).

²⁾ Regionale Exportdaten für das 2. Halbjahr 2019 waren bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar.

³⁾ Nur gut 6% der Wiener unselbständig Beschäftigten sind in diesem Bereich beschäftigt, gegenüber fast 17% in Österreich insgesamt.

Übersicht 2: Entwicklung des Produktionswertes der Sachgütererzeugung nach Branchen 2019

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,9	- 6,5	+ 4,1	+ 4,5	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,8
Getränkeherstellung	- 3,8	+ 1,2	- 0,9	+ 20,3	+ 5,5	+ 3,2	+ 14,1	- 18,0	+ 6,3	+ 8,9
Tabakverarbeitung	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Herstellung von Textilien	- 17,6	+ 2,3	.	- 5,9	+ 0,8	- 3,3	.	- 9,3	- 3,3	- 3,5
Herstellung von Bekleidung	+ 3,6	.	.	- 3,7	.	- 10,7	+ 3,1	+ 0,5	- 5,0	- 3,9
Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen	.	.	- 50,2	.	.	- 1,5	.	.	+ 1,5	- 14,0
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb-, Korkwaren	- 3,7	+ 0,6	- 3,5	+ 0,1	- 1,3	- 1,6	- 4,1	- 0,9	+ 0,6	- 1,1
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	+ 1,9	- 8,0	.	- 0,8	.	- 2,7	.	.	+ 2,1	- 1,8
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	+ 0,7	- 1,6	- 6,2	+ 0,8	+ 0,2	- 7,4	- 25,1	+ 2,0	- 5,9	- 7,1
Kokerei und Mineralölverarbeitung
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	- 7,3	+ 0,6	.	+ 7,8	+ 3,7	- 1,1	.	- 2,2	.	- 0,7
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	- 2,4	+ 13,7	.	+ 15,5	+ 9,6	.	.	.	+ 43,1	+ 11,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	+ 2,7	- 0,4	- 0,6	- 4,1	+ 5,0	+ 0,7	+ 1,8	- 2,1	- 2,4	- 0,0
Herstellung von Glas und -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	+ 26,9	+ 5,4	+ 0,6	+ 0,4	- 4,8	- 0,2	+ 8,0	+ 0,9	- 0,1	+ 2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	.	- 5,9	.	- 6,0	.	- 5,7	.	+ 5,7	.	- 5,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	- 12,0	- 6,1	+ 2,7	- 1,2	+ 8,9	- 2,3	- 4,6	- 6,6	- 1,7	- 2,8
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	+ 0,3	- 3,7	.	+ 9,0	- 0,4	+ 1,7	- 4,8	.	+ 14,6	+ 2,4
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	- 24,7	- 3,0	- 7,7	+ 5,0	- 7,8	+ 2,2	- 6,9	+ 7,6	+ 3,6	- 2,2
Maschinenbau	- 1,0	+ 5,6	- 16,6	+ 14,8	- 2,1	+ 6,1	+ 2,9	- 6,0	+ 15,6	+ 6,0
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	+ 16,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 14,2	.	+ 4,1	+ 1,2	.	- 13,4	+ 6,6
Sonstiger Fahrzeugbau	+ 38,5	.	.	.	+ 16,4	+ 0,7	.	+ 26,0	.	+ 14,6
Herstellung von Möbeln	+ 9,1	- 1,2	+ 1,0	- 3,8	- 20,6	+ 1,3	+ 7,6	+ 4,6	+ 4,3	+ 0,2
Herstellung von sonstigen Waren	- 23,4	- 33,5	- 0,1	- 17,8	+ 5,7	+ 5,4	+ 1,8	+ 4,4	+ 20,5	- 12,7
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	+ 0,2	+ 30,1	+ 0,5	- 33,7	+ 11,2	- 18,5	+ 1,0	- 6,7	+ 27,5	- 6,8
Herstellung von Waren und Bergbau	- 2,6	- 1,6	- 1,0	+ 3,9	- 2,1	+ 0,4	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,6	+ 0,6

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion.

3. Hochkonjunkturphase in der Bauwirtschaft zu Ende

Nach den hohen Wachstumsraten der Jahre 2017 und 2018 wurden die Bauinvestitionen 2019 nochmals deutlich ausgeweitet. Die aktuelle WIFO-Schnellschätzung zur vierteljährlichen VGR vom 30. April 2020 geht von einer realen Investitionssteigerung um 2,4% aus. Das Wachstum verlangsamte sich damit zwar spürbar, übertraf aber weiterhin den Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre. Anders als im Jahr 2018 wurde es zuletzt primär vom Wohnbau getragen (2019 +4,4%). Die Investitionen im Nichtwohnbau (d. h. Geschäfts-, Industrie- und Tiefbau) ließen dagegen bereits deutlich nach (+1,1%). Diese Entwicklung passt zur Abschwächung der Konjunktur in Österreich, die sich bereits in den konjunkturereagiblen Segmenten des Bauwesens zeigt. Mit +2,4% entzog sich die Bauwirtschaft aber insgesamt weiterhin der gesamtwirtschaftlichen Abkühlung: Wie 2018 expandierte der Sektor auch im Jahr 2019 überdurchschnittlich (BIP +1,6%).

Die anhaltend gute Baukonjunktur stand auch 2019 auf regional sehr breiter Basis. Gemessen an der abgesetzten Produktion wuchs die Bauwirtschaft in acht der neun Bundesländer. Bei einem durchschnittlichen nominellen Produktionswachstum von 6,2% verzeichnete nur Vorarlberg einen Rückgang (-1,9%). Besonders stark gesteigert wurde die Produktion im Burgenland (+16,6%), aber auch in den anderen Bundesländern der Ostregion wurden durchwegs kräftige Zuwächse verzeichnet (Wien +6,1%, Niederösterreich +7,3%).

Während die Bauproduktion also in Vorarlberg schrumpfte, wurde sie in Tirol erheblich gesteigert (+11,1%). In Salzburg (+5,2%) und Oberösterreich (+4,3%) blieben die gleichwohl hohen Zuwachsraten etwas unter dem Österreich-Durchschnitt. In Südösterreich entwickelte sich der Sektor in Kärnten mit +4,7% ebenfalls etwas unterdurchschnittlich, in der Steiermark dagegen mit +6,5% überdurchschnittlich.

Die Bauwirtschaft wuchs 2019 mit +2,4% weiter stärker als die Gesamtwirtschaft.

Übersicht 3: Gewichtete Veränderungsrate des Produktionswertes der Sachgütererzeugung nach Branchen 2019

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten										
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	+ 0,23	+ 0,26	+ 0,15	+ 0,19	- 0,40	+ 0,37	+ 0,42	+ 0,17	+ 0,26	+ 0,24
Getränkherstellung	- 0,09	+ 0,02	- 0,10	+ 0,20	+ 0,03	+ 0,02	+ 3,88	- 0,24	+ 0,11	+ 0,29
Tabakverarbeitung	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00
Herstellung von Textilien	- 0,06	+ 0,01	.	- 0,05	+ 0,00	- 0,02	.	- 0,06	- 0,17	- 0,03
Herstellung von Bekleidung	+ 0,01	.	.	- 0,00	.	- 0,03	+ 0,02	+ 0,00	- 0,09	- 0,01
Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen	.	.	- 0,00	.	.	- 0,01	.	.	+ 0,00	- 0,06
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb-, Korkwaren	- 0,02	+ 0,03	- 0,11	+ 0,00	- 0,14	- 0,05	- 0,38	- 0,08	+ 0,01	- 0,05
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	+ 0,08	- 0,23	.	- 0,05	.	- 0,07	.	.	+ 0,07	- 0,06
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	+ 0,01	- 0,02	- 0,33	+ 0,00	+ 0,00	- 0,03	- 0,76	+ 0,01	- 0,07	- 0,07
Kokerei und Mineralölverarbeitung
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	- 0,76	+ 0,03	.	+ 0,14	+ 0,11	- 0,06	.	- 0,04	.	- 0,03
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	- 0,10	+ 0,02	.	+ 0,24	+ 0,16	.	.	.	+ 0,01	+ 0,23
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	+ 0,05	- 0,01	- 0,04	- 0,05	+ 0,12	+ 0,03	+ 0,05	- 0,07	- 0,13	- 0,00
Herstellung von Glas und -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	+ 0,42	+ 0,22	+ 0,01	+ 0,01	- 0,32	- 0,00	+ 0,27	+ 0,09	- 0,00	+ 0,08
Metallerzeugung und -bearbeitung	.	- 0,43	.	- 0,83	.	- 0,80	.	+ 0,58	.	- 0,46
Herstellung von Metallerzeugnissen	- 0,45	- 0,45	+ 0,21	- 0,10	+ 0,50	- 0,20	- 0,29	- 0,46	- 0,43	- 0,24
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	+ 0,01	- 0,04	.	+ 0,49	- 0,11	+ 0,02	- 0,14	.	+ 0,35	+ 0,10
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	- 3,36	- 0,17	- 0,89	+ 0,31	- 0,14	+ 0,14	- 0,14	+ 0,83	+ 0,28	- 0,15
Maschinenbau	- 0,05	+ 0,53	- 0,36	+ 1,65	- 0,26	+ 0,96	+ 0,44	- 0,87	+ 2,28	+ 0,73
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	+ 0,77	+ 0,07	+ 0,03	+ 2,76	.	+ 0,50	+ 0,03	.	- 0,67	+ 0,60
Sonstiger Fahrzeugbau	+ 2,18	.	.	.	+ 0,01	+ 0,02	.	+ 0,01	.	+ 0,25
Herstellung von Möbeln	+ 0,07	- 0,02	+ 0,03	- 0,05	- 0,30	+ 0,03	+ 0,16	+ 0,09	+ 0,05	+ 0,00
Herstellung von sonstigen Waren	- 2,21	- 0,74	- 0,00	- 0,09	+ 0,03	+ 0,06	+ 0,04	+ 0,03	+ 0,70	- 0,25
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	+ 0,03	+ 0,36	+ 0,01	- 1,03	+ 0,25	- 0,50	+ 0,03	- 0,09	+ 0,46	- 0,21
Herstellung von Waren und Bergbau	- 2,64	- 1,65	- 0,96	+ 3,89	- 2,11	+ 0,40	+ 3,59	+ 1,63	+ 2,64	+ 0,64
Summe erklärter Wachstumsbeiträge	- 3,25	- 0,57	- 1,38	+ 3,75	- 0,44	+ 0,41	+ 3,64	- 0,10	+ 3,03	+ 0,91

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion. Gewichtung der Veränderungsrate mit dem Anteil an der gesamten Sachgütererzeugung ("Wachstumsbeitrag" der Branchen zur Entwicklung der gesamten Sachgütererzeugung).

Die regionsübergreifend gute Baukonjunktur kam bis auf wenige Ausnahmen auch allen Teilsegmenten zugute. So verzeichnete die wichtige Sparte des Baunebengewerbes (über 50% der Bauproduktion) in allen Bundesländern Zuwächse. Abgesehen vom Burgenland (+10,7%) entsprachen die Steigerungsrate in den einzelnen Bundesländern weitgehend dem Durchschnitt (+6,0%). Ähnlich expandierte der Hochbau, der mit +7,2% die höchste Wachstumsrate der Bausegmente auswies, abgesehen von Vorarlberg (-8,6%) in allen Bundesländern. Der Tiefbau schrumpfte dagegen in drei Bundesländern, besonders deutlich in Kärnten (-13,4%) und Vorarlberg (-10,6%), aber auch in Wien (-2,9%).

Die Auftragseingänge der Bauunternehmen sanken 2019 insgesamt um 2,2%.

Ein etwas pessimistischeres Bild als die Produktionsdaten zeichnen 2019 bereits die Auftragseingänge (-2,2%). Allerdings verlief die Entwicklung hier in den einzelnen Bundesländern sehr uneinheitlich: Während das Burgenland und Kärnten zweistellige Zuwachsraten auswies (+31,5% bzw.

+11,8%), gingen die Auftragseingänge in Salzburg und Tirol stark zurück (-10,2% bzw. -24,5%). Niederösterreich und die Steiermark verzeichneten Zuwächse von 3,5% bzw. 3,0%, in Kärnten stagnierten die Auftragseingänge (+0,6%), in Vorarlberg und Oberösterreich waren sie leicht rückläufig (-2,0% bzw. -1,9%).

Nach mehreren Jahren teils kräftigen Wachstums und dem Einbruch im Jahr 2018 (-16,8% auf 56.200 Einheiten) erhöhte sich die Zahl der Baubewilligungen als weiterer wichtiger Vorlaufindikator 2019 wieder merklich (+12,5% auf 63.200). Besonders deutlich fiel diese Korrektur der Vorjahresverluste in Wien aus (2018 -34,8%, 2019 +30,2%). Ebenfalls sehr hohe Zuwächse waren 2019 in der Steiermark (+24,1%), in Kärnten (+24,9%) und Tirol (+17,0%) zu verzeichnen, geringere im Burgenland (+3,0%), in Salzburg (+2,7%) und Vorarlberg (+0,3%). Hingegen wurden in Niederösterreich (-5,6%) und Oberösterreich (-5,8%) wesentlich weniger Baubewilligungen erteilt als im Vorjahr.

Übersicht 4: Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in der Sachgütererzeugung nach Sektoren 2019

	Produktivität ¹⁾	Lohnsatz ²⁾	Unselbständig Beschäftigte ³⁾	Insgesamt	Unselbständig Beschäftigte ⁴⁾ Technologieintensität ⁵⁾			
					Niedrig	Mäßig	Erheblich	Hoch
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Österreich	- 0,9	+ 2,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 4,8
Wien	- 3,4	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,6	- 0,7	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6
Niederösterreich	+ 0,4	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 8,1
Burgenland	- 0,1	+ 2,5	- 0,8	- 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,8	+14,4
Steiermark	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 2,5	+ 5,0
Kärnten	- 3,5	+ 3,1	+ 0,6	+ 0,6	- 0,4	- 1,3	- 1,9	+ 9,3
Oberösterreich	- 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,5
Salzburg	- 1,8	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,6	- 1,4	+ 1,3	+ 5,1	- 3,9
Tirol	- 1,5	+ 3,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,8	+ 0,4
Vorarlberg	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,4	+ 1,0	- 0,7	+ 2,4	- 0,0	+10,7

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Technischer Produktionswert pro Kopf (unselbständig Beschäftigte). – ²⁾ Bruttoverdienste und Sonderzahlungen pro Kopf (unselbständig Beschäftigte), laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria. – ³⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria. – ⁴⁾ Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger. – ⁵⁾ ÖNACE 2008, Zweisteller-Abteilungen. Niedrig . . . Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (C10), Getränkeherstellung (C11), Tabakverarbeitung (C12), Herstellung von Textilien (C13), Herstellung von Bekleidung (C14), Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen (C15), Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) (C16), Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (C17), Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern (C18), Herstellung von Möbeln (C31), Herstellung von sonstigen Waren (C32). Mäßig . . . Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19), Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (C22), Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (C23), Metallherzeugung und -bearbeitung (C24), Herstellung von Metallherzeugnissen (C25), Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (C33). Erheblich . . . Herstellung von chemischen Erzeugnissen (C20), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (C27), Maschinenbau (C28), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (C29), sonstiger Fahrzeugbau (C30). Hoch . . . Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (C21), Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (C26).

Übersicht 5: Produktionswert der Bauwirtschaft 2019

	Insgesamt	Hochbau	Tiefbau	Sonstige Bautätigkeiten	Auftrags-eingänge
Österreich	+ 6,2	+ 7,2	+ 4,7	+ 6,0	- 2,2
Wien	+ 6,1	+ 6,8	- 2,9	+ 7,0	- 0,6
Niederösterreich	+ 7,3	+ 12,7	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,5
Burgenland	+ 16,6	+ 12,4	+ 69,8	+ 10,7	+ 31,5
Steiermark	+ 6,5	+ 9,1	+ 2,9	+ 6,4	+ 3,0
Kärnten	+ 4,7	+ 13,9	- 13,4	+ 6,0	+ 11,8
Oberösterreich	+ 4,3	+ 2,2	+ 9,2	+ 3,4	- 1,9
Salzburg	+ 5,2	+ 3,0	+ 7,4	+ 6,1	- 10,2
Tirol	+ 11,1	+ 15,5	+ 10,5	+ 8,7	- 24,5
Vorarlberg	- 1,9	- 8,6	- 10,6	+ 4,2	- 2,0

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion (ÖNACE).

Die gute Konjunkturlage des Jahres 2019 spiegelt sich auch in den Beschäftigtenzahlen (siehe dazu auch Kapitel 6): Nach +1,7% 2017 und +3,4% 2018 stieg die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten im Bauwesen im Jahr 2019 erneut stark – die Zuwachsrate von +3,8% war die höchste seit mehr als

zehn Jahren. Die Bauunternehmen weiteten ihre Belegschaften zudem in allen Bundesländern aus (Niederösterreich +5,2%, Burgenland +4,8%, Steiermark +4,5%, Wien +4,5%, Kärnten +3,3%, Oberösterreich +2,9%, Tirol +2,8%, Vorarlberg +2,5%, Salzburg +1,0%).

4. Tourismus: Ankünfte und Übernachtungen steigen weniger dynamisch

Die Nachfragedynamik war in den nördlichen und östlichen Bundesländern deutlich höher als in den tourismusinintensiven alpinen Regionen und schwächte sich insgesamt etwas ab.

4.1 Saisonen in den Bundesländern sehr unterschiedlich verlaufen

Das Gästevolumen und die Nächtigungsnachfrage folgten in Österreich auch 2019 dem seit 2015 anhaltenden Wachstumstrend und erreichten neue Höchstwerte. Die Steigerungsraten fielen aber etwas geringer aus als zuletzt: Die Zahl der Gästeankünfte nahm um 3,0% auf 46,20 Mio. zu (2018 +4,1%), jene der Übernachtungen um 1,9% auf 152,71 Mio. (2018 +3,7%). Die Aufenthaltsdauer verringerte sich somit um 1,0% auf 3,31 Übernachtungen pro Gast und Unterkunft. Das Nächtigungswachstum lag nur knapp über dem längerfristigen Trend von

+1,6% p. a. (2000/2018). Auf das internationale Gästesegment entfielen 73,8% der Nächtigungen, es entwickelte sich insgesamt dynamischer (Ankünfte +3,5%, Übernachtungen +2,1%) als der inländische Markt (+2,0% bzw. +1,4%). Wien (+6,8%), Ober- und Niederösterreich (+4,6% bzw. +3,5%) sowie das Burgenland (+3,1%) steigerten dank überdurchschnittlichem Nächtigungswachstum ihre Marktanteile. Die Ergebnisse in der Steiermark (+1,7%) und in Salzburg (+1,6%) lagen knapp unter dem Österreich-Durchschnitt; in Tirol und Vorarlberg (jeweils +0,5%) sowie in Kärnten (+0,2%) änderten sich die Ergebnisse gegenüber 2018 kaum.

Übersicht 6: Tourismus im Kalenderjahr 2019

Übernachtungen

	Insgesamt	Inländische Reisende					Ausländische Reisende		Hotels und ähnliche Betriebe	Gewerbliche Ferienwohnungen	Private Unterkünfte ¹⁾	Andere Unterkünfte
		Insgesamt	Deutsche	Andere	Insgesamt	Deutsche	Andere					
	In 1.000	Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Österreich	152.709	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 0,7	+ 3,6	+ 1,5	+ 6,0	+ 0,9	+ 2,7		
Wien	17.605	+ 6,8	+ 1,6	+ 8,0	+ 6,4	+ 8,4	+ 4,8	+ 39,3	+ 23,0	+ 5,8		
Niederösterreich	7.678	+ 3,5	+ 2,6	+ 5,1	+ 0,9	+ 7,3	+ 4,7	+ 15,0	+ 4,0	- 0,7		
Burgenland	3.144	+ 3,1	+ 2,1	+ 6,4	+ 5,7	+ 7,5	- 3,1	- 12,9	+ 5,8	+ 19,6		
Steiermark	13.289	+ 1,7	+ 1,1	+ 2,7	- 0,9	+ 6,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6	- 0,4		
Kärnten	13.360	+ 0,2	+ 1,2	- 0,4	- 2,0	+ 1,6	- 0,5	- 4,1	+ 0,5	+ 3,6		
Oberösterreich	8.544	+ 4,6	+ 3,2	+ 6,4	+ 3,8	+ 8,9	+ 4,2	+ 15,3	+ 7,8	+ 3,1		
Salzburg	29.971	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,4	+ 3,1	+ 1,0	+ 9,0	- 0,6	+ 0,3		
Tirol	49.897	+ 0,5	- 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 4,0	- 0,2	+ 1,6		
Vorarlberg	9.222	+ 0,5	- 2,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 2,4	- 1,0	+ 4,5	- 1,1	+ 8,3		

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Privatquartiere (auf und nicht auf Bauernhof) und private Ferienwohnungen.

Seit 2012 wächst die Zahl der Übernachtungen in gewerblichen und privaten Ferienwohnungen überdurchschnittlich (2019 zusammen +3,6%), wobei die Nachfrage in Wien neuerlich am kräftigsten expandierte (+34,6%) und nur in Kärnten rückläufig war (-1,8%). Die österreichische Hotellerie entwickelte sich weiterhin unterschiedlich: Die 5/4-Stern-Kategorie erzielte eine Nächtigungssteigerung um 2,7%, im 3- und 2/1-Stern-Segment stagnierten die Nächtigungszahlen (-0,2% bzw. +0,2%). Die Übernachtungen in den Privatquartieren gingen hingegen merklich zurück (-2,1%), besonders in den westlichen Bundesländern. Die übrigen Unterkünfte (Campingplätze, Kurheime, Unterkünfte für Kinder und Jugendliche, Schutzhütten, sonstige Unterkünfte) verzeichneten insgesamt eine Zunahme um 2,7%.

Das Ergebnis der Wintersaison 2018/19 (Ankünfte +2,9%, Übernachtungen +1,5%) ist vor dem Hintergrund ungünstiger Rahmenbedingungen für den Wintersport zu sehen: Neben übermäßigen Schneefällen in der Hauptsaison dämpfte auch der späte Ostertermin die Nachfrage. Im Sommer 2019 erhöhte sich das Wachstum der Ankünfte auf 3,6%, jenes der Nächtigungen auf 2,9%; die Differenzen zwischen den Bundesländern fielen weniger deutlich aus als im Winter. In beiden Saisonen war Wien der Wachstumsmotor (+13,9% bzw. +5,3%) vor Oberösterreich (+5,8% bzw. +4,8%). In Tirol (-0,4% bzw. +1,6%) und Kärnten (+0,1% bzw. -0,8%) erreichte der Tourismus dagegen jeweils nur unterdurchschnittliche Ergebnisse, wobei im Winter Vorarlberg mit -1,3% am schwächsten abschnitt.

Übersicht 7: Tourismus in der Winter- und Sommersaison

	Ankünfte					Übernachtungen					Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage	
	Insgesamt	Inländische Reisende		Ausländische Reisende		Insgesamt	Inländische Reisende		Ausländische Reisende			
		Veränderung gegen das Vorjahr in %	Deutsche	Andere	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Deutsche	Andere				
									Veränderung gegen das Vorjahr in %	Deutsche		Andere
Winterhalbjahr (November 2018 bis April 2019)												
Österreich	+ 2,9	+ 0,5	+ 3,9	+ 1,1	+ 6,3	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,8	- 0,7	+ 4,2	3,6	
Wien	+ 11,3	+ 1,2	+ 14,7	+ 6,9	+ 17,0	+ 13,9	+ 2,4	+ 16,9	+ 8,5	+ 19,5	2,2	
Niederösterreich	+ 5,9	+ 2,6	+ 11,1	+ 2,3	+ 14,4	+ 3,6	+ 0,9	+ 9,8	+ 3,4	+ 12,3	2,6	
Burgenland	+ 2,0	+ 0,5	+ 11,0	+ 8,6	+ 12,5	+ 0,7	- 0,7	+ 9,9	+ 7,2	+ 12,4	2,7	
Steiermark	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	- 0,5	+ 2,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,4	+ 1,1	3,3	
Kärnten	- 0,4	- 2,1	+ 0,9	- 2,4	+ 2,6	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,5	+ 0,8	4,0	
Oberösterreich	+ 4,1	+ 0,9	+ 9,0	+ 5,9	+ 11,5	+ 5,8	+ 3,6	+ 9,4	+ 5,6	+ 13,0	2,6	
Salzburg	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	- 0,5	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,8	- 0,1	- 3,0	+ 2,6	4,0	
Tirol	+ 0,8	- 1,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	- 2,1	- 0,2	- 0,6	+ 0,2	4,4	
Vorarlberg	- 1,1	- 3,5	- 0,7	- 0,6	- 1,0	- 1,3	- 2,3	- 1,2	- 1,9	- 0,2	4,1	
Sommerhalbjahr (Mai bis Oktober 2019)												
Österreich	+ 3,6	+ 2,9	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	3,1	
Wien	+ 4,3	+ 2,3	+ 4,8	+ 6,0	+ 4,4	+ 5,3	+ 3,5	+ 5,7	+ 7,1	+ 5,2	2,2	
Niederösterreich	+ 7,3	+ 6,2	+ 8,7	+ 3,0	+ 11,4	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,0	+ 2,0	+ 5,1	2,3	
Burgenland	+ 5,5	+ 3,9	+ 10,9	+ 9,3	+ 12,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 5,0	+ 4,8	+ 5,2	2,9	
Steiermark	+ 3,8	+ 2,5	+ 6,3	+ 1,1	+ 11,0	+ 3,0	+ 1,5	+ 5,3	+ 0,5	+ 11,0	2,9	
Kärnten	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 4,0	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,2	- 0,7	+ 1,6	4,2	
Oberösterreich	+ 4,9	+ 2,9	+ 6,9	+ 6,0	+ 7,6	+ 4,8	+ 3,2	+ 6,7	+ 3,9	+ 9,6	2,6	
Salzburg	+ 4,0	+ 2,6	+ 4,4	+ 5,4	+ 3,7	+ 3,3	+ 1,2	+ 4,0	+ 5,2	+ 2,7	3,3	
Tirol	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 3,5	- 1,0	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	+ 3,1	- 0,1	3,6	
Vorarlberg	+ 2,7	- 1,9	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	- 1,3	+ 4,5	+ 3,5	+ 6,5	3,3	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

4.2 Nächtigungsentwicklung regional sehr heterogen

Tourismusdienstleistungen werden auf der Ebene von Destinationen und auf Basis orts- bzw. regionalspezifischer natürlicher Gegebenheiten und Tourismusinfrastruktur erbracht, wodurch sich kleinräumig heterogene Entwicklungsmuster für die Tourismuswirtschaft ergeben können. Eine Auswertung der Nächtigungsdaten auf Ebene von NUTS-3-Regionen für das Tourismusjahr 2018/19 und die Zuordnung dieser Gebiete zu vier Regionstypen basierend auf ihrem Tourismusangebot zeichnet ein entsprechendes Bild.

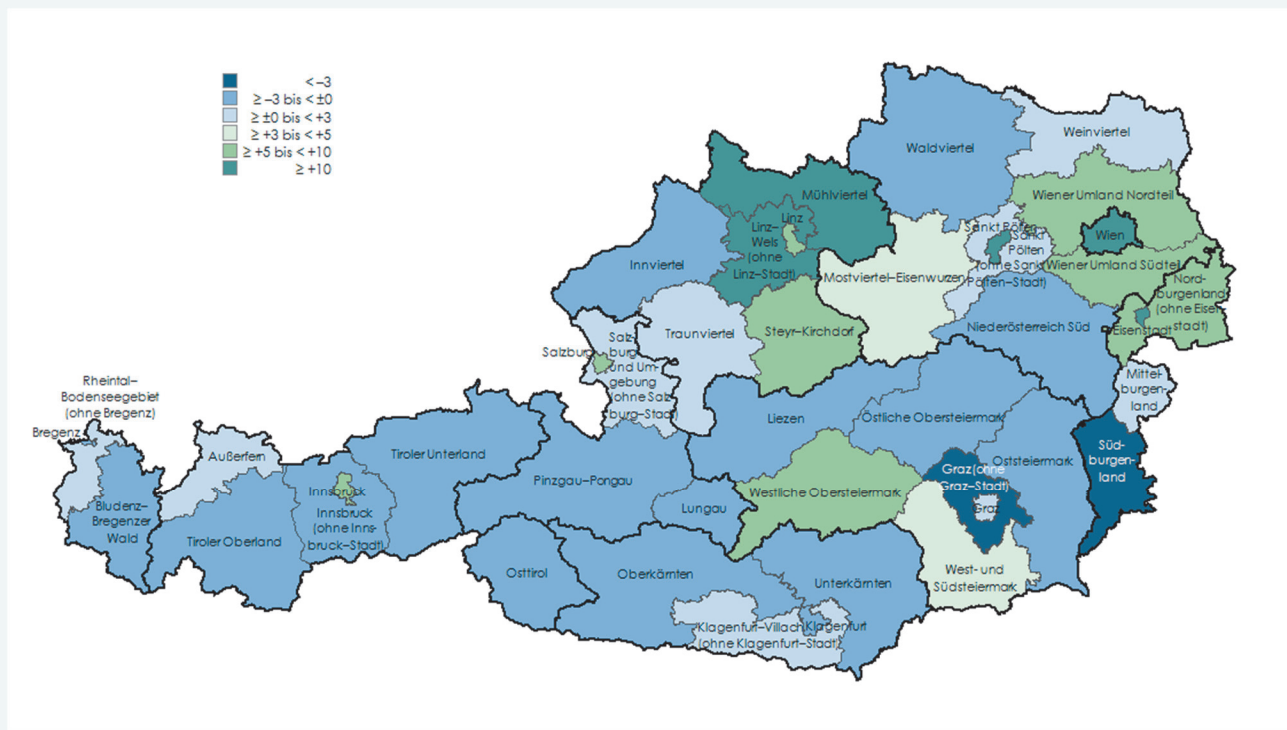
Im Winter 2018/19 stieg die Nächtigungsnachfrage in den "städtischen Regionen" (Landeshauptstädte und teilweise auch deren Umlandgebiete sowie Regionen, die großteils Städtereisende ansprechen) besonders stark (+10,4%). Auch in den "Mischregionen" (topographisch wie auch hinsichtlich ihrer Tourismusinfrastruktur stark differierende Regionen vorwiegend im Alpen- und Voral-

penraum) expandierte sie mit +2,4% über dem Österreich-Durchschnitt. Die Übernachtungszahlen der "Wellness- und Kulinarik-Regionen" (Standorte größerer Thermen, regionstypische kulinarische Besonderheiten, Weinanbaugebiete) lagen dagegen nur knapp über dem Vorjahresniveau (+0,6%). Hier stach das Mühlviertel hervor (+13,6%). Die "alpinen Regionen" (Regionen mit vorwiegend Bergsporttourismus) verzeichneten in der für sie wichtigen Wintersaison einen leichten Nächtigungsrückgang (-0,6%).

In der Sommersaison 2019 zeigte sich ein weniger differenziertes Bild der vier Regionstypen. Die städtischen Gebiete erzielten neuerlich die deutlichste Nächtigungssteigerung (+5,6%). In allen anderen Regionstypen entwickelte sich die Nächtigungsnachfrage von Mai bis Oktober 2019 ähnlich unterdurchschnittlich: Die Wellness- und Kulinarik-Regionen erzielten eine Steigerung um 2,7%, die Mischregionen um 2,3% und die alpinen Regionen um 2,0%.

Abbildung 2: **Übernachtungen in den NUTS-3-Regionen im Winterhalbjahr 2018/19**

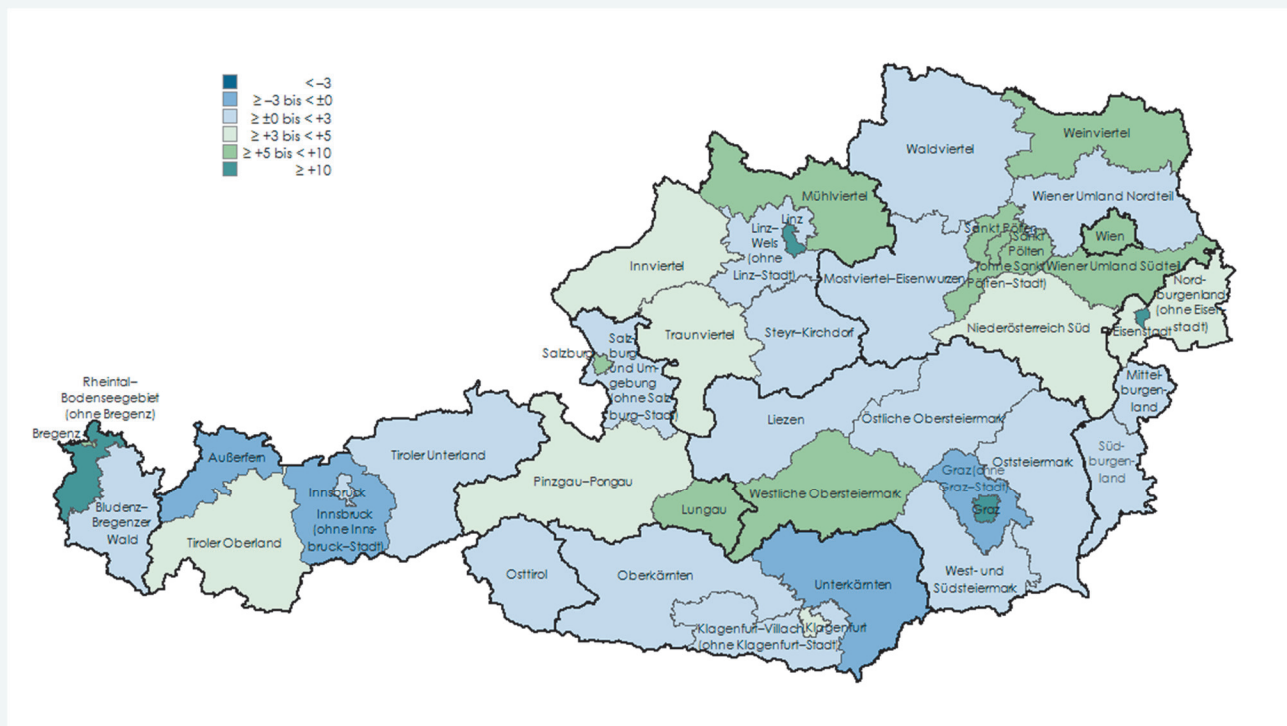
November 2018 bis April 2019, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria.

Abbildung 3: **Übernachtungen in den NUTS-3-Regionen im Sommerhalbjahr 2019**

Mai bis Oktober 2019, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria.

Übersicht 8: **Übernachtungen nach Tourismusregionstypen und NUTS-3-Regionen im Tourismusjahr 2018/19**

	Winterhalbjahr 2018/19	Sommerhalbjahr 2019
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Alpine Regionen insgesamt	- 0,6	+ 2,0
Oberkärnten	- 0,1	+ 1,1
Liezen	- 0,8	+ 1,3
Lungau	- 0,3	+ 5,2
Pinzgau-Pongau	- 0,5	+ 3,4
Außerfern	+ 1,7	- 1,2
Innsbruck (ohne Innsbruck-Stadt)	- 0,5	- 0,2
Osttirol	- 1,3	+ 1,2
Tiroler Oberland	- 0,4	+ 3,8
Tiroler Unterland	- 0,9	+ 1,8
Bludenz-Bregenzener Wald	- 1,5	+ 1,9
Städte insgesamt	+ 10,4	+ 5,6
Wiener Umland Nordteil	+ 6,1	+ 2,7
Wiener Umland Südteil	+ 8,1	+ 7,6
Wien	+ 13,9	+ 5,3
Graz (ohne Graz-Stadt)	- 6,7	- 1,1
Linz-Wels (ohne Linz-Stadt)	+ 15,0	+ 2,7
Eisenstadt	+ 20,2	+ 13,2
Klagenfurt	- 2,0	+ 3,5
Sankt Pölten	+ 16,4	+ 5,7
Linz	+ 6,8	+ 16,7
Salzburg	+ 5,4	+ 5,6
Graz	+ 1,1	+ 13,0
Innsbruck	+ 6,0	+ 1,5
Bregenz	- 2,5	+ 6,9
Mischregionen insgesamt	+ 2,4	+ 2,3
Mostviertel-Eisenwurzen	+ 5,0	+ 2,6
Sankt Pölten (ohne Sankt Pölten-Stadt)	+ 0,8	+ 8,6
Klagenfurt-Villach (ohne Klagenfurt-Stadt)	+ 2,7	+ 1,1
Unterkärnten	- 1,8	- 1,1
Östliche Obersteiermark	- 1,2	+ 0,9
Westliche Obersteiermark	+ 5,0	+ 9,1
Steyr-Kirchdorf	+ 6,3	+ 2,8
Traunviertel	+ 2,9	+ 3,1
Salzburg und Umgebung (ohne Salzburg-Stadt)	+ 1,1	+ 0,7
Rheintal-Bodenseegebiet (ohne Bregenz)	+ 0,9	+ 11,0
Wellness- und Kulinarikregionen insgesamt	+ 0,6	+ 2,7
Mittelburgenland	+ 1,5	+ 2,0
Nordburgenland (ohne Eisenstadt)	+ 5,4	+ 3,5
Südburgenland	- 3,9	+ 1,1
Niederösterreich Süd	- 0,3	+ 4,9
Waldviertel	- 1,6	+ 1,6
Weinviertel	+ 0,6	+ 6,1
Oststeiermark	- 1,2	+ 0,7
West- und Südsteiermark	+ 3,0	+ 2,0
Innviertel	- 0,6	+ 4,4
Mühlviertel	+ 13,9	+ 7,0
Österreich insgesamt	+ 1,5	+ 2,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

5. Belegung im Einzelhandel – Leicht gedämpfte Arbeitskräftenachfrage der sonstigen Marktdienstleistungen

5.1 Einzelhandel: Beschleunigtes Wachstum insbesondere in der Südregion

Das Wachstum der Einzelhandelsumsätze beschleunigte sich 2019 gegenüber dem Vorjahr. In der Südregion wuchsen die Umsätze am stärksten.

Der stationäre Einzelhandel erzielte im Jahr 2019 eine nominelle Umsatzsteigerung von 1,3%, die somit aufgrund der robusten Entwicklung des privaten Konsums etwas höher ausfiel als im Vorjahr (+1,1%). In realer Rechnung ergab sich daher im Jahr 2019 mit +0,2% ein leichtes Wachstum (2018 –0,5%). Zugleich beschleunigte sich die Umsatzdynamik des österreichischen Internet-Einzelhandels von Unternehmen mit Sitz in Österreich laut KMU Forschung Austria von nomi-

nell +4% im Jahr 2018 auf +6% und übertraf damit erneut die Umsatzsteigerung im stationären Handel deutlich. Laut KMU Forschung Austria nahmen die nominellen Umsätze im stationären Einzelhandel in fast allen Branchen zu, abermals am kräftigsten im Bereich Bau- und Heimwerkerbedarf (+2,8%). Ähnlich lebhaft stiegen die Umsätze mit kosmetischen Erzeugnissen (+2,7%) und Lebensmitteln (+2,2%). Rückläufig waren hingegen die Umsätze im Handel mit Schuhen und Lederwaren (–1,4%) sowie die Sammelkategorie des "sonstigen" Einzelhandels (–0,9%).

Übersicht 9: Umsätze des Einzelhandels

	Nominell		Real	
	2019	IV. Quartal 2019	2019	IV. Quartal 2019
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Österreich	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,2	– 0,2
Wien	+ 0,9	+ 0,5	– 0,2	– 0,5
Niederösterreich	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2
Burgenland	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,4	– 0,3
Steiermark	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,3
Kärnten	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,6	– 0,1
Oberösterreich	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,0
Salzburg	+ 0,9	+ 0,6	– 0,2	– 0,4
Tirol	+ 0,9	+ 0,5	– 0,2	– 0,5
Vorarlberg	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,2	– 0,2

Q: KMU Forschung Austria.

Waren die nominellen Umsätze in den letzten Jahren in der Westregion am kräftigsten ausgeweitet worden (2017 +2,5%, 2018 +1,3%), so nahmen sie hier im Jahr 2019 mit +1,1% am schwächsten unter allen Regionen zu. Insgesamt verschob sich das Wachstumsmuster im stationären Einzelhandel somit zugunsten der Südregion (Umsätze +1,7%, Ostregion +1,2%). Auch nach Bundesländern waren 2019 durchwegs nominelle Umsatzzuwächse zu verzeichnen. Sie fielen in der Südregion am höchsten aus (Steiermark +1,8%, Kärnten +1,7%), relativ kräftig auch in der Ostregion (Niederösterreich +1,6%, Burgenland +1,5%). In Oberösterreich und Vorarlberg entsprach die Steigerung der Einzelhandelsumsätze mit +1,3% dem Österreich-Durchschnitt, in Salzburg, Tirol und Wien entwickelten sie sich unterdurchschnittlich (jeweils +0,9%).

5.2 Lebhaftige Beschäftigungsausweitung der wissensintensiven Dienstleistungen

Der Beschäftigungsaufbau verlor in weiten Teilen der sonstigen marktorientierten Dienstleistungen im Jahr 2019 etwas an Kraft. Nach +3,1% 2017 und +3,4% 2018 schwächte sich die Dynamik in diesem großen und heterogenen Wirtschaftsbereich 2019 zwar auf +2,2% ab, übertraf jedoch weiterhin sowohl

das Wachstum der Gesamtbeschäftigung als auch jenes in den Dienstleistungen insgesamt (jeweils +1,5%).

Parallel zur Abkühlung der Beschäftigungsdynamik entwickelte sich in den sonstigen Marktdienstleistungen die Einschätzung der Geschäftslage durch die Unternehmen laut WIFO-Konjunkturtest. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen hatte seinen Höchstwert im Jänner 2018 mit +31,6 Prozentpunkten erreicht und sank im weiteren Jahresverlauf 2018 stetig. Dieser kontinuierlich negative Trend setzte sich auch im Jahr 2019 fort. Im Jänner 2019 betrug der Saldo +14,2 Prozentpunkte und sank bis Oktober 2019 auf +5,3 Prozentpunkte.

Besonders kräftig war die Arbeitskräftenachfrage in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen der Ostregion (+2,4%), während von der Westregion (+1,8%) das geringste Wachstum ausging. Damit kehrte sich das regionale Wachstumsgefälle gegenüber dem Vorjahr um. In der Südregion entsprach die Entwicklung abermals dem Österreich-Durchschnitt (+2,2%).

Innerhalb der sonstigen marktorientierten Dienstleistungen verlief die Beschäftigungsentwicklung allerdings äußerst heterogen.

Das Beschäftigungswachstum verlor in den sonstigen Marktdienstleistungen insgesamt etwas an Kraft, beschleunigte sich aber in den wissensintensiven Dienstleistungen.

Die besonders kräftige Ausweitung der Beschäftigung im Teilbereich der wissensintensiven Dienstleistungen (+3,7%) beschleunigte sich sogar gegenüber 2018 (+3,3%), während der Zuwachs in der Sammelkategorie der übrigen marktorientierten Dienste⁴⁾ mit +1,3% deutlich schwächer ausfiel. Diese

Entwicklung unterscheidet sich merklich von jener im Jahr 2018, als die Beschäftigungsdynamik gleichmäßig von den wissensintensiven Dienstleistungen (+3,3%) und den übrigen marktorientierten Diensten (+3,5%) ausgegangen war.

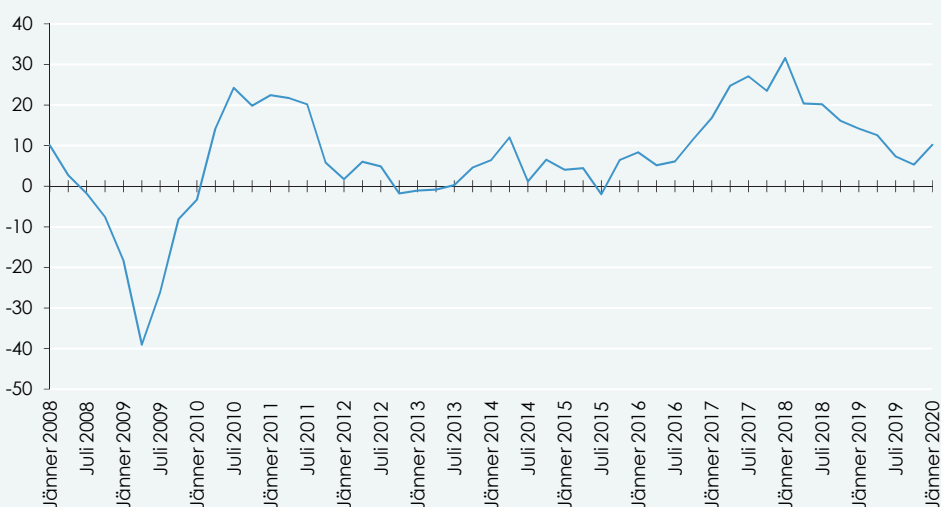
Übersicht 10: Beschäftigungsentwicklung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen 2019

	Wissensintensive Dienstleistungen ¹⁾	Übrige marktorientierte Dienste ²⁾	Insgesamt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 3,7	+ 1,3	+ 2,2
Wien	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,6
Niederösterreich	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,1
Burgenland	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,3
Steiermark	+ 4,2	+ 1,2	+ 2,3
Kärnten	+ 3,1	+ 1,4	+ 2,0
Oberösterreich	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,5
Salzburg	+ 4,6	+ 0,8	+ 2,1
Tirol	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,3
Vorarlberg	+ 2,8	+ 1,2	+ 1,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ ÖNACE 2008: Abteilungen K, M und Abschnitte J62, J63. – ²⁾ ÖNACE 2008: Abteilungen H, L, N, R, T und Abschnitte J58 bis J61, S95, S96.

Abbildung 4: Konjunkturschätzung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen

Entwicklung der Geschäftslage in den letzten 3 Monaten, saisonbereinigte Salden zwischen positiven und negativen Meldungen, in % der meldenden Betriebe



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der Europäischen Kommission (GD ECFIN).

In den wissensintensiven Dienstleistungen war der Beschäftigungsanstieg auch regional weiterhin durchwegs kräftig, in Südösterreich (+3,9%) am stärksten und in Westösterreich (+3,4%) am schwächsten. Aus Salzburg, Wien und der Steiermark wurden

Zuwächse über der 4%-Marke gemeldet. Das Burgenland und Niederösterreich verzeichneten mit +2,0% bzw. +1,6% ebenfalls eine robuste Steigerung. Die übrigen marktorientierten Dienste stellten vor allem in Niederösterreich (+2,3%) und Tirol (+2,0%)

⁴⁾ Die übrigen Marktdienste umfassen traditionelle Tätigkeitsbereiche wie Verkehrsdienste, sonstige Wirtschaftsdienste und persönliche Dienste.

zusätzliche Arbeitskräfte ein. Verhalten entwickelte sich die Beschäftigung hingegen in

Oberösterreich (+0,6%), Salzburg (+0,8%) und im Burgenland (+0,9%).

6. Arbeitsmarkt verliert deutlich an Dynamik

Das Beschäftigungswachstum verlangsamte sich im Jahr 2019 in allen Bundesländern gegenüber dem Vorjahr und betrug im Jahres- und Österreich-Durchschnitt +1,6%.

Nachdem die Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2018 noch an Dynamik gewonnen hatte (2017 +2,0%, 2018 +2,5%), stieg die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten) 2019 in Österreich um nur 1,6%. Dabei verflachte die Entwicklung in allen Bundesländern auf durchwegs weniger als +2,0%. Auch das Wachstum des Arbeits-

kräfteangebotes verlangsamte sich gegenüber dem Vorjahr (2019 +1,2%, 2018 +1,5%). Vor dem Hintergrund der geringeren Beschäftigungsdynamik wurde die Arbeitslosigkeit 2019 (-3,5%) wesentlich schwächer abgebaut als 2018 (-8,2%). Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2019 7,4%.

Übersicht 11: **Arbeitskräfteangebot 2019**

	Insgesamt ¹⁾		Männer	Frauen	Ausländische Arbeitskräfte	Inländische Arbeitskräfte	Ältere ²⁾	Jugendliche ³⁾
	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	4.021.368	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 5,5	- 0,1	+ 6,6	- 0,9
Wien	966.769	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 4,8	- 0,2	+ 5,9	- 0,7
Niederösterreich	665.504	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 6,0	+ 0,1	+ 7,0	- 1,4
Burgenland	112.268	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 4,6	- 0,2	+ 5,6	- 2,1
Steiermark	554.471	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 7,9	- 0,1	+ 6,6	- 0,6
Kärnten	232.247	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 5,9	- 0,5	+ 6,3	- 2,3
Oberösterreich	694.236	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 6,5	+ 0,2	+ 7,3	- 1,0
Salzburg	269.139	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 4,8	- 0,5	+ 6,3	- 0,5
Tirol	352.677	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 5,1	- 0,0	+ 5,6	- 0,9
Vorarlberg	174.057	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,4	+ 4,1	+ 0,2	+ 7,1	- 0,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten). – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 15 bis 24 Jahre.

Übersicht 12: **Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung 2019**

	Insgesamt ¹⁾		Männer	Frauen	Ausländische Arbeitskräfte	Inländische Arbeitskräfte	Ältere ²⁾	Jugendliche ³⁾
	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	3.720.041	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 6,2	+ 0,3	+ 6,9	- 1,0
Wien	851.901	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,3	+ 5,5	+ 0,5	+ 6,2	+ 0,5
Niederösterreich	614.758	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 6,5	+ 0,5	+ 7,2	- 0,7
Burgenland	103.857	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 5,1	+ 0,2	+ 5,9	- 1,8
Steiermark	520.433	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 8,4	+ 0,2	+ 6,7	- 1,4
Kärnten	211.499	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 6,8	- 0,0	+ 6,3	- 0,9
Oberösterreich	660.184	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,6	- 1,7
Salzburg	256.445	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 5,5	- 0,2	+ 6,7	- 0,9
Tirol	336.368	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 5,8	+ 0,3	+ 7,8	- 1,7
Vorarlberg	164.596	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 4,2	+ 0,3	+ 7,3	- 1,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten). – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 15 bis 24 Jahre.

Am langsamsten nahm die Beschäftigung in Kärnten (+1,0%) und Salzburg (+1,2%) zu. In der Steiermark halbierte sich das Beschäftigungswachstum 2019 (+1,6%) gegenüber 2018 (+3,2%). Das stärkste Beschäftigungswachstum wurde 2019 in Wien (+1,9%) und Niederösterreich (+1,7%) erzielt.

Kärnten und Salzburg waren die einzigen Bundesländer, in denen das Arbeitskräfte-

angebot um weniger als 1,0% zunahm (Österreich +1,2%). Aus diesem Grund ging die Arbeitslosigkeit dort 2019 trotz mäßiger Beschäftigungsentwicklung überdurchschnittlich zurück (Kärnten -4,2%, Salzburg -6,1%). Den stärksten Rückgang der Zahl der Arbeitslosen verzeichnete aber Tirol (-6,9%), dessen Arbeitslosenquote im Bundesländervergleich 2019 mit 4,5% am niedrigsten war. Am wenigsten verringerte sich die Zahl der

Arbeitslosen in Vorarlberg (-0,3%) sowie in Oberösterreich und Wien (jeweils -3,1%). In Wien war die Arbeitslosenquote 2019 am höchsten (11,7%).

Nach Bevölkerungsgruppen ergibt sich ein sehr differenziertes Bild der Arbeitsmarkt-

entwicklung. So nahm die Beschäftigung von Männern (+1,7%) stärker zu als jene von Frauen (+1,3%). Auch die Zahl der arbeitslosen Männer (-4,7%) ging deutlicher zurück als jene der arbeitslosen Frauen (-1,9%). Im Burgenland stieg die Zahl der arbeitslosen Frauen sogar leicht.

Übersicht 13: Arbeitslosigkeit 2019

	Arbeitslose								Arbeitslosenquote	
	Insgesamt	Männer	Frauen	Arbeitskräfte			Ältere ²⁾	Langzeit-arbeitslose ³⁾	Niveau In %	Veränderung gegen das Vorjahr Prozentpunkte
				Ausländische	Inländische	Jugendliche ¹⁾				
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Österreich	- 3,5	- 4,7	- 1,9	+ 0,5	- 5,2	- 6,7	+ 3,9	- 5,5	+ 7,4	- 0,3
Wien	- 3,1	- 4,7	- 0,9	+ 1,2	- 6,0	- 9,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 11,7	- 0,5
Niederösterreich	- 3,3	- 5,2	- 0,9	+ 1,1	- 4,4	- 10,1	+ 5,2	- 12,6	+ 7,5	- 0,3
Burgenland	- 3,9	- 7,4	+ 0,2	- 4,6	- 3,7	- 5,1	+ 3,3	- 4,8	+ 7,3	- 0,4
Steiermark	- 2,8	- 3,8	- 1,6	+ 3,1	- 4,7	- 1,8	+ 4,5	- 11,1	+ 6,0	- 0,3
Kärnten	- 4,2	- 5,9	- 2,2	- 0,6	- 5,1	- 8,9	+ 6,6	- 3,7	+ 8,8	- 0,4
Oberösterreich	- 3,1	- 3,5	- 2,7	+ 0,2	- 4,4	- 2,5	+ 3,9	- 17,4	+ 4,8	- 0,2
Salzburg	- 6,1	- 5,3	- 7,1	- 4,3	- 7,1	- 5,1	+ 0,7	- 5,0	+ 4,6	- 0,3
Tirol	- 6,9	- 6,6	- 7,1	- 5,6	- 7,4	- 8,4	- 1,0	- 21,3	+ 4,5	- 0,4
Vorarlberg	- 0,3	- 0,6	- 0,1	+ 2,7	- 1,9	+ 1,2	+ 4,4	- 9,6	+ 5,3	- 0,1

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ 15 bis 24 Jahre. – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 1 Jahr oder länger.

Übersicht 14: Entwicklung der Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen 2019

	Land- und Forstwirtschaft, Energieversorgung	Sachgütererzeugung und Bergbau	Bauwesen	Marktorientierte Dienstleistungen			Öffentlicher Dienst
				Insgesamt	Handel	Unternehmensnahe Dienstleistungen ¹⁾	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 3,1	+ 0,8
Wien	+ 0,3	+ 1,5	+ 4,5	+ 2,3	+ 0,6	+ 3,8	+ 0,9
Niederösterreich	+ 3,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,6	+ 0,6
Burgenland	+ 1,9	- 0,1	+ 4,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,2
Steiermark	+ 2,2	+ 1,7	+ 4,5	+ 1,6	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,6
Kärnten	+ 0,5	+ 0,6	+ 3,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 3,3	+ 0,7
Oberösterreich	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,6
Salzburg	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,2	+ 0,5
Tirol	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,0	+ 3,9	+ 1,4
Vorarlberg	+ 6,3	+ 1,0	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,0	+ 3,7	+ 1,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Grundstücks- und Wohnungswesen, freie Berufe, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie, Informationsdienstleistungen.

Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot ausländischer Arbeitskräfte entwickelten sich wesentlich dynamischer als jene der inländischen unselbständig Beschäftigten: Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften nahm um 6,2% zu (jene der inländischen um nur 0,3%) – am stärksten in den von der Sachgüterproduktion geprägten Bundesländern Steiermark und Oberösterreich. Die geringe Dynamik des Arbeitskräfteangebotes der Inländerinnen und Inländer (-0,1%) schlug sich in einem vergleichsweise starken Rückgang der Arbeitslosigkeit von inländischen

Arbeitskräften nieder, zu dem alle Bundesländer beitrugen. Die Zahl der arbeitslosen ausländischen Arbeitskräfte stieg hingegen in der Steiermark, in Vorarlberg, Wien, Niederösterreich und Oberösterreich sowie im Österreich-Durchschnitt (+0,5%).

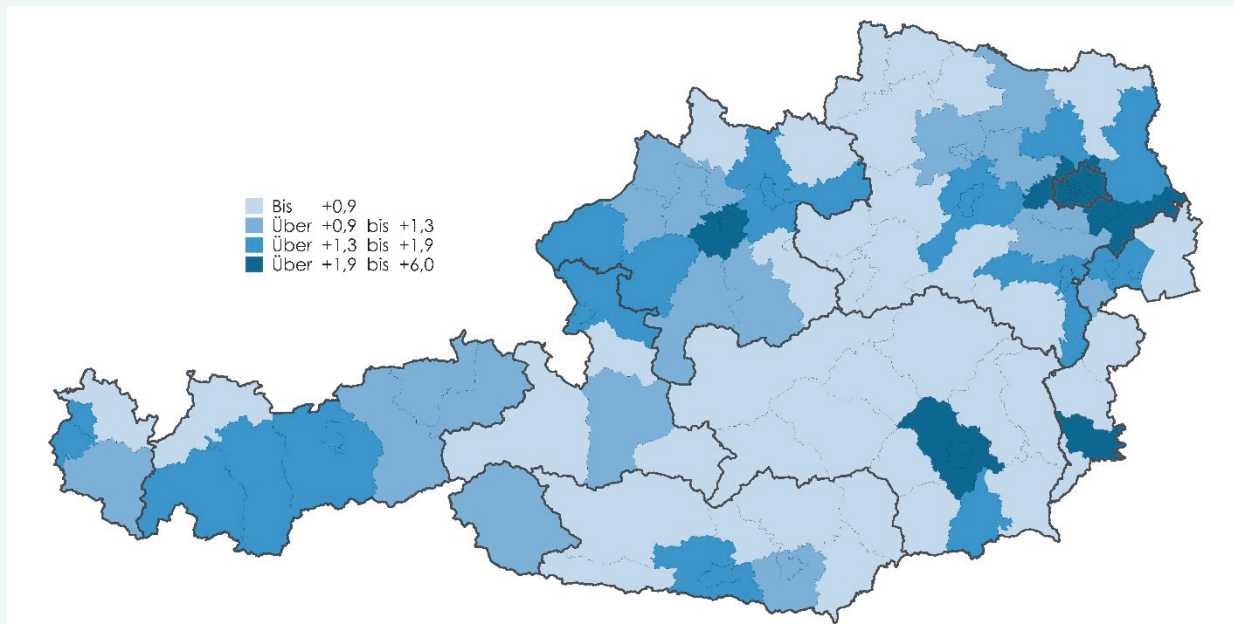
Sehr unterschiedlich entwickelte sich der Arbeitsmarkt für die einzelnen Altersgruppen. Nachdem die Zahl der unselbständig aktiv beschäftigten Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) 2018 geringfügig gestiegen war (+0,2%), nahm sie 2019 um 1,0% ab. Weitau

mischer entwickelten sich – in allen Teilen Österreichs – sowohl die Beschäftigung (+6,9%) als auch das Arbeitskräfteangebot (+6,6%) von älteren Arbeitskräften (55 Jahre oder älter). Die Arbeitslosigkeit der Älteren

war aber nur in Tirol rückläufig (-1,0%), während die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in allen Bundesländern außer Vorarlberg sank, besonders stark in Niederösterreich, Wien und Kärnten.

Abbildung 5: **Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung nach Bezirken 2019**

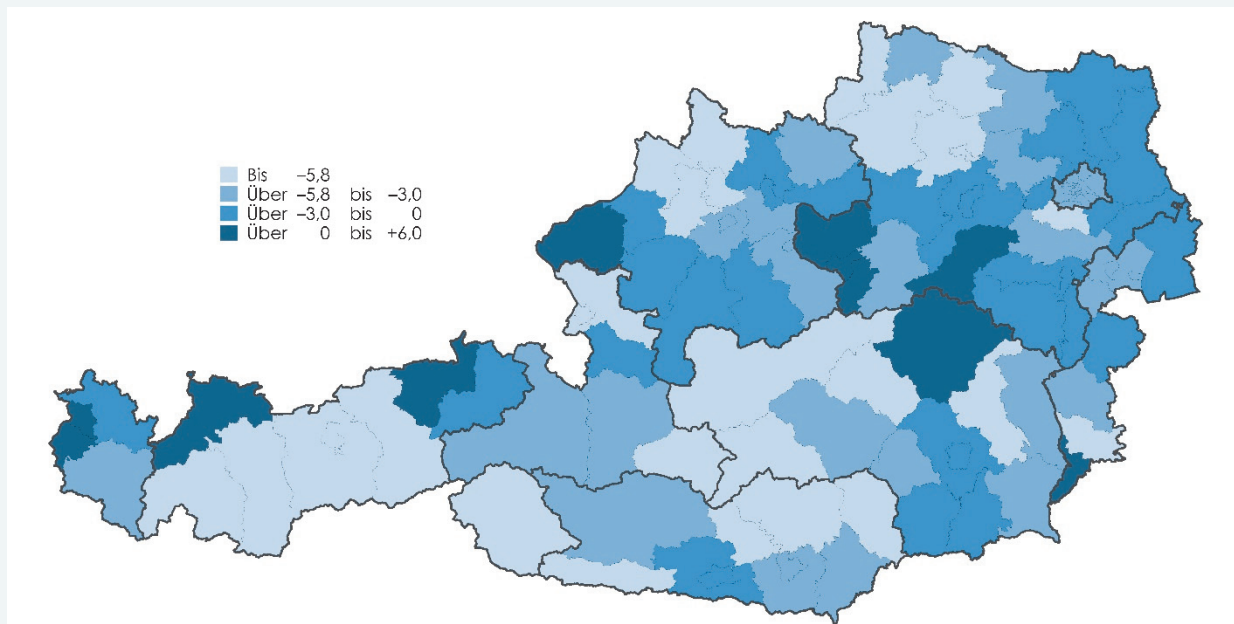
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: **Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bezirken 2019**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



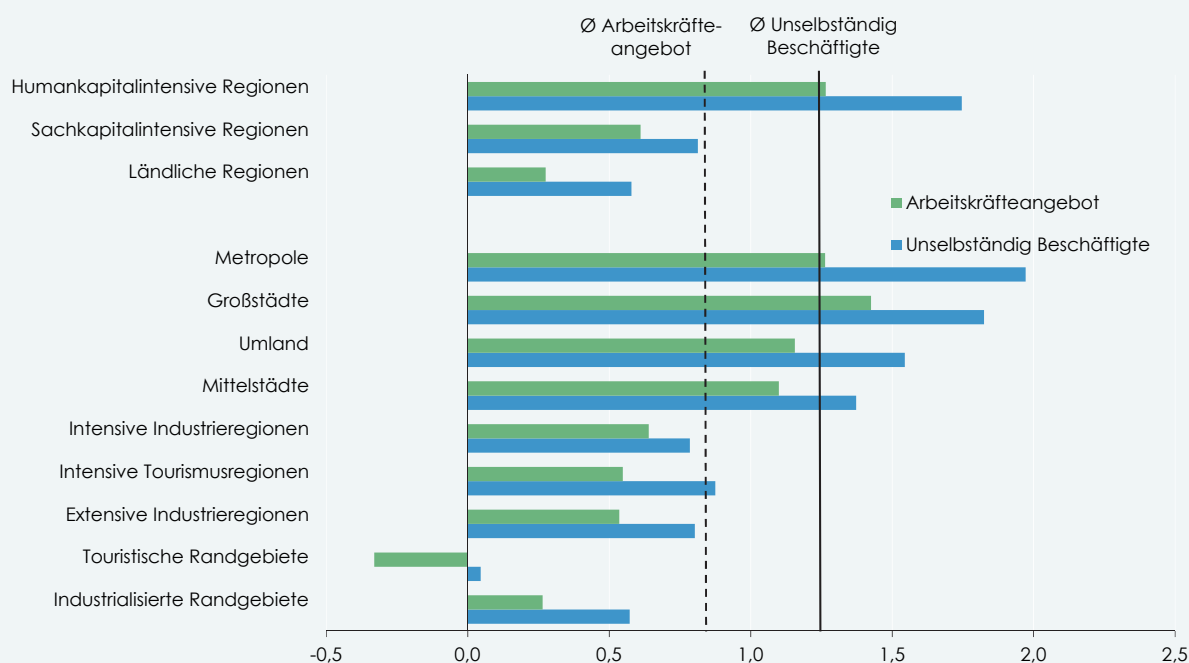
Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Die Beschäftigungstendenzen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen liefern weitere Erklärungsmuster für die heterogene Arbeitsmarktentwicklung in den Bundesländern. So verzeichnete das Bauwesen 2019 mit +3,8% das höchste Beschäftigungswachstum und war der einzige Wirtschaftsbereich, in dem die Arbeitskräftenachfrage sich gegenüber dem Vorjahr verstärkte (2018 +3,4%). Die kräftige Beschäftigungsexpansion im Bereich

der unternehmensnahen Dienstleistungen (+3,1%) dürfte insbesondere das gute Gesamtergebnis in Wien beeinflusst haben. In der Sachgütererzeugung wuchs die Beschäftigung mit +1,6% nur etwa halb so schnell wie 2018 (+3,1%). Spürbare Einbußen in der Beschäftigungsdynamik verzeichneten auch der Handel (+1,0%, 2018 +1,5%) und der öffentliche Dienst (+0,8%, 2018 +1,5%).

Abbildung 7: **Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung und des Arbeitskräfteangebotes nach Wirtschaftsregionen 2019**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Eine Analyse der Veränderung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf der kleinräumigen Ebene der Bezirke zeigt auch innerhalb der Bundesländer ein heterogenes Bild. Vergleichsweise hohe Beschäftigungszuwächse wurden in Wien, Graz und Wels sowie den jeweils umliegenden Bezirken erzielt. In der Ostregion konzentrierte sich das starke

Beschäftigungswachstum insbesondere auf Regionen rund um Wien. Auch für die Arbeitslosigkeit sind regionale Entwicklungsmuster zu erkennen. So ging die Arbeitslosigkeit etwa in weiten Teilen Tirols und Kärntens sowie im Süden Salzburgs vergleichsweise stark zurück.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Die österreichische Wirtschaft wuchs 2019 etwas schwächer als im Jahr davor: Ausgehend von einer kräftigen Konjunktur in den Jahren 2017 und 2018 (mit Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes von 2,5% bzw. 2,4%) verlangsamte sich die Expansion im Jahr 2019 auf +1,6%. Am stärksten wuchs die Bruttowertschöpfung (ohne Land- und Forstwirtschaft) laut aktueller WIFO-Schnellschätzung im Jahr 2019 mit +1,9% in der Südregion (Kärnten, Steiermark), etwas schwä-

cher in der Westregion (Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich; +1,7%) und in der Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland; +1,4%). Das lebhafteste Wachstum im Süden ging vor allem von der Steiermark aus, die die höchste Steigerung der Bruttowertschöpfung unter allen Bundesländern aufwies vor Tirol (+2,2%) und Salzburg (+2,0%). Am schwächsten entwickelte sich laut der regionalen WIFO-Schnellschätzung die

Wirtschaft in Kärnten (+1,0%) und Niederösterreich (+1,2%).

Die exportgetragene Industriekonjunktur geriet Mitte 2019 in eine Rezession, während der Konsum der privaten Haushalte das Wachstum im gesamten Jahr stützte (Baumgartner et al., 2020). Die Konsumnachfrage erlitt jedoch durch die temporäre Schließung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ab März 2020 einen jähen negativen Nachfrageschock, der in Art und Umfang bislang unbekannt ist. Neben dem Nachfrageausfall schränkt auch der Produktionsausfall die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Österreich auf breiter Basis ein (Baumgartner et al., 2020). Der Ausblick auf das Jahr 2020 ist auch weiterhin von der COVID-19-Krise geprägt. Das Ausmaß der Krise lässt sich derzeit noch immer nicht endgültig abschätzen.

Dasselbe gilt für die mittel- bis langfristigen Auswirkungen auf regionaler Ebene. In der Phase des Lockdown waren die am stärksten vom Tourismus geprägten Bundesländer Salzburg und Tirol überdurchschnittlich betroffen, während die Unterschiede zwischen den anderen Bundesländern vergleichsweise gering ausfielen (Bachtrögler et al., 2020). Im weiteren Jahresverlauf hängt die regionale Betroffenheit jedoch von einer Reihe von Faktoren ab, die noch nicht endgültig abgeschätzt werden können, u. a. vom Zeitpunkt und Ausmaß der Öffnung des internationalen Tourismus, von möglichen regional differenzierten Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionskette je nach Zahl und Lage von Neuinfektionen bzw. Infektionsclustern, von der Tiefe der weltweiten Rezession und ihren Auswirkungen auf Produktion und Exporte.

8. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Bierbaumer-Polly, J., Bilek-Steindl, S., Leoni, Th., Mayrhuber, Ch., Schiman, St., "Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 285-298, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65919>.

Bachtrögler, J., Firgo, M., Fritz, O., Klien, M., Mayerhofer, P., Piribauer, Ph., Streicher, G., "Regionale Unterschiede der ökonomischen Betroffenheit von der aktuellen COVID-19-Krise in Österreich. Ein Strukturansatz auf Ebene der Bundesländer", WIFO Working Papers, 2020, (597), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65871>.

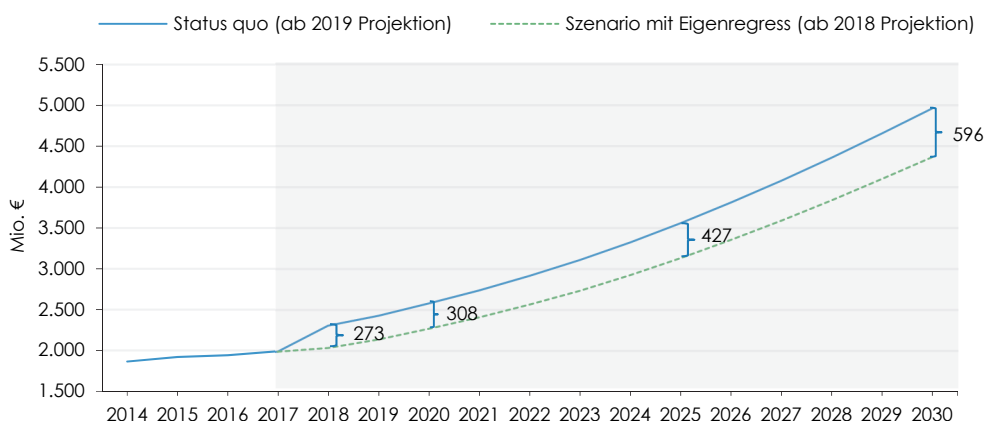
Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege

Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger

- Die Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege und die künftige jährliche Valorisierung des Pflegegeldes rechtfertigen eine Neubewertung der Ausgabenpfade in der Pflege.
- Projektionen bestätigen frühere WIFO-Studien hinsichtlich der hohen Dynamik der öffentlichen Ausgaben und des steileren Wachstumspfad der Sachleistungen.
- Ab dem Jahr 2023 übersteigen die Ausgaben für Sachleistungen jene für Pflegegeld.
- Insgesamt erhöht sich der öffentliche Aufwand für Geld- und Sachleistungen von 5,1 Mrd. € im Basisjahr 2018 auf 9,1 Mrd. € nominell bzw. 7,5 Mrd. € real im Jahr 2030.
- In einer kontrafaktischen Analyse schätzt das WIFO erstmals die fiskalischen Kosten der Abschaffung des Pflegeregresses.
- Demnach ergab sich 2018 ein Mehraufwand der Länder und Gemeinden von 272,7 Mio. €. Die jährlichen nominellen Mehrausgaben nehmen auf knapp 600 Mio. € im Jahr 2030 zu.

Einschätzung der fiskalischen Kosten der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege

Projizierte Ausgaben der Länder und Gemeinden, nominell



"Die Abschaffung des Pflegeregresses hatte im Jahr 2018 einen fiskalischen Mehraufwand der Länder und Gemeinden von 272,7 Mio. € zur Folge. Die jährlichen Mehrausgaben steigen bis zum Jahr 2030 auf knapp 600 Mio. €."

Gemäß Vergleichsszenario entstanden den Ländern und Gemeinden im Jahr 2018 aus der Abschaffung des Eigenregresses fiskalische Mehrausgaben in Höhe von 272,7 Mio. € (Q: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Ohne Ausgaben für mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste).

Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege

Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger

Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege

Die Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege und die künftig jährliche Valorisierung des Pflegegeldes machen eine Neubewertung der Ausgabenpfade für Geld- und Sachleistungen in der Pflege notwendig. Die vorliegende Analyse schätzt zudem erstmals den fiskalischen Effekt der Abschaffung des Pflegeregresses auf die öffentlichen Ausgaben. Insgesamt steigt der Aufwand für öffentliche Geld- und Sachleistungen von 5,1 Mrd. € im Jahr 2018 laut Projektionen bis 2030 auf 9,1 Mrd. € nominell bzw. 7,5 Mrd. € zu Preisen von 2018. Die Abschaffung des Pflegeregresses hatte im Jahr 2018 einen fiskalischen Mehraufwand der Länder und Gemeinden von 272,7 Mio. € zur Folge. Er erhöht sich bis zum Jahr 2030 auf knapp 600 Mio. € jährlich.

Public Expenditure on Long-term Care After the Abolition of Asset Recourse in Long-term Inpatient Care

The abolition of asset recourse in inpatient care and the future annual valorisation of cash benefits for long-term care make it necessary to reassess the expenditure paths for cash benefits and benefits in kind. Moreover, the present analysis estimates for the first time the fiscal effect of the abolition of the recourse on public expenditures. In total, public spending on cash and benefits in kind will increase from 5.1 billion € in 2018 to 9.1 billion € in nominal terms or 7.5 billion € at 2018 prices, according to projections for 2030. The abolition of the recourse system led to additional fiscal costs of 272.7 million € by the Länder and municipalities in 2018. The annual additional expenditure will rise to almost 600 million € until 2030.

JEL-Codes: H51, H75, I11, I18 • **Keywords:** Pflege, Pflegeregress, öffentliche Ausgaben, Pflegegeld, Sachleistungen

Dieser Bericht entspricht in weiten Teilen Kapitel 5 der folgenden WIFO-Studie im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer: Michael Klien, Hans Pitlik, Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger, Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich (März 2020, 123 Seiten, 50 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65854>).

Begutachtung: Simon Loretz • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Brunner (anna.brunner@wifo.ac.at), Michael Weingärtler (michael.weingaertler@wifo.ac.at) • Abgeschlossen im Februar 2020

Kontakt: Mag. Dr. Matthias Firgo (matthias.firgo@wifo.ac.at), Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD (ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at)

Die Abschaffung des Pflegeregresses und die künftig jährliche Pflegegeldvalorisierung rechtfertigen eine Neubewertung der Ausgabenpfade.

1. Einleitung

Die demographische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte bringt in allen europäischen Ländern eine starke Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen mit sich. Mit der wachsenden Nachfrage sind höhere Kosten für die öffentliche Hand verbunden (*Europäische Kommission, 2018, Famira-Mühlberger et al., 2017, Grossmann – Schuster, 2017*). Studien des WIFO aus der jüngeren Vergangenheit (*Firgo – Famira-Mühlberger, 2014, Url, 2016, Famira-Mühlberger et al., 2017*) projizieren dabei deutlich steilere Ausgabenpfade für die von den Bundesländern und Gemeinden mitfinanzierten Sachleistungen (Pflege- und Betreuungsdienste gemäß Pflegefondsgesetz)¹⁾ als für die Pflegegeldleistungen des Bundes. Dies liegt einerseits an der realen Abwertung der Geldleistungen in der Vergangenheit (*Greifeneder, 2018*), die

in den Projektionen weiter fortgeschrieben wurde, andererseits an der Zunahme der Nachfrage nach Pflegesach- relativ zu Geldleistungen aufgrund des sinkenden Potentials der informellen Angehörigenpflege (zu Details siehe *Famira-Mühlberger – Firgo, 2018*). Zudem dürften die realen Stückkosten der Erbringung von Sachleistungen steigen, weil Lohnabschlüsse über der Inflationsrate zu erwarten sind und der medizinische und pflegerische Betreuungsbedarf mit der demographisch bedingten Alterung der durchschnittlichen Sachleistungsbezieher und -bezieherinnen zunehmen dürfte (*Famira-Mühlberger et al., 2017, Url, 2016*).

Jüngste Veränderungen der Rechtslage rechtfertigen (neben Änderungen der Bevölkerungsprognose) eine Neubewertung

¹⁾ Unter Pflege- und Betreuungsdiensten werden gemäß Pflegefondsgesetz mobile Pflege und Betreuung, stationäre Pflege, teilstationäre Pflege, stationäre Kurz-

zeitpflege, alternative Wohnformen, Case- und Care-Management sowie mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste verstanden.

der Ausgabenprojektionen für Bund und Länder. Einerseits wurde im Jahr 2019 eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes – erstmals mit 1. Jänner 2020 – beschlossen. Die jährliche Anpassung folgt dabei dem Anpassungsfaktor für Pensionen (§ 108f ASVG) und beträgt für das Jahr 2020 1,8%. Andererseits wurde im Jahr 2017 mit Wirksamkeit 1. Jänner 2018 der Vermögensregress (Eigenregress) im Bereich der stationären Pflege abgeschafft. Letzteres zieht eine Reihe von potentiellen Änderungen für die öffentlichen Ausgaben im Bereich der Pflege nach sich.

Mit dem Wegfall des Regresses entfallen Einnahmen der Länder und Gemeinden aus Regresszahlungen und von früheren Selbstzahlern, die nunmehr Anreize haben, zum Sozialhilfebezug zu wechseln. Dazu lässt der Entfall des Eigenregresses eine Zunahme der Nachfrage nach stationärer Pflege erwarten, die sich für Personen mit Vermögen gegenüber anderen Pflegeformen nun relativ vergünstigt hat. Diesen Ausgabensteigerungen stehen nachfragedämpfende Effekte in anderen professionellen Pflege- und Betreuungsformen (insbesondere mobile Dienste, 24-Stunden-Betreuung) gegenüber, die aus der relativen Steigerung der Attraktivität der stationären Pflege resultieren. Darüber hinaus sind Arbeitsmarkteffekte zu erwarten, da die stationäre Pflege auch gegenüber der informellen Pflege und Betreuung durch Angehörige an Attraktivität gewinnt, wodurch

sich – ceteris paribus – die Arbeitsmarktbelastung von Personen im erwerbsfähigen Alter erhöhen dürfte, die zuvor informelle Pflege leisteten.

Im Jahr 2018 verständigten sich Bund und Länder auf einen Höchstbetrag von 340 Mio. € für die Abgeltung des Einnahmentfalls infolge der Abschaffung des Eigenregresses durch den Bund. Nach Abrechnung für das Jahr 2018 wurden im Oktober 2019 vom Bund letztlich 295,5 Mio. € an Mehrausgaben anerkannt. Für die Jahre 2019 und 2020 wurden die Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder bereits mit jeweils 300 Mio. € festgelegt (*Rechnungshof, 2020*).

In einer umfassenden Studie zu einem Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich (*Klien et al., 2020*) analysierte das WIFO neben einem Update früherer Projektionen der Pflegeausgaben für Geld- und Sachleistungen bis 2030 erstmals die fiskalischen Auswirkungen der Abschaffung des Eigenregresses im Bereich der stationären Pflege und Betreuung. Die dafür notwendigen Daten der Pflegedienstleistungsstatistik für das Jahr 2018 liegen seit Ende 2019 erstmals vor. Die Ergebnisse ermöglichen eine Einschätzung der fiskalischen Mehrkosten für Länder und Gemeinden für das Berichtsjahr 2018 und die folgenden Jahre.

2. Projektionsmethode und Determinanten der künftigen Ausgaben

2.1 Wesentliche Determinanten und Annahmen

Der Aufwand für Pflege- und Betreuungsdienstleistungen hängt von einer Reihe von demographischen und nicht-demographischen Faktoren ab (Abbildung 1). Im Einklang mit früheren Projektionen des WIFO zur Entwicklung von Nachfrage und Aufwand für Geld- und Sachleistungen im Bereich der Pflege werden eine Reihe von Kernannahmen getroffen²⁾:

- Der Anteil der informellen Pflege nimmt (aufgrund des Anstieges der Frauenerwerbsquote, des Rückganges der Haushaltsgröße und der relativen Zahl der Personen in Alterskohorten, die den größten Teil der informellen Pflege leisten) gegenüber dem Status quo 2018 jährlich um 0,2 Prozentpunkte ab.
- Die Lebenserwartung in Gesundheit steigt bis 2030 um 1 Jahr. Die Pflegeprävalenz aller Alterskohorten ab 65 Jahren verschiebt sich zwischen dem Basisjahr

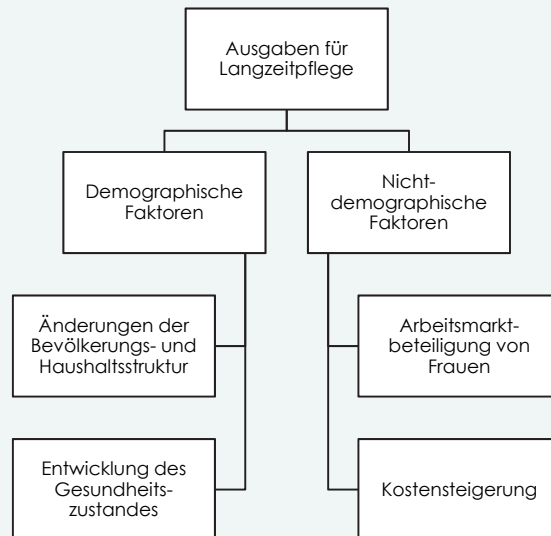
2018 und 2030 aliquot ins höhere Alter. Die Prävalenz der 66-Jährigen im Jahr 2030 entspricht damit jener der 65-Jährigen des Jahres 2018, die der 67-Jährigen 2030 jener der 66-Jährigen 2018 usw.

- Die Annahme einer realen Stückkostensteigerung von 2% pro Jahr für Sachleistungen folgt einerseits aus dem hohen Anteil der Löhne und Gehälter an den Gesamtkosten im Bereich der Pflege. Angesichts des projizierten Personalmangels (*Famira-Mühlberger – Firgo, 2019*) und der jüngsten Debatte über Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich scheinen deutlich überdurchschnittliche Reallohnabschlüsse im Bereich der Pflegedienste in den kommenden Jahren sehr realistisch. Andererseits werden mit dem Anstieg des Anteils der hochaltrigen Pflegebedürftigen die Medikationskosten (*Zweifel – Felder – Meiers, 1999, Rodrig – Wiesemann, 2004*) und der Bedarf an Pflegekräften pro Kopf wahrscheinlich zunehmen.

Die WIFO-Analyse der Pflegeausgaben berücksichtigt analog zu früheren Projektionen demographische und nicht-demographische Determinanten.

²⁾ Ausführliche Darstellungen finden sich in *Urtl (2016)*, *Famira-Mühlberger et al. (2017)* und *Famira-Mühlberger – Firgo (2018)*.

Abbildung 1: **Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Ausgaben für die Pflege**



Q: WIFO-Darstellung.

2.2 Projektion der Ausgaben für Geldleistungen

Die langfristige Projektion der Ausgaben für Pflegegeld und 24-Stunden-Betreuung zuhause beruht auf der erwarteten demographischen Entwicklung laut Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Hauptvariante vom November 2019) und den Pflegegeldprävalenzen nach Altersstufen, also dem Verhältnis zwischen der Zahl der Pflegegeldbeziehenden in den sieben Pflegegeldstufen und der Bevölkerungszahl je Altersstufe im Jahr 2018. Die Pflegegeldprävalenz des Jahres 2018 wurde – unter der Annahme zur Veränderung der Lebenserwartung in Gesundheit gemäß Kapitel 2.1 – auf die gesamte Projektionsperiode übertragen und daraus in Kombination mit der Bevölkerungsprognose für jedes Jahr die Zahl der Pflegegeldbeziehenden berechnet. Diese Projektion der Pflegegeldbeziehenden bis 2030 bildet die Grundlage für die Berechnung der künftigen Pflegegeldausgaben. Diese werden einerseits für alle künftigen Jahre zu Preisen von 2018 berechnet (reale Kostenentwicklung), andererseits mit den erwarteten künftigen Valorisationen (nominell). Die Erwartung über die Valorisierung folgt dabei der WIFO-Langfristprojektion der Pensionsentwicklung (Schiman, 2019), an welche die künftige Valorisierung des Pflegegeldes gekoppelt ist.

Auch die Berechnung der projizierten Ausgabenentwicklung im Bereich der 24-Stunden-Betreuung basiert auf den Prävalenzraten der Beziehenden der Förderung der 24-Stunden-Betreuung in den einzelnen Pflegegeldstufen. Wie für den künftigen Pflege-

geldaufwand werden – ebenfalls unter der Annahme einer leichten Verbesserung der Gesundheit der älteren Bevölkerung – diese Prävalenzen mit den Projektionen der Pflegegeldbeziehenden hochgerechnet und mit dem aktuellen Fördersatz multipliziert. Seit Einführung der 24-Stunden-Betreuung wurden die Zuschüsse nicht erhöht. Deshalb nehmen die Projektionen auch für die Zukunft keine Erhöhung an. Eine Bewertung zu Preisen von 2018 bedeutet daher – bei positiver Inflation – eine kontinuierliche reale Abwertung in künftigen Jahren um die in WIFO-Langfristprognosen (Schiman, 2019) erwartete Inflationsrate von 2% jährlich. Für die nominelle Betrachtung der Ausgabenentwicklung werden die Ausgaben mit den konstant gehaltenen Fördersätzen des Jahres 2018 fortgeschrieben.

2.3 Projektion der Ausgaben für Sachleistungen

Der Aufwand der Länder und Gemeinden für Pflege- und Betreuungsdienstleistungen gemäß Pflegefondsgesetz wird auf Basis der demographischen und nicht-demographischen Faktoren (Abbildung 1) und der daraus resultierenden Annahmen (Kapitel 2.1) projiziert. Datengrundlage für den Leistungsumfang und den Aufwand für Sachleistungen ist die aktuelle Pflegedienstleistungsstatistik (BMASGK, 2019). Die Daten geben neben den Ausgaben der Länder und Gemeinden auch Aufschluss über die Struktur nach Pflegegeldstufen und Alterskohorten, in der die Pflege- und Betreuungsdienste zum Stichtag 31. Dezember 2018 in Anspruch genommen wurden³⁾. Die fehlende

³⁾ Die Aufnahme des Angebotes der mehrstündigen Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste als abrechenbares Dienstleistungsangebot in das Pflegefondsgesetz laut Novelle der Pflegedienstleistungsstatistik-

Verordnung 2012 vom 28. Dezember 2018 bleibt in den Projektionen noch unberücksichtigt, da

Verknüpfung der Altersstruktur der Dienstleistungsbeziehenden mit jener der Pflegegeldstufen wurde im Einklang mit früheren Projektionen mittels iterativen Randlösungsverfahrens (RAS-Algorithmus; *Bacharach, 1970*) auf Basis der Daten zu den Pflegegeldbeziehenden nach Alters- und Pflegestufen berechnet. Die Informationen über pflegedienstleistungsbeziehende Personen nach Altersgruppen, Pflegestufen und Dienstleistungsart nach Bundesländern wurden in weiterer Folge mit den Daten der Bevölkerungsprognose nach Bundesländern hochgerechnet.

Zum Zeitpunkt der vorliegenden Analyse war das Jahr 2018 das erste und einzige Berichtsjahr nach Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege. Projektionen mit Basisjahr 2018 bilden somit den Ausgabenpfad bereits ohne Vermögensregress ab. Für eine erstmalige Einschätzung der Mehrkosten der Länder und Gemeinden aus der Abschaffung des Regresses wird daher ein kontrafaktisches Vergleichsszenario benötigt. Ein solches Szenario gibt Auskunft darüber, wie sich der Aufwand für Sachleistungen im Jahr 2018 entwickelt hätte, wenn der Eigenregress in der stationären Pflege nicht abgeschafft worden wäre, aber alle anderen Rahmenbedingungen gegenüber dem Status quo 2018 unverändert geblieben wären.

Das WIFO konstruierte ein solches kontrafaktisches Vergleichsszenario unter den folgenden Annahmen:

- Die Prävalenzraten für die einzelnen Pflege- und Betreuungsdienste, d. h. der Anteil der Personen mit Sachleistungsbezug an der Grundgesamtheit der Pflegegeldbeziehenden je Alterskohorte und Pflegestufe, blieb 2018 gegenüber 2017 unverändert. Damit berücksichtigt das Vergleichsszenario Änderungen der Nachfrage nach allen Sachleistungen, die sich aus der Abschaffung des Pflegeregresses ergeben (vgl. Kapitel 1).
- Die Kosten der Länder und Gemeinden ("Nettokosten" laut Pflegedienstleistungsstatistik) je Leistungseinheit (Verrechnungstag) erhöhten sich in der stationären Pflege zwischen 2017 und 2018 um denselben Faktor wie die (öffentlichen plus privaten) "Bruttokosten" je Leistungseinheit. Die Zahlungen der Länder und Gemeinden entwickelten sich somit je Verrechnungstag gleich wie die (öffentlichen und privaten) Gesamtkosten je Verrechnungstag. Das Vergleichsszenario bezieht so Änderungen des Anteils privater Beiträge ein, die sich aus dem Entfall der Regresseinnahmen ergeben (vgl. Kapitel 1).

3. Darstellung der vergangenen und künftigen öffentlichen Ausgaben

Die Höhe der realisierten öffentlichen Ausgaben im Zeitraum 2014 bis 2018 sowie die projizierten Ausgaben für den Zeitraum 2019 bis 2030 fasst Übersicht 1 zusammen. Im Jahr 2018 wandten Länder und Gemeinden 2,3 Mrd. € für Sachleistungen auf ("Nettokosten" laut Pflegedienstleistungsstatistik). Der Pflegegeldaufwand des Bundes betrug im Jahr 2018 2,6 Mrd. € (ohne Verwaltungskosten und Zahlungen an im Ausland lebende Anspruchsberechtigte). 158 Mio. € wurden an Zuschüssen zur 24-Stunden-Betreuung zuhause geleistet. Die öffentlichen Gesamtausgaben für Pflege erreichten somit im Jahr 2018 knapp 5,1 Mrd. €.

Die jährlichen Steigerungsraten der Nettokosten für Sachleistungen schwankten seit Inkrafttreten des Pflegefondsgesetzes beträchtlich. 2014 bis 2017 betragen sie zwischen 9,3% (2013/14) und 1,1% (2015/16). Im Jahr 2018 nahmen die Nettokosten der Sachleistungen gegenüber 2017 um 16,0% zu. Die Pflegegeldleistungen stiegen in den Jahren 2014 bis 2017 deutlich langsamer, weil der Zugang zu den unteren zwei Pflegegeldstufen im Jahr 2015 erschwert wurde (Anhebung des monatlichen Mindestpflegebedarfs) und die Pflegegeldsätze nur einmal im Jahr 2016 valorisiert wurden. Die Nachfrage nach der 24-Stunden-Betreuung expandierte in den ersten Jahren nach der

Einführung rasch, die Wachstumsraten gingen zwischen 2014 und 2017 aber kontinuierlich zurück (rückläufiger Take-up-Effekt). Im Jahr 2018 waren die Ausgaben um 0,5% niedriger als im Jahr 2017.

Auch im Projektionszeitraum 2019 bis 2030 nehmen die Ausgaben für Sachleistungen deutlich stärker zu als jene für Geldleistungen. Dies liegt zum Teil an der Zunahme der Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsdiensten durch den kontinuierlichen Rückgang an informeller Pflege, zum großen Teil aber auch am erwarteten Anstieg der Stückkosten. Die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Sachleistungen beschleunigt sich zudem mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung Mitte der 2020er-Jahre weiter, sodass für das Jahr 2025 nominelle Ausgaben von knapp 3,6 Mrd. € und für das Jahr 2030 beinahe 5,0 Mrd. € projiziert werden (Übersicht 1). Dies entspricht einem nominalen Ausgabenwachstum gegenüber dem Basisjahr 2018 von 54% im Jahr 2025 bzw. 115% im Jahr 2030. Zu Preisen von 2018 nehmen die öffentlichen Ausgaben für Sachleistungen zwischen 2018 und 2025 real um 37% bzw. bis 2030 um 77% zu (Abbildung 2).

Der Entwicklungspfad der Ausgaben für Pflegegeld spiegelt ab dem Jahr 2020 die 2019 beschlossene jährliche Valorisierung der

Im Projektionszeitraum 2019 bis 2030 werden die öffentlichen Ausgaben für Sachleistungen wesentlich stärker steigen als jene für Geldleistungen.

entsprechende statistische Erhebungsmerkmale in der Pflegedienstleistungsstatistik für das Berichtsjahr 2018

zum Analysezeitpunkt noch nicht für alle Bundesländer vorlagen.

Pflegegeldsätze wider. Mittelfristig sind nominelle Wachstumsraten von 3,5% bis 3,7% zu erwarten (Übersicht 1), die jeweils etwa zur Hälfte nachfrage- und valorisierungsgetrieben sind. Langsamer steigen die öffentlichen Ausgaben für die 24-Stunden-Betreuung zuhause. Die jährliche nominelle Erhöhung um knapp 3% in den 2020er-Jahren ist rein demographisch bedingt, da in den Pro-

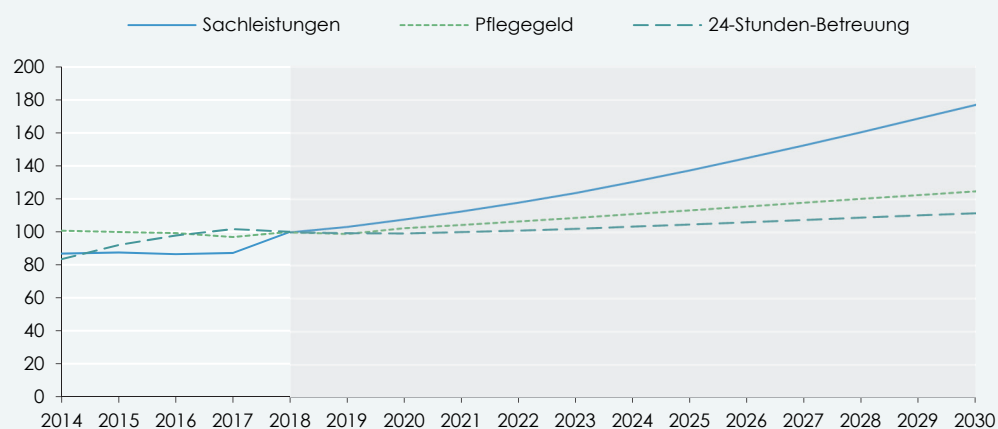
jektionen für diese Pflegeform weder eine Valorisierung noch ein weiterer Take-up-Effekt unterstellt wird. Real (Abbildung 2) bedeutet dies für das Pflegegeld gegenüber 2018 Kostensteigerungen von 13% im Jahr 2025 bzw. 25% im Jahr 2030. Für die 24-Stunden-Betreuung wird bis 2025 ein reales Ausgabenwachstum von 5%, bis 2030 von 12% erwartet.

Übersicht 1: **Öffentliche Ausgaben für Pflegegeld- und Sachleistungen, nominell**

	Sachleistungen	Pflegegeld	24-Stunden-Betreuung	Sachleistungen	Pflegegeld	24-Stunden-Betreuung
	Volumen in Mio. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Realisiert						
2014	1.865,0	2.493,5 ¹⁾	123,0	+ 9,3	+ 0,7	- ²⁾
2015	1.920,0	2.530,1 ¹⁾	138,6	+ 2,9	+ 1,5	+ 12,7
2016	1.942,0	2.569,8 ¹⁾	150,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 8,7
2017	1.991,0	2.551,1 ¹⁾	159,2	+ 2,5	- 0,7	+ 5,7
2018	2.309,0	2.606,1	158,4	+ 16,0	+ 4,4 ¹⁾	- 0,5
Projektion						
2019	2.430,0	2.626,3	160,5	+ 5,2	+ 0,8	+ 1,3
2020	2.580,0	2.769,0	163,0	+ 6,2	+ 5,4	+ 1,6
2021	2.739,6	2.866,6	167,1	+ 6,2	+ 3,5	+ 2,5
2022	2.918,2	2.972,8	171,4	+ 6,5	+ 3,7	+ 2,6
2023	3.111,4	3.082,6	176,1	+ 6,6	+ 3,7	+ 2,7
2024	3.327,3	3.194,7	181,0	+ 6,9	+ 3,6	+ 2,8
2025	3.563,2	3.312,5	186,2	+ 7,1	+ 3,7	+ 2,8
2026	3.815,7	3.434,4	191,6	+ 7,1	+ 3,7	+ 2,9
2027	4.081,5	3.559,6	197,2	+ 7,0	+ 3,6	+ 2,9
2028	4.363,7	3.687,4	203,0	+ 6,9	+ 3,6	+ 2,9
2029	4.661,7	3.817,4	208,8	+ 6,8	+ 3,5	+ 2,9
2030	4.967,5	3.949,5	214,6	+ 6,6	+ 3,5	+ 2,8

Q: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ Einschließlich Verwaltungskosten und Leistungen an im Ausland lebende Anspruchsberechtigte; Vergleichszahl 2018: 2.663 Mio. € (BMASGK, 2019). - ²⁾ Erst ab 2014 verfügbar; Sachleistungen ohne Ausgaben für mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste.

Abbildung 2: **Entwicklung der realen öffentlichen Ausgaben im Bereich der Pflege**
2018 = 100



Q: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Ohne Ausgaben für mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste. Ab 2019 Projektion.

4. Schätzung des Effektes der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege

Eine wesentliche Rolle für den markanten Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Sachleistungen im Jahr 2018 (Übersicht 1) spielt die Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege mit 1. Jänner 2018. Wahrscheinlich ist jedoch nicht die gesamte Zunahme von 2017 auf 2018 um 318 Mio. € bzw. 16,0% laut Pflegedienstleistungsstatistik darauf zurückzuführen. So erhöhten sich im Jahr 2018 laut BMASGK (2019) auch die Ausgaben für Pflegegeld (einschließlich Verwaltungskosten und Leistungen an im Ausland lebende Anspruchsberechtigte), die von den Gesetzesänderungen unberührt blieben, um 4,4% von 2.551 auf 2.663 Mio. €. Ein Teil des hohen Anstieges der Ausgaben für Sachleistungen hat daher demographische Ursachen. Die gesamte Zunahme gegenüber 2017 um 16,0% bzw. 318,0 Mio. € kann somit als plausibler Höchstwert des Effektes im Jahr 2018 bezeichnet werden.

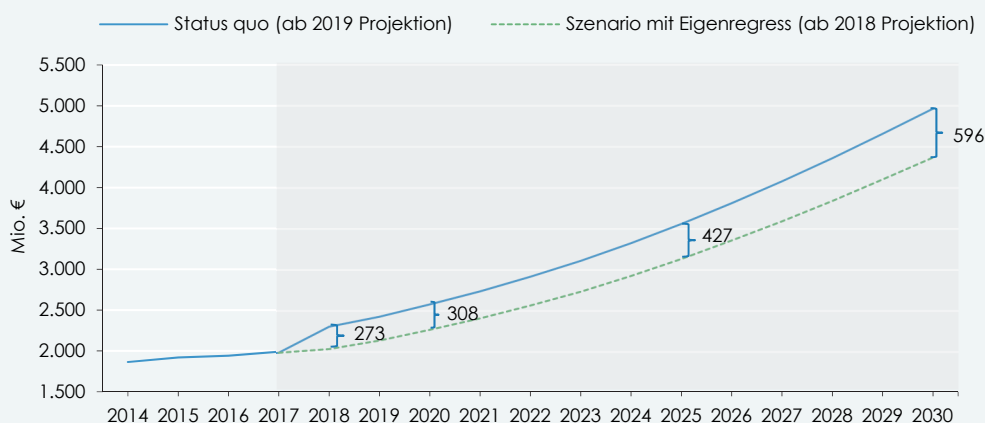
Abbildung 3 zeigt den Ausgabenpfad im Status quo (Pflegeregress mit 2018 abge-

schaft) und jenen auf Basis des in Kapitel 2.3 beschriebenen kontrafaktischen Szenarios (Pflegeregress nicht abgeschafft). Im kontrafaktischen Szenario ergeben sich für 2018 Ausgaben von 2.036,3 Mio. €. Die dabei errechnete Steigerung gegenüber 2017 um 2,3% (bzw. 45,3 Mio. €) entspricht weitgehend dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Jahre 2014 bis 2017 von 2,2%⁴⁾. Gemäß kontrafaktischem Szenario entstanden den Ländern und Gemeinden im Jahr 2018 aus der Abschaffung des Eigenregresses Mehrausgaben von 272,7 Mio. € gegenüber dem Status quo; 13,7 Prozentpunkte der Steigerung von insgesamt 16,0% entfielen somit auf die Abschaffung des Pflegeregresses. Für die Jahre 2019 und 2020 steigt die projizierte Differenz zwischen den beiden Szenarien auf 289,1 bzw. 308,4 Mio. € (zu laufenden Preisen), in weiterer Folge auf 427,1 Mio. € im Jahr 2025 bzw. auf 595,6 Mio. € im Jahr 2030.

Ein kontrafaktisches Szenario ergibt für die Länder und Gemeinden im Jahr 2018 fiskalische Mehrkosten der Regressabschaffung von 272,7 Mio. €.

Abbildung 3: **Einschätzung der Kosten der Abschaffung des Eigenregresses für die öffentlichen Haushalte**

Projizierte Ausgaben der Länder und Gemeinden, nominell



Q: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Ohne Ausgaben für mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die im vorliegenden Bericht diskutierten Projektionen bestätigen die in früheren WIFO-Studien projizierte hohe Dynamik öffentlicher Ausgaben im Bereich der Pflege. Der Aufwand für Sachleistungen wächst dabei wesentlich rascher als jener für Geldleistungen, weil die Nachfrage nach Sachleistungen stärker zunimmt und die realen Stückkosten wegen der hohen Lohnintensität der Pflege-

leistungen, wahrscheinlich überdurchschnittlicher Lohnabschlüsse in diesem Sektor und einer Zunahme des Medikations- und Betreuungsbedarfs pro Kopf mit wachsendem Anteil Hochaltriger steigen. Die Ausgaben für Sachleistungen erhöhen sich gemäß den Projektionen gegenüber dem Basisjahr 2018 bis 2025 nominell um 54% und bis 2030 um 115%, während die Ausgaben für Pflegegeld

Ab dem Jahr 2023 übersteigt der öffentliche Aufwand für Sachleistungen jenen für das Pflegegeld.

⁴⁾ Bei Unterstellung eines Ausgabenwachstums im Falle der Beibehaltung des Pflegeregresses von 2,2% auch zwischen 2017 und 2018 würden die Ausgaben

im Jahr 2018 2.035 Mio. € betragen. Dies würde einem Mehraufwand durch den Regressentfall von 274,1 Mio. € entsprechen.

(bis 2025 +27%, bis 2030 +52%) und die Zuschüsse zur 24-Stunden-Betreuung zuhause (bis 2025 +18%, bis 2030 +36%) deutlich langsamer steigen. Daraus ergibt sich eine Zunahme der realen Kosten von Sachleistungen der Länder und Gemeinden um 37% von 2018 bis 2025 bzw. um 77% bis 2030. In absoluten Zahlen steigen die öffentlichen Ausgaben für Sachleistungen von 2,3 Mrd. € im Jahr 2018 auf 5,0 Mrd. € nominell bzw. 4,1 Mrd. € real im Jahr 2030. Insgesamt werden im Jahr 2030 laut Projektionen somit Geld- und Sachleistungen von 9,1 Mrd. € nominell bzw. 7,5 Mrd. € real (zu Preisen von 2018) erforderlich sein. Ab dem Jahr 2023 übersteigt dabei der Aufwand für Sachleistungen jenen für das Pflegegeld.

Die Analyse ermöglicht zudem erstmals eine Schätzung der fiskalischen Kosten der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege mit 1. Jänner 2018. Die jüngst veröffentlichte Pflegedienstleistungsstatistik für das Jahr 2018 weist einen Anstieg der Ausgaben der Länder und Gemeinden (Nettoausgaben) gegenüber dem Vorjahr um 16,0% bzw. 318 Mio. € aus. Ein Teil dieser Ausgabensteigerungen war jedoch auf demographische und andere Effekte als die Abschaffung des Pflegeregresses zurückzuführen. Den vorliegenden Berechnungen zufolge entstand den Ländern und Gemein-

den aus dem Entfall des Regresses im Jahr 2018 ein Mehraufwand von 272,7 Mio. €. In einem kontrafaktischen Szenario mit Beibehalt des Pflegeregresses wären die Ausgaben 2018 gegenüber 2017 um 2,3% gestiegen. Dieser Wert liegt sehr nahe am durchschnittlichen jährlichen Ausgabenwachstum der Jahre 2014 bis 2017 von 2,2% und erscheint daher in seiner Größenordnung äußerst plausibel.

Die Abgeltung der fiskalischen Lasten erfolgt derzeit über ein verhandelbares, diskretionäres Transfersystem. Insofern wird das Entstehen bzw. die Schließung der Deckungslücken letztlich zu einer Frage der relativen Verhandlungsstärke der Finanzausgleichsparteien. Wenngleich für die Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege mit dem Konsultationsmechanismus ein Ausgleichsmodus vorliegt, gibt es kein Instrument im österreichischen Finanzausgleichsgefüge, welches die grundsätzlich hohe Dynamik der Pflegeausgaben systematisch berücksichtigen könnte. Exogen getriebene Veränderungen der Ausgabendynamik fließen derzeit anlassbezogen, aber wiederum wenig systematisch über Verhandlungen (z. B. über den Finanzausgleich oder 15a-Vereinbarungen) in die Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaftsebenen ein.

6. Literaturhinweise

- Bacharach, M., *Biproportional matrices and input-output change*, Cambridge University Press, Cambridge, 1970.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK), *Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2018*, Wien, 2019.
- Europäische Kommission, *The 2018 Aging Report. Economic and Budgetary Projections for the EU Member States (2016-2070)*, Brüssel, 2018.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., *Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich*, WIFO, Wien, 2018, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61563>.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., "Zum künftigen Bedarf an Pflegepersonal in den stationären und mobilen Diensten", *WIFO-Monatsberichte*, 2019, 92(3), S. 149-157, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61700>.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., Fritz, O., Streicher, G., *Österreich 2025 – Pflegevorsorge – Künftiger Finanzierungsaufwand und regionalwirtschaftliche Verflechtungen*, WIFO, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/60469>.
- Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., *Ausbau der stationären Pflege in den Bundesländern. Quantitative und qualitative Effekte des Einsatzes öffentlicher Mittel im Vergleich zur mobilen Pflege*, WIFO, Wien, 2014, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/47447>.
- Greifeneder, M., "25 Jahre Pflegegeld in Österreich", *Österreichische Zeitschrift für Pflegerecht*, 2018, 3, S. 80-83.
- Grossmann, B., Schuster, Ph., *Langzeitpflege in Österreich: Determinanten der staatlichen Kostenentwicklung*, Fiskalrat, Wien, 2017.
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., *Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich*, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65854>.
- Rechnungshof, "Pflege in Österreich. Bericht des Rechnungshofes", Reihe Bund, 2020, (2020/8).
- Rodrig, S., Wiesemann, H.-O., "Der Einfluss des demographischen Wandels auf die Ausgaben der Krankenversicherung", *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswirtschaft*, 2004, 93(2), S. 17-46.
- Schiman, St., *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*, WIFO, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/62243>.
- Url, Th., *Langfristige Prognose des Aufwandes für Langzeitpflege*, WIFO, Wien, 2016, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/58844>.
- Zweifel, P., Felder, St., Meiers, M., "Ageing of population and health care expenditure: a red herring?", *Health Economics*, 1999, 8(6), S. 485-496.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex und WIFO-Frühindikator

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019			2020		2019		2020				
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.		Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April	
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)														
OECD insgesamt	5,9	5,5	5,4	5,4	5,4	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,3	5,2	5,5	8,4	
USA	4,3	3,9	3,7	3,6	3,6	3,5	3,8	3,5	3,5	3,5	3,6	3,5	4,4	14,7	
Japan	2,8	2,4	2,4	2,4	2,3	2,3	2,4	2,2	2,2	2,2	2,4	2,4	2,5	2,6	
Euro-Raum	9,1	8,2	7,6	7,6	7,5	7,4	7,2	7,4	7,3	7,3	7,2	7,1	7,3		
Belgien	7,1	6,0	5,4	5,5	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,3	5,6	
Deutschland	3,8	3,4	3,2	3,1	3,1	3,2	3,4	3,2	3,3	3,3	3,4	3,4	3,5	3,5	
Irland	6,7	5,8	5,0	5,1	4,9	4,7	5,0	4,7	4,7	4,7	4,9	4,8	5,3	5,4	
Griechenland	21,5	19,4	17,3	17,4	17,0	16,6	.	16,7	16,4	16,2	16,1	.	.	.	
Spanien	17,2	15,3	14,1	14,2	14,2	13,8	13,9	13,8	13,7	13,9	13,6	14,2	14,8		
Frankreich	9,4	9,0	8,5	8,5	8,5	8,2	7,7	8,2	8,2	8,0	7,6	7,6	8,7		
Italien	11,3	10,6	9,9	10,0	9,7	9,5	8,8	9,5	9,5	9,4	9,1	8,0	6,3		
Luxemburg	5,6	5,5	5,6	5,7	5,6	5,6	6,0	5,6	5,6	5,7	5,8	6,6	7,5		
Niederlande	4,9	3,8	3,4	3,3	3,5	3,4	2,9	3,5	3,2	3,0	2,9	2,9	3,4		
Österreich	5,5	4,9	4,5	4,6	4,5	4,3	4,5	4,2	4,2	4,3	4,4	4,8	4,8		
Portugal	9,0	7,0	6,6	6,6	6,5	6,6	6,5	6,7	6,7	6,8	6,4	6,2	6,3		
Slowakei	8,1	6,5	5,8	5,8	5,8	5,6	5,5	5,6	5,6	5,4	5,5	5,6	6,8		
Finnland	8,6	7,4	6,7	6,7	6,8	6,7	6,6	6,7	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6		
Tschechien	2,9	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1		
Ungarn	4,2	3,7	3,5	3,4	3,5	3,5	3,6	3,4	3,4	3,4	3,6	3,7	.		
Polen	4,9	3,8	3,3	3,3	3,1	2,9	3,0	2,9	2,9	3,0	3,0	2,9	2,9		
Schweiz	4,8	4,7	4,4	4,5	4,4	4,1	4,2		

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2017	2018	2019	2019				2020		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,9
USA	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,3
Japan	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,3
Belgien	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,4	- 0,0
Deutschland	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8
Irland	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5	- 0,3
Griechenland	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,9
Spanien	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,1	- 0,7
Frankreich	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,4
Italien	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Luxemburg	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,3	- 0,8
Niederlande	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0
Österreich	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,5
Portugal	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1
Slowakei	+ 1,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,1
Finnland	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	- 0,3
Tschechien	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,3
Ungarn	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,4	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,4	+ 3,9	+ 2,5
Polen	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,9	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 2,9
Schweiz	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,4	- 1,0

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2017	2018	2019	2019				2020		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	+13,0	- 0,7	+ 0,8	- 1,4	- 1,2	+12,2	+ 5,6	+19,3	+13,8	-15,3	-16,3	-11,3	
Euro-Raum, STOXX 50	+16,2	- 3,0	+ 1,4	- 1,9	+ 1,1	+15,1	+ 6,8	+21,8	+15,9	-15,3	-17,8	-14,1	
Deutschland, DAX 30	+22,0	- 1,3	- 1,3	- 4,5	- 2,2	+14,5	+ 8,5	+22,0	+18,2	-13,1	-14,0	- 9,1	
Österreich, ATX	+34,9	+ 7,6	- 9,0	-10,1	-10,8	+ 1,1	- 6,2	+ 8,5	+ 2,8	-28,6	-34,7	-27,9	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	+14,0	- 0,2	- 1,2	- 2,6	- 2,5	+ 4,6	- 3,0	+10,1	+ 2,3	-20,3	-22,9	-18,1	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	+29,6	+ 1,1	- 3,1	- 0,3	- 2,3	- 1,0	-13,6	- 2,1	- 5,9	-31,9	-36,6	-29,1	
Tschechien, PX 50	+14,3	+ 8,0	- 3,2	- 3,2	- 3,6	+ 0,4	- 3,5	+10,6	+ 2,1	-21,9	-23,3	-16,2	
Ungarn, BUX Index	+31,5	+ 5,4	+10,0	+11,9	+11,9	+11,6	+ 1,0	+ 9,7	+ 9,4	-15,0	-22,2	-13,7	
Polen, WIG Index	+30,1	- 2,6	- 1,3	+ 0,5	- 0,7	+ 0,4	-12,6	- 2,0	- 6,3	-28,4	-27,3	-20,0	
Russland, RTS Index	+19,8	+ 5,6	+12,7	+11,2	+19,4	+27,2	+16,0	+37,1	+26,0	-12,6	-12,9	- 7,4	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+21,4	+15,2	+ 5,3	+ 6,3	+ 4,2	+10,4	+ 5,6	+19,6	+11,5	-12,0	-11,7	- 5,7	
USA, S&P 500 Index	+16,9	+12,1	+ 6,1	+ 6,6	+ 3,8	+14,2	+12,3	+25,7	+19,0	- 5,4	- 4,9	+ 2,3	
Brasilien, BM&FBOVESPA	+27,7	+20,0	+23,3	+20,1	+32,6	+25,6	+ 7,8	+23,9	+17,1	-15,2	-18,5	-13,6	
Asien													
Japan, Nikkei 225	+19,5	+10,4	- 2,7	- 4,2	- 6,0	+ 5,0	+ 4,0	+16,0	+10,1	-11,9	-12,5	- 4,6	
China, Shanghai Index	+ 8,2	- 9,4	- 0,8	- 2,4	+ 5,7	+13,2	+ 5,3	+20,3	+ 5,3	- 6,4	-11,9	- 1,1	
Indien, Sensex 30 Index	+17,3	+14,4	+ 8,3	+11,7	+ 1,6	+13,8	+ 4,7	+14,7	+12,9	-12,7	-21,6	-18,5	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2017	2018	2019	2019				2020		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	In %												
USA	1,3	2,4	2,3	2,5	2,2	1,9	1,5	1,9	1,8	1,7	1,1	1,0	0,3
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,1	1,8	1,9	1,9	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	1,8	1,3	0,5	0,3
Euro-Raum	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,3
Tschechien	0,4	1,3	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,0	1,0	0,5
Dänemark	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,1	- 0,1
Ungarn	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,4	0,5	1,1	0,9
Polen	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5	1,7	1,7	1,7	1,2	0,7	0,3
Schweden	- 0,7	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Vereinigtes Königreich	0,4	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8	0,5	0,7	0,3
Norwegen	0,9	1,1	1,6	1,5	1,6	1,8	1,7	1,9	1,8	1,8	1,4	0,8	0,3
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,7

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2017	2018	2019	2019			2020			2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	In %												
USA	2,3	2,9	2,1	2,3	1,8	1,8	1,4	1,9	1,8	1,5	0,9	0,7	0,7
Japan	0,0	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Kanada	1,8	2,3	1,6	1,6	1,4	1,5	1,2	1,6	1,5	1,3	0,8	0,7	0,6
Euro-Raum	1,2	1,3	0,6	0,8	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3	0,1	0,4	0,6	0,5
Belgien	0,7	0,8	0,2	0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,1	0,0
Deutschland	0,3	0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Irland	0,8	1,0	0,3	0,4	0,0	0,0	- 0,0	0,0	0,0	- 0,1	0,1	0,2	0,1
Griechenland	6,0	4,2	2,6	3,2	1,9	1,4	1,5	1,4	1,3	1,1	2,0	2,1	1,9
Spanien	1,6	1,4	0,7	0,8	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,5	0,8	0,7
Frankreich	0,8	0,8	0,1	0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,0
Italien	2,1	2,6	2,0	2,5	1,3	1,2	1,3	1,4	1,3	1,0	1,6	1,8	1,8
Luxemburg	0,5	0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,3
Niederlande	0,5	0,6	- 0,1	0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,3
Österreich	0,6	0,7	0,1	0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,1	0,0	- 0,1
Portugal	3,1	1,8	0,8	0,9	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,7	1,0	0,8
Finnland	0,5	0,7	0,1	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0	- 0,1
Dänemark	0,5	0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,3
Schweden	0,7	0,7	0,0	0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	0,1	0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Vereinigtes Königreich	1,2	1,4	0,9	1,0	0,6	0,7	0,6	0,8	0,7	0,6	0,4	0,3	0,2
Norwegen	1,6	1,9	1,5	1,6	1,3	1,4	1,2	1,5	1,4	1,4	0,9	0,7	0,5
Schweiz	- 0,1	0,0	- 0,5	- 0,4	- 0,8	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,5

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2017	2018	2019	2019				2020			2020		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,13	1,18	1,12	1,14	1,12	1,11	1,11	1,10	1,11	1,09	1,11	1,09	1,09
Yen	126,65	130,41	122,06	125,10	123,49	119,28	120,36	120,10	121,36	120,03	118,90	116,97	116,87
Schweizer Franken	1,11	1,15	1,11	1,13	1,13	1,10	1,10	1,07	1,08	1,06	1,06	1,05	1,06
Pfund Sterling	0,88	0,88	0,88	0,87	0,87	0,90	0,86	0,86	0,85	0,84	0,89	0,88	0,89
Schwedische Krone	9,64	10,26	10,59	10,42	10,62	10,66	10,64	10,67	10,55	10,57	10,88	10,88	10,60
Dänische Krone	7,44	7,45	7,47	7,46	7,47	7,46	7,47	7,47	7,47	7,47	7,47	7,46	7,46
Norwegische Krone	9,33	9,60	9,85	9,74	9,72	9,85	10,09	10,46	9,94	10,13	11,29	11,34	10,99
Tschechische Krone	26,33	25,64	25,67	25,68	25,68	25,74	25,57	25,61	25,22	25,05	26,58	27,26	27,27
Russischer Rubel	65,89	74,06	72,46	74,88	72,56	71,84	70,55	73,70	68,77	69,91	82,43	81,75	79,23
Ungarischer Forint	309,27	318,83	325,23	317,88	322,91	328,21	331,93	339,08	334,38	337,17	345,68	356,69	350,76
Polnischer Zloty	4,26	4,26	4,30	4,30	4,28	4,32	4,29	4,32	4,25	4,28	4,44	4,54	4,53
Neuer Rumänischer Leu	4,57	4,65	4,75	4,74	4,75	4,73	4,77	4,80	4,78	4,78	4,83	4,84	4,84
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,63	7,81	7,73	7,66	7,67	7,80	7,80	7,69	7,68	7,63	7,77	7,69	7,75
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 0,5	+ 1,8	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,8
Industriewaren	+ 0,7	+ 1,7	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7
Real	+ 0,8	+ 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,8	- 1,4	- 1,2	- 0,2	- 0,8	- 0,7	+ 1,0	+ 1,6	.
Industriewaren	+ 1,0	+ 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,7	- 1,3	- 1,3	- 0,2	- 0,8	- 0,7	+ 0,9	+ 1,4	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2017	2018	2019	2019			2020			2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+20,5	+23,5	-12,2	-11,4	-19,4	-11,2	-19,8	+ 2,7	- 1,1	-15,7	-41,6	-56,6	-45,8
Ohne Energierohstoffe	+11,2	+ 1,8	- 2,2	- 5,5	+ 1,6	+ 2,2	- 0,9	+ 6,7	+ 6,0	- 3,8	- 4,5	-10,4	- 7,3
Auf Euro-Basis	+18,0	+18,0	- 7,5	- 6,1	-15,7	- 8,5	-17,4	+ 5,2	+ 1,7	-12,2	-40,4	-55,1	-44,4
Ohne Energierohstoffe	+ 9,1	- 3,0	+ 3,3	+ 0,2	+ 6,3	+ 5,3	+ 2,1	+ 9,2	+ 9,1	+ 0,2	- 2,5	- 7,3	- 4,8
Nahrungs- und Genussmittel	- 4,6	- 9,2	- 0,1	- 6,1	+ 2,5	+ 5,5	+ 7,9	+10,0	+ 8,8	+ 8,0	+ 6,9	+ 5,4	+ 4,2
Industrierohstoffe	+19,1	+ 0,7	+ 5,0	+ 3,5	+ 8,3	+ 5,2	- 0,7	+ 8,9	+ 9,2	- 3,5	- 6,9	-13,3	- 9,2
Energierohstoffe	+19,7	+21,6	- 8,9	- 6,9	-18,3	-10,3	-20,4	+ 4,6	+ 0,5	-14,1	-46,0	-61,9	-50,0
Rohöl	+19,5	+23,7	- 5,3	- 3,8	-14,5	- 3,2	-16,4	+18,7	+11,3	- 9,2	-47,6	-66,2	-51,8

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2018	2019				2020
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6	.	.	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,9	- 2,9
Exporte	+ 3,0	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,9	.	.	+ 4,6	+ 4,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 1,8	- 4,2
Importe	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,7	.	.	+ 5,6	+ 5,0	+ 2,0	+ 4,0	- 0,1	- 4,9
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,4	.	.	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,1	- 0,2	- 3,2
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	.	.	+ 1,3	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,3	- 2,5
Private Haushalte ²⁾	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	.	.	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	- 4,3
Staat	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	.	.	+ 1,6	+ 0,4	- 0,5	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,0
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,6	+ 2,4	.	.	+ 7,7	+ 8,3	+ 2,8	+ 2,1	- 2,7	- 6,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,3	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,7	.	.	+ 4,6	+ 5,6	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,6	- 2,5
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 3,9	+ 9,3	+ 6,3	+ 4,3	+ 3,3	.	.	+ 5,3	+ 8,2	+ 3,7	+ 2,6	- 1,0	- 6,1
Bauten	+ 0,1	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4	.	.	+ 4,0	+ 5,1	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,4	- 1,0
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 4,8	+ 4,0	+ 1,7	+ 3,9	+ 2,4	.	.	+ 4,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,3	+ 0,9	+ 1,1
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 0,9	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 0,9	.	.	+ 3,7	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	- 1,7	- 6,6
Saison- und arbeitsdaysbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt								+ 0,8	+ 0,7	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 2,6
Exporte								+ 0,4	+ 2,1	- 0,9	+ 0,3	- 0,8	- 1,9
Importe								+ 2,1	+ 1,4	- 0,6	+ 0,7	- 2,0	- 2,5
Inländische Verwendung ¹⁾								+ 1,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,6	- 2,9
Konsumausgaben insgesamt								+ 0,7	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	- 2,3
Private Haushalte ²⁾								+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 3,3
Staat								+ 1,0	- 0,6	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,6
Bruttoinvestitionen ³⁾								+ 5,2	+ 0,6	- 0,7	- 0,2	- 2,6	- 4,7
Bruttoanlageinvestitionen								+ 2,9	+ 1,3	- 0,2	- 1,7	+ 1,1	- 1,1
Ausrüstungen und Waffensysteme								+ 6,3	+ 2,5	- 0,8	- 4,9	+ 2,4	- 2,7
Bauten								+ 1,0	+ 1,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,5	- 0,7
Sonstige Anlagen ⁴⁾								+ 1,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren								+ 0,7	+ 1,8	- 1,4	- 1,1	- 1,5	- 2,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, 2020 und 2021: Prognose (Veröffentlichung im Juli 2020). Zu aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung siehe die mittelfristige WIFO-Prognose vom April 2020. – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2018	2019				2020	
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Bruttonationaleinkommen, nominell														
Arbeitnehmerentgelte	+ 2,2	+ 4,8	+ 2,7	+ 4,8	.	.	.	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,9	+ 2,8	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,3	.	.	+ 4,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,4	- 6,4	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	.	.	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	- 0,2	- 3,2	
BIP nominell	Mrd. €	344,27	357,30	370,30	385,71	398,68	.	.	100,88	97,13	98,34	99,69	103,53	95,71
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	39.894	40.882	42.103	43.644	44.919	.	.	11.395	10.961	11.085	11.226	11.646	10.753
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	- 0,4	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	.	.	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	- 0,3	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 1,4	- 0,0	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,5	.	.	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,0	- 2,7	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, 2020 und 2021: Prognose (Veröffentlichung im Juli 2020). Zu aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung siehe die mittelfristige WIFO-Prognose vom April 2020. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex und WIFO-Frühindikator

	2019				2020	2019			2020				
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai		
	Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft													
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 13,7	+ 11,1	+ 10,0	+ 7,9	+ 7,7	+ 7,1	+ 10,2	+ 10,5	+ 2,5	- 32,3	- 27,8		
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 16,8	+ 12,8	+ 11,8	+ 8,7	+ 10,9	+ 8,1	+ 11,3	+ 12,7	+ 8,7	- 28,5	- 35,6		
WIFO-Frühindikator ¹⁾	+ 10,6	+ 9,2	+ 8,1	+ 7,2	+ 4,5	+ 6,1	+ 9,0	+ 8,3	- 3,7	- 36,0	- 20,1		
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche													
Sachgütererzeugung	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,1	- 2,2	- 1,9	- 2,7	- 1,7	+ 1,8	- 5,8	- 32,9	- 31,8		
Bauwirtschaft	+ 25,1	+ 21,3	+ 20,1	+ 19,6	+ 24,0	+ 20,7	+ 23,7	+ 25,4	+ 23,0	- 10,5	- 9,8		
Dienstleistungen	+ 15,8	+ 13,7	+ 13,1	+ 12,4	+ 10,7	+ 10,9	+ 15,1	+ 13,2	+ 3,7	- 36,1	- 28,9		
WIFO-Frühindikator ¹⁾	- 0,36	- 0,28	- 0,15	- 0,69	- 2,10	- 2,52		

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). – ¹⁾ Monatlicher Sammelindikator, der Konjunkturwendepunkte der österreichischen Gesamtwirtschaft zeitnah anzeigt (standardisierte Werte, saisonbereinigt). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at, astrid.czaloun@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Wintersaison 2018/19				Wintersaison 2019/20			
	Umsätze im Gesamtreiseverkehr	Übernachtungen insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Umsätze im Gesamtreiseverkehr ²⁾	Übernachtungen ¹⁾ insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	+ 5,5	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,8	- 16,9	- 18,1	- 21,7	- 17,0
Wien	+ 17,6	+ 13,9	+ 2,4	+ 16,9	- 25,5	- 27,6	- 27,8	- 27,6
Niederösterreich	+ 5,7	+ 3,6	+ 0,9	+ 9,8	- 24,6	- 25,5	- 24,9	- 26,8
Burgenland	+ 2,6	+ 0,7	- 0,7	+ 9,9	- 29,1	- 29,7	- 28,2	- 38,8
Steiermark	+ 3,3	- 0,1	- 2,1	+ 0,1	- 16,1	- 16,8	- 21,0	- 11,4
Kärnten	+ 3,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 13,5	- 14,2	- 16,9	- 12,6
Oberösterreich	+ 7,6	+ 5,8	+ 3,6	+ 9,4	- 23,2	- 23,9	- 22,9	- 25,5
Salzburg	+ 4,2	+ 0,0	+ 0,8	- 0,1	- 13,2	- 14,2	- 18,1	- 13,1
Tirol	+ 3,8	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 15,2	- 16,5	- 20,0	- 16,3
Vorarlberg	+ 3,4	- 1,3	- 2,3	- 1,2	- 17,4	- 18,6	- 23,9	- 18,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) April 2020: Hochrechnung. – 2) Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, susanne.markytan@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2019	2020	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2019	2020	2019	2020	
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
	Jänner bis März		Jänner bis März										
Warenexporte insgesamt	153,8	37,2	100,0	100,0	+ 8,2	+ 5,7	+ 2,5	- 5,0	- 4,2	+ 2,3	- 4,3	- 5,7	- 5,2
Intra-EU 27 (ab 2020)	102,7	25,4	66,8	68,1	+ 9,3	+ 5,9	+ 2,0	- 4,6	- 4,4	+ 0,1	- 3,6	- 6,5	- 3,8
Deutschland	45,1	11,2	29,4	30,0	+ 7,0	+ 5,5	- 0,2	- 2,9	- 5,9	+ 3,3	- 3,0	- 0,9	- 4,7
Italien	9,8	2,3	6,3	6,2	+ 8,7	+ 7,2	- 0,0	- 6,2	- 6,6	+ 1,1	- 0,5	- 0,4	- 16,8
Frankreich	6,7	1,9	4,4	5,0	+ 31,5	- 8,5	+ 4,9	- 14,8	+ 3,5	- 25,1	- 12,9	- 50,1	+ 46,7
EU-Länder seit 2004	28,0	7,0	18,2	18,7	+ 8,8	+ 7,8	+ 3,2	- 2,2	- 0,8	- 0,8	- 2,9	+ 1,5	- 5,2
5 EU-Länder ¹⁾	22,6	5,6	14,7	15,2	+ 9,4	+ 7,5	+ 3,5	- 2,0	- 0,1	- 2,0	- 2,9	+ 2,1	- 5,0
Tschechien	5,4	1,3	3,5	3,6	+ 10,0	+ 7,6	- 4,2	- 3,6	- 5,5	+ 2,8	- 7,2	+ 0,9	- 4,3
Ungarn	5,6	1,4	3,7	3,7	+ 10,1	+ 6,1	+ 9,8	- 4,8	+ 1,9	- 7,3	- 5,2	- 1,0	- 8,0
Polen	5,2	1,4	3,4	3,8	+ 11,0	+ 9,8	+ 8,4	+ 5,9	+ 13,8	+ 2,6	+ 3,0	+ 10,1	+ 4,8
Extra-EU 27 (ab 2020)	51,1	11,9	33,2	31,9	+ 6,2	+ 5,5	+ 3,5	- 5,9	- 3,9	+ 6,6	- 5,7	- 3,8	- 7,9
Schweiz	7,3	2,0	4,7	5,4	- 2,3	+ 0,2	+ 3,6	+ 6,5	- 15,5	+ 12,4	- 9,4	+ 10,1	+ 20,3
Vereinigtes Königreich	4,5	1,1	2,9	2,9	- 4,8	+ 7,5	+ 7,2	- 14,6	- 15,0	+ 4,1	- 9,5	- 21,2	- 12,8
Westbalkanländer	1,5	0,4	1,0	1,0	+ 7,7	+ 2,9	+ 12,8	- 1,9	+ 9,0	+ 16,7	+ 1,7	- 0,8	- 5,8
GUS-Europa	2,6	0,6	1,7	1,5	+ 15,9	- 3,6	+ 11,5	- 7,3	- 3,9	+ 27,3	- 17,0	+ 5,2	- 8,8
Russland	2,4	0,5	1,5	1,4	+ 16,1	- 3,7	+ 12,3	- 7,1	- 4,3	+ 31,2	- 16,7	+ 4,2	- 7,7
Industrieländer in Übersee	17,4	3,9	11,3	10,4	+ 13,4	+ 9,0	+ 0,4	- 7,1	- 7,8	+ 0,9	- 3,6	- 6,5	- 10,8
USA	10,2	2,4	6,7	6,3	+ 10,7	+ 9,7	- 3,4	- 8,2	- 15,4	- 2,0	- 3,4	- 8,7	- 11,9
China	4,5	0,8	2,9	2,3	+ 11,7	+ 9,6	+ 10,0	- 17,9	+ 28,0	+ 16,5	- 13,2	- 21,1	- 19,2
Japan	1,6	0,4	1,0	1,0	+ 3,7	+ 10,7	+ 5,5	- 1,1	- 2,2	+ 3,1	- 3,5	+ 14,6	- 12,9
Agrarwaren	11,7	3,1	7,6	8,4	+ 6,6	+ 3,7	+ 6,9	+ 10,2	+ 2,7	+ 15,3	+ 7,3	+ 9,7	+ 13,5
Roh- und Brennstoffe	8,3	2,0	5,4	5,4	+ 14,5	+ 12,2	+ 2,0	- 6,5	- 9,7	- 5,8	- 4,1	- 1,6	- 13,2
Industriewaren	133,8	32,1	87,0	86,2	+ 8,0	+ 5,5	+ 2,1	- 6,2	- 4,5	+ 1,8	- 5,3	- 7,1	- 6,2
Chemische Erzeugnisse	21,7	5,8	14,1	15,7	+ 11,9	+ 0,3	+ 9,0	+ 1,1	+ 4,5	- 0,8	- 10,8	- 19,7	+ 41,5
Bearbeitete Waren	31,9	7,8	20,8	21,0	+ 9,8	+ 6,5	- 3,1	- 6,7	- 11,3	- 4,3	- 8,6	- 4,4	- 6,9
Maschinen, Fahrzeuge	61,8	14,0	40,2	37,7	+ 7,8	+ 6,2	+ 2,5	- 10,6	- 5,1	+ 2,9	- 3,1	- 5,9	- 20,9
Konsumnahe Fertigwaren	17,4	4,0	11,3	10,7	+ 3,2	+ 7,2	+ 2,4	- 3,9	- 2,4	+ 6,8	- 3,5	- 0,8	- 7,3
Warenimporte insgesamt	158,0	37,8	100,0	100,0	+ 8,8	+ 5,8	+ 1,2	- 6,8	- 8,0	- 2,4	- 4,9	- 7,3	- 8,0
Intra-EU 27 (ab 2020)	108,0	25,8	68,3	68,2	+ 8,3	+ 5,3	+ 0,5	- 6,1	- 7,0	- 0,9	- 5,9	- 2,8	- 9,4
Deutschland	55,3	13,3	35,0	35,1	+ 7,9	+ 2,7	- 1,0	- 5,8	- 7,6	- 0,4	- 4,8	- 3,8	- 8,6
Italien	10,4	2,4	6,6	6,4	+ 8,3	+ 9,5	+ 4,3	- 5,7	- 5,4	+ 5,4	- 8,5	+ 1,0	- 9,0
Frankreich	4,2	1,0	2,7	2,6	+ 8,2	+ 8,4	- 1,7	- 11,0	- 14,4	+ 9,5	- 10,3	- 5,9	- 16,5
EU-Länder seit 2004	24,2	5,8	15,3	15,3	+ 9,5	+ 8,8	+ 1,4	- 6,3	- 8,2	- 5,4	- 6,3	- 1,8	- 10,6
5 EU-Länder ¹⁾	21,1	5,0	13,4	13,2	+ 9,4	+ 9,2	+ 1,4	- 7,2	- 8,8	- 4,5	- 6,4	- 2,8	- 12,1
Tschechien	6,7	1,6	4,2	4,2	+ 8,3	+ 6,9	- 1,6	- 5,2	- 11,9	- 3,9	- 4,5	- 1,9	- 9,0
Ungarn	4,3	1,0	2,7	2,7	+ 12,4	+ 5,9	+ 2,6	- 7,3	- 6,1	- 4,1	- 6,2	- 1,0	- 14,2
Polen	4,7	1,0	3,0	2,7	+ 14,1	+ 10,3	+ 11,2	- 13,5	- 13,8	- 7,1	- 13,2	- 8,4	- 18,5
Extra-EU 27 (ab 2020)	50,0	12,0	31,7	31,8	+ 9,7	+ 6,9	+ 2,9	- 8,1	- 10,0	- 5,7	- 2,8	- 16,3	- 4,9
Schweiz	6,1	2,1	3,8	5,5	+ 7,4	- 10,8	- 10,7	+ 41,5	- 24,6	- 20,8	+ 9,6	+ 66,0	+ 64,1
Vereinigtes Königreich	2,8	0,6	1,8	1,5	- 8,5	+ 16,3	- 2,1	- 30,0	- 23,0	- 13,6	- 16,9	- 34,0	- 36,2
Westbalkanländer	1,5	0,3	0,9	0,9	+ 14,5	+ 9,2	+ 16,0	- 4,0	+ 8,8	+ 11,3	- 5,3	- 0,9	- 5,6
GUS-Europa	2,8	0,7	1,8	1,8	+ 12,5	+ 19,0	- 15,9	- 13,2	- 8,7	- 8,9	- 17,8	+ 20,3	- 29,1
Russland	2,8	0,7	1,7	1,8	+ 12,3	+ 19,0	- 16,1	- 14,0	- 8,9	- 9,1	- 18,7	+ 20,2	- 30,0
Industrieländer in Übersee	11,1	2,4	7,0	6,2	+ 14,1	+ 1,3	+ 10,8	- 22,3	- 10,5	- 2,6	+ 1,2	- 49,4	+ 0,5
USA	7,1	1,4	4,5	3,6	+ 16,2	+ 2,9	+ 18,8	- 32,9	- 18,2	+ 0,4	- 2,4	- 63,4	+ 5,1
China	9,8	2,3	6,2	6,2	+ 6,7	+ 7,1	+ 7,8	- 6,4	- 4,1	+ 8,0	- 0,9	- 14,5	- 4,6
Japan	2,2	0,6	1,4	1,5	+ 8,9	+ 4,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,9	+ 0,8	+ 3,8	- 0,2	- 4,3
Agrarwaren	11,7	3,1	7,4	8,1	+ 5,0	+ 1,2	+ 4,8	+ 7,8	+ 1,6	+ 7,5	+ 4,7	+ 9,2	+ 9,5
Roh- und Brennstoffe	18,5	4,3	11,7	11,5	+ 16,6	+ 15,3	- 3,5	- 10,4	- 13,6	- 7,8	- 7,6	- 5,6	- 17,3
Industriewaren	127,8	30,4	80,9	80,4	+ 8,1	+ 4,9	+ 1,6	- 7,5	- 8,0	- 2,5	- 5,3	- 8,9	- 8,1
Chemische Erzeugnisse	21,9	5,4	13,8	14,4	+ 8,7	+ 4,5	+ 3,2	- 5,0	- 13,0	- 1,2	- 2,9	- 24,4	+ 16,6
Bearbeitete Waren	24,5	5,9	15,5	15,5	+ 10,3	+ 6,9	- 2,1	- 6,4	- 6,7	- 2,6	- 6,6	- 6,3	- 6,4
Maschinen, Fahrzeuge	56,8	13,0	35,9	34,4	+ 8,4	+ 4,4	+ 3,6	- 12,1	- 8,1	- 3,9	- 8,7	- 9,1	- 17,9
Konsumnahe Fertigwaren	23,7	5,4	15,0	14,4	+ 4,3	+ 4,6	+ 3,1	- 6,9	- 4,9	+ 2,0	- 2,6	- 1,3	- 16,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2016	2017	2018	2019	2019				2020			2020	
	1.000 t				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.197	3.313	3.391	3.378	- 2,4	- 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 3,1	+ 2,1	+ 5,7	+ 1,7	+ 0,2
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.819	2.459	2.493	2.612
BEE ³⁾ Rindfleisch	213	213	218	216	- 4,0	- 2,3	+ 0,7	+ 2,3	- 3,1	+ 0,0	- 6,3	- 3,4	- 22,8
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 3,4	- 4,3	+ 5,7	- 7,3	- 2,8	+ 4,2	+ 0,3	- 12,1	- 12,5
BEE ³⁾ Schweinefleisch	475	467	468	470	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,9	- 2,4	- 2,3	- 8,3	- 4,7	+ 6,6	- 14,1
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	107	108	110	116	+ 7,3	+ 5,8	+ 1,4	+ 7,4	+ 6,6	+ 8,5	+ 2,6	+ 8,2	+ 4,2
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
	€ je t												
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	303	364	352	349	- 2,7	+ 4,7	- 0,3	- 4,9	- 2,9	- 4,6	- 2,1	- 2,1	- 2,2
Qualitätsweizen ⁵⁾	149	156	159	162	+ 14,7	+ 2,1	- 1,5	- 7,2	- 10,5	- 8,2	- 8,4	- 14,5	- 0,8
Körnermais ⁶⁾	143	144	149	143	+ 5,3	- 4,9	- 7,2	- 11,5	- 8,8	- 11,7	- 5,8	- 8,7	- 1,7
Jungtiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾⁷⁾	3.753	3.861	3.868	3.708	- 3,7	- 5,9	- 3,0	- 3,9	- 3,3	- 3,1	- 3,6	- 3,1	- 5,4
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.501	1.668	1.487	1.757	- 2,9	+ 17,6	+ 21,0	+ 37,6	+ 35,3	+ 35,7	+ 35,9	+ 34,5	+ 8,7
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.093	2.082	2.731	2.665	+ 40,2	- 10,0	- 14,4	- 13,5	- 18,8	- 18,2	- 19,0	- 19,1	- 18,3

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2017	2018	2019	2019				2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitslagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 5,4	+ 4,2	- 0,2	- 0,5	- 0,8	- 4,1	- 6,1	- 2,5	- 4,7	- 5,1	+ 0,6	- 4,6	- 12,8
Vorleistungen	+ 7,2	+ 0,7	- 6,2	- 2,3	- 0,2	- 6,2	- 5,5	- 3,6	- 6,7	- 6,2	+ 0,2	- 1,0	- 5,5
Investitionsgüter	+ 11,5	+ 4,9	- 6,7	+ 2,2	- 0,8	- 6,7	- 27,1	- 1,6	- 3,1	- 6,7	+ 1,4	- 10,3	- 27,1
Kfz	+ 4,7	+ 10,3	+ 5,2	+ 6,2	+ 5,4	- 3,7	- 12,2	+ 1,7	- 3,1	- 10,8	+ 6,2	- 11,3	- 27,3
Konsumgüter	+ 1,5	+ 2,1	- 1,6	- 0,2	+ 1,5	- 1,6	- 3,7	- 1,8	- 3,3	- 1,6	+ 0,3	- 0,5	- 3,7
Langlebige Konsumgüter	- 3,3	+ 14,3	- 15,9	- 1,7	- 4,7	- 15,9	- 13,0	- 2,3	- 8,8	- 15,9	+ 9,5	- 5,5	- 13,0
Kurzlebige Konsumgüter	+ 2,8	- 0,9	+ 2,4	+ 0,9	+ 2,9	+ 2,4	- 1,6	- 1,5	- 1,9	+ 2,4	- 1,4	+ 0,5	- 1,6
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0	.	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	.
Geleistete Stunden	+ 1,7	+ 2,6	- 0,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	.	+ 2,3	- 1,0	+ 0,7	- 3,6	+ 0,2	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	+ 3,9	+ 0,0	- 6,0	- 1,9	- 1,2	- 6,0	.	- 3,5	- 5,4	- 6,0	- 0,1	- 5,1	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,0	- 0,9	- 3,2	- 9,8	+ 1,6	- 2,9	.	- 1,8	- 6,0	- 2,9	+ 1,0	- 3,4	.
Aufträge													
Auftragseingänge	+ 11,1	+ 7,1	- 2,0	- 4,3	+ 1,8	- 8,1	.	- 3,5	- 17,3	- 2,4	- 3,5	- 3,2	.
Inland	+ 15,6	- 0,2	+ 0,7	- 0,4	- 2,4	+ 1,2	.	- 3,2	+ 1,8	+ 5,8	- 2,6	- 4,4	.
Ausland	+ 9,7	+ 9,4	- 2,8	- 5,4	+ 3,1	- 10,7	.	- 3,6	- 22,1	- 4,6	- 3,8	- 2,9	.
Auftragsbestand	+ 21,3	+ 7,7	- 1,7	+ 1,4	+ 1,5	- 1,7	.	+ 0,8	- 1,9	- 1,7	- 2,7	- 0,4	.
Inland	+ 21,6	- 1,5	+ 8,0	+ 4,5	+ 2,7	+ 8,0	.	+ 1,4	+ 4,1	+ 8,0	+ 8,8	+ 8,6	.
Ausland	+ 21,2	+ 9,7	- 3,6	+ 0,8	+ 1,2	- 3,6	.	+ 0,7	- 3,1	- 3,6	- 5,1	- 2,3	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2019: vorläufig. • Rückfragen: anna.strauss-kollin@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2019				2020		2019		2020			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,1	- 2,2	- 1,9	- 2,7	- 1,7	+ 1,8	- 5,8	- 32,9	- 31,8	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 10,1	+ 6,4	+ 3,7	- 2,1	+ 0,1	- 3,1	- 2,7	+ 2,3	+ 0,8	- 23,8	- 34,0	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 3,7	+ 1,4	+ 0,4	- 2,4	- 4,0	- 2,4	- 0,7	+ 1,2	- 12,5	- 42,1	- 29,6	
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	78,4	76,0	74,3	70,4	71,4	69,8	69,1	72,5	72,6	49,2	42,4	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	71,9	69,8	68,4	64,3	64,1	64,7	62,3	65,5	64,5	46,6	40,0	
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 6,4	+ 8,3	+ 7,9	+ 11,4	+ 7,8	+ 12,3	+ 9,3	+ 8,6	+ 5,6	+ 11,1	+ 8,6	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 7,6	+ 3,8	+ 4,9	+ 2,7	- 0,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 5,0	- 10,2	- 45,1	- 24,0	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+ 1,0	- 0,2	- 2,1	- 4,8	- 4,7	- 4,0	- 0,1	+ 1,5	- 15,4	- 50,5	- 40,3	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 12,2	+ 6,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,3	+ 4,1	+ 5,5	+ 0,6	- 8,8	- 9,9	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,9	.	+ 6,5	+ 5,6	+ 9,9	.	.	.
Hochbau	+ 4,0	+ 9,1	+ 7,2	+ 8,7	+ 6,4	+ 3,2	.	- 2,0	+ 8,3	+ 8,6	.	.	.
Tiefbau	+ 7,8	- 3,7	+ 4,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 6,4	.	+ 14,8	+ 2,3	+ 9,5	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 5,7	+ 7,7	+ 6,0	+ 5,9	+ 5,5	+ 5,6	.	+ 9,6	+ 4,8	+ 10,9	.	.	.
Auftragsbestände	+ 16,2	+ 16,3	+ 6,3	+ 9,9	+ 4,2	- 3,8	.	- 3,8	- 3,5	- 3,6	.	.	.
Auftragseingänge	+ 15,9	+ 11,4	- 2,2	- 0,1	+ 2,6	- 5,9	.	+ 8,3	+ 10,6	+ 5,6	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,7	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,6	- 1,0	+ 3,7	+ 5,2	+ 3,3	- 10,0	- 5,4	- 2,7
Arbeitslose	- 7,7	- 9,8	- 8,6	- 8,2	- 4,9	- 4,1	+ 14,3	- 3,1	- 7,8	- 6,6	+103,5	+111,9	+ 84,8
Offene Stellen	+ 41,3	+ 48,0	+ 10,5	+ 4,9	+ 5,3	+ 15,5	+ 6,0	+ 20,4	+ 28,6	+ 16,9	- 16,5	- 10,3	+ 3,2
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,6
Hochbau	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2
Sonstiger Hochbau	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,0
Tiefbau	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,9

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. – ²⁾ Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – ³⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertner@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nettoumsätze nominell	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 2,6	+ 0,2	- 4,1	+ 0,7	- 2,1	+ 2,0	- 0,3	+ 2,1	- 12,8
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 7,5	+ 2,1	+ 0,6	- 2,7	+ 3,9	+ 3,3	- 16,4	+ 5,0	- 1,9	+ 7,5	+ 0,9	- 2,3	- 41,8
Großhandel	+ 5,7	+ 4,9	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,8	- 1,3	- 2,6	- 0,8	- 4,2	+ 1,3	- 2,1	- 0,1	- 5,2
Einzelhandel	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,5	+ 1,4	- 0,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,9	+ 8,1	- 11,1
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	- 0,5	+ 2,2	+ 0,4	- 4,1	+ 1,1	- 1,6	+ 1,7	- 1,2	+ 1,6	- 11,7
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 6,3	+ 0,7	- 1,2	- 4,3	+ 1,9	+ 1,6	- 18,2	+ 3,4	- 3,7	+ 5,9	- 1,4	- 4,7	- 42,9
Großhandel	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,6	- 0,5	+ 2,0	- 0,2	- 1,4	+ 0,6	- 2,8	+ 1,6	- 2,3	+ 0,6	- 2,5
Einzelhandel	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,0	- 1,9	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 6,4	- 11,9
Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,3	- 1,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3	± 0,0	- 0,1	- 3,3
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,2	- 1,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 3,7
Großhandel	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 1,8
Einzelhandel	+ 0,5	+ 0,8	- 0,4	- 0,2	- 0,7	- 0,8	- 1,6	- 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,3	- 0,3	- 4,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – ¹⁾ Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – ²⁾ Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Privater Konsum	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	1,8	+ 1,8	+ 1,5	- 4,3						
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,2	+ 0,4	- 1,7	- 3,3	+ 1,3	+ 0,1	- 18,4						
Sparquote ¹⁾	7,3	7,7	8,3	8,0	8,2	8,3	.						
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 1,1	+ 0,9	- 2,7	- 2,3	- 3,2	- 3,6	- 4,4	- 3,6	- 2,8	- 3,0	- 7,5	- 18,4	- 14,2
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,5	- 1,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,3	- 3,6
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 1,8	+ 3,4	+ 6,2	+ 5,6	+ 6,8	+ 8,3	+ 5,9	+ 8,3	+ 7,1	+ 5,8	+ 4,8	- 7,8	- 2,8
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+ 7,9	+ 13,0	- 4,9	- 3,2	- 7,5	- 11,3	- 12,8	- 12,7	- 9,7	- 9,1	- 19,5	- 43,8	- 29,0
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 12,6	- 11,5	- 14,0	- 13,6	- 15,0	- 14,7	- 15,0	- 13,3	- 13,2	- 12,6	- 19,1	- 25,3	- 21,4

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2017	2018	2019	2019				2020	2019			2020	2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Güterverkehr														
Verkehrsleistung														
Straße	+ 1,7	+ 1,1	.	- 2,0	+ 3,6
Schiene	+17,9	- 1,9	.	+ 0,8	+ 1,5
Luftfahrt ¹⁾	+ 2,3	+ 4,6	.	- 7,5
Binnenschifffahrt	+ 4,8	-28,4	.	+ 3,7	+49,6
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 3,4	+ 5,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,4	- 0,6	- 1,5	+ 1,6	- 1,6	+ 2,3	- 4,9	-23,9	-17,9	.
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+16,2	+10,6	+ 1,5	+23,2	-14,7	- 8,6	-27,0	+ 0,1	-13,3	- 5,4	-53,2	-45,9	.	.
Personenverkehr														
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	+ 7,2	- 3,5	- 3,4	- 7,2	- 0,6	+ 8,9	-32,4	+18,2	- 9,1	-10,9	-66,7	-64,9	.	.
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,6	+ 4,7
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 4,4	+ 9,7	.	+18,3
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,7	- 2,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	- 6,9	- 6,3	.	.
Arbeitslose	- 2,4	- 6,8	- 1,0	- 3,2	+ 1,2	+ 3,4	+29,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,0	+93,7	+95,4	+83,6	.
Offene Stellen	+67,6	+34,6	+ 6,0	+ 6,3	+ 0,9	- 1,5	-15,0	- 4,3	- 6,1	- 6,5	-32,2	-39,3	-41,2	.
Kraftstoffpreise														
Diesekraftstoff	+ 7,4	+10,5	- 1,4	+ 1,0	- 3,8	- 6,8	- 3,3	- 3,6	+ 2,3	- 1,8	-10,2	-15,9	-20,6	.
Normalbenzin	+ 6,0	+ 7,5	- 2,0	+ 0,8	- 3,6	- 4,5	+ 0,2	- 0,5	+ 5,5	+ 2,4	- 7,1	-16,1	-22,2	.

Q: Statistik Austria; BMWFW; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2017	2018	2019	2019				2020	2019			2020	2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	
	In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze														
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,3
Sekundärmarktrendite Bund														
Benchmark	0,6	0,7	0,1	0,4	0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1	0,0	- 0,1	.
Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite	0,2	0,3	- 0,1	0,2	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,2	.
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
An private Haushalte														
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,1	4,0	4,0	3,9	4,0	4,1	4,0	4,2	4,0	4,0	4,2	3,9	.	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,2	2,3	1,9	2,1	2,0	1,8	1,6	1,6	1,6	1,5	1,6	1,6	.	.
An nichtfinanzielle Unternehmen														
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,6	1,6	1,9	1,7	1,7	1,9	1,8	.	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,4	1,3	1,2	1,3	1,3	1,1	1,3	1,3	1,1	1,2	1,3	1,3	.	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen														
In Yen	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,2	1,2	1,5	1,2	1,2	1,7	.	.
In Schweizer Franken	1,2	1,0	1,0	1,2	1,1	1,1	1,2	1,1	0,7	0,9	1,1	0,9	.	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
Einlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.	.
Über 2 Jahre	0,7	0,6	0,5	0,6	0,6	0,5	0,7	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	.	.
Spareinlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.	.
Über 2 Jahre	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	.	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %														
Einlagen und Kredite														
Einlagen insgesamt	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,7	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,7
Spareinlagen	+ 5,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3
Einlagen ohne Bindung	.	.	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,7	+ 6,1	+ 6,4
Einlagen mit Bindung	.	.	- 1,8	+ 2,3	- 0,7	- 1,4	- 1,8
Forderungen an inländische Nichtbanken	+ 0,7	+ 4,9	+ 4,4	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,4

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2018		2019		2020		2019		2020				
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	.	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	.	.
Arbeitslose	- 0,7	- 1,7	- 1,5	+ 0,5	- 0,5	- 1,2	.	- 0,6	- 1,0	- 0,8	- 0,4	.	.
Offene Stellen	+ 5,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,4	.	- 0,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	.	.
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,7	7,5	7,4	7,4	7,4	7,3	.	7,3	7,2	7,1	7,1	.	.
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,9	4,8	4,7	4,6	4,5	4,3	4,5	4,2	4,2	4,3	4,4	4,8	4,8

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Aufgrund der aktuellen Randwerte im Zuge der COVID-19-Krise liefert die Saisonbereinigung keine interpretierbaren Ergebnisse und wird daher bis auf Weiteres ausgesetzt. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2017	2018	2019	2019		2020	2019	2020					
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April	Mai
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.655	3.741	3.797	3.798	3.853	3.791	3.708	3.769	3.759	3.777	3.589	3.583	3.642
Männer	1.950	2.000	2.034	2.043	2.074	2.028	1.966	1.991	1.988	2.003	1.908	1.927	1.963
Frauen	1.706	1.741	1.763	1.755	1.779	1.763	1.742	1.778	1.772	1.773	1.682	1.655	1.679
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.573	3.661	3.720	3.719	3.778	3.716	3.634	3.695	3.685	3.701	3.515	3.507	3.566
Männer	1.942	1.992	2.026	2.035	2.067	2.021	1.959	1.985	1.980	1.996	1.901	1.919	1.953
Frauen	1.631	1.669	1.694	1.684	1.711	1.695	1.675	1.710	1.704	1.706	1.614	1.588	1.613
Ausländische Arbeitskräfte	699	753	799	797	823	801	775	795	805	815	705	707	740
Herstellung von Waren	601	619	629	628	636	629	621	624	622	624	618	614	614
Bauwesen	253	261	271	283	289	271	241	239	236	248	239	265	276
Private Dienstleistungen	1.708	1.751	1.781	1.766	1.816	1.775	1.732	1.790	1.786	1.788	1.620	1.592	1.634
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	939	955	963	963	956	970	970	974	971	972	966	961	963
Arbeitslose	340	312	301	280	274	312	398	350	355	334	504	522	473
Männer	193	175	167	148	143	175	235	213	219	201	285	276	248
Frauen	147	137	135	132	132	137	163	137	136	133	219	246	226
Personen in Schulung	72	69	62	63	56	63	63	58	65	65	58	49	44
Offene Stellen	57	72	77	82	83	71	69	65	72	75	61	54	58
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 68,4	+ 86,2	+ 55,8	+ 62,9	+ 45,0	+ 40,2	- 38,8	+ 43,5	+ 42,7	+ 28,0	- 187,0	- 188,9	- 152,7
Männer	+ 40,7	+ 50,5	+ 33,9	+ 37,3	+ 26,6	+ 22,1	- 24,1	+ 25,6	+ 26,1	+ 15,0	- 113,4	- 101,8	- 79,6
Frauen	+ 27,7	+ 35,7	+ 22,0	+ 25,6	+ 18,5	+ 18,0	- 14,6	+ 17,9	+ 16,6	+ 13,0	- 73,6	- 87,1	- 73,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 70,7	+ 88,0	+ 58,9	+ 65,3	+ 48,7	+ 44,9	- 33,1	+ 48,2	+ 48,3	+ 34,0	- 181,8	- 185,9	- 149,7
Männer	+ 41,4	+ 50,4	+ 34,1	+ 37,7	+ 26,9	+ 22,8	- 23,5	+ 26,1	+ 26,7	+ 15,7	- 112,9	- 103,2	- 81,4
Frauen	+ 29,3	+ 37,6	+ 24,8	+ 27,6	+ 21,8	+ 22,1	- 9,6	+ 22,1	+ 21,6	+ 18,4	- 68,8	- 82,7	- 68,2
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,8	+ 54,4	+ 46,6	+ 48,0	+ 44,8	+ 40,9	- 1,8	+ 42,2	+ 41,7	+ 35,1	- 82,3	- 71,9	- 56,1
Herstellung von Waren	+ 18,9	+ 18,6	+ 9,9	+ 11,5	+ 9,1	+ 4,7	- 2,5	+ 3,9	+ 1,1	- 0,1	- 8,5	- 13,7	- 13,2
Bauwesen	+ 4,3	+ 8,5	+ 9,9	+ 9,9	+ 6,8	+ 7,0	- 2,3	+ 8,6	+ 11,7	+ 7,9	- 26,6	- 15,2	- 7,6
Private Dienstleistungen	+ 27,6	+ 43,4	+ 29,9	+ 34,4	+ 26,6	+ 23,4	- 35,1	+ 24,6	+ 24,2	+ 16,6	- 146,2	- 152,5	- 127,1
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 19,6	+ 16,1	+ 7,8	+ 8,8	+ 4,9	+ 8,1	+ 5,9	+ 9,5	+ 9,3	+ 7,9	+ 0,4	- 2,7	- 0,6
Arbeitslose	- 17,3	- 27,9	- 10,8	- 10,0	- 9,2	- 7,3	+ 59,3	- 5,8	- 12,6	- 9,4	+ 199,9	+ 226,0	+ 194,4
Männer	- 11,6	- 18,0	- 8,2	- 8,2	- 5,6	- 2,9	+ 33,9	- 2,5	- 8,1	- 5,5	+ 115,4	+ 119,5	+ 100,2
Frauen	- 5,7	- 9,9	- 2,6	- 1,8	- 3,6	- 4,4	+ 25,4	- 3,4	- 4,5	- 3,9	+ 84,5	+ 106,5	+ 94,2
Personen in Schulung	+ 4,9	- 3,4	- 6,8	- 8,9	- 4,1	- 2,2	- 2,7	- 0,2	± 0,0	- 1,6	- 6,4	- 15,7	- 20,3
Offene Stellen	+ 16,6	+ 14,7	+ 5,5	+ 7,1	+ 3,2	+ 1,9	- 3,3	+ 0,1	+ 2,8	+ 3,1	- 15,7	- 26,4	- 24,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2017	2018	2019	2019		2020	2019	2020					
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April	Mai
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	8,5	7,7	7,4	6,9	6,6	7,6	9,7	8,5	8,6	8,1	12,3	12,7	11,5
Männer	9,0	8,0	7,6	6,8	6,4	7,9	10,7	9,7	9,9	9,1	13,0	12,5	11,2
Frauen	7,9	7,3	7,1	7,0	6,9	7,2	8,6	7,1	7,1	7,0	11,5	12,9	11,8
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	10,1	9,2	8,7	8,3	7,9	9,0	11,1	9,8	10,1	9,6	13,5	13,8	12,4
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	11,1	10,4	10,0	9,7	10,4	10,2	10,5	10,3	9,9	9,7	11,4	11,7	11,5
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	35,1	33,9	32,7	35,5	34,9	30,6	25,1	28,4	27,4	29,2	20,9	22,0	25,2
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	6,0	4,4	3,9	3,4	3,3	4,4	5,7	5,3	5,0	4,4	8,3	9,7	8,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2017	2018	2019	2019	2019	2020	2019	2019	2020	2020	2020	2020	2020
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,6
Verbraucherpreisindex	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,7
Ohne Saisonwaren	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,7
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,3
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,2	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,2
Bekleidung und Schuhe	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,3	± 0,0	- 2,7
Wohnung, Wasser, Energie	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 0,9	- 0,2
Gesundheitspflege	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,0
Verkehr	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 1,0	- 0,3	- 0,5	+ 1,3	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,8	- 0,4	- 1,7	- 3,1
Nachrichtenübermittlung	- 1,4	- 2,8	- 3,1	- 2,1	- 4,3	- 4,0	- 4,6	- 4,3	- 4,6	- 4,4	- 4,6	- 4,2	- 4,6
Freizeit und Kultur	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,5
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1
Restaurants und Hotels	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7
Großhandelspreisindex	+ 4,6	+ 4,2	± 0,0	+ 0,9	- 1,0	- 2,0	- 1,8	- 0,4	+ 0,7	- 1,2	- 4,7	- 6,9	- 7,9
Ohne Saisonprodukte	+ 4,7	+ 4,3	- 0,1	+ 0,8	- 1,1	- 2,0	- 1,8	- 0,4	+ 0,7	- 1,2	- 4,8	- 7,1	- 8,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2017	2018	2019	2019	2019	2020	2019	2019	2020	2020	2020	2020	2020
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,1
Ohne öffentlichen Dienst	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,0
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,0
Angestellte	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte in den Spalten 2017 und 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle anderen auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2017	2018	2019	2019	2019	2020	2019	2019	2020	2020	2020	2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,5	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,9	+ 2,8						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 3,4	+ 4,6	.										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7						
Netto	+ 1,4	+ 2,2	.										
Netto, real ²⁾	- 0,7	+ 0,2	.										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 3,8	+ 6,3	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,1	.	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,9
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,2	.	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	.	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,3	- 0,2	+ 2,6	+ 1,2
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,9	+ 7,3	+ 8,3	+ 8,4	+ 8,3	+ 7,0	.	+ 9,1	+ 7,3	+ 5,4	+ 9,3	+ 8,3	+ 9,2
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,5	.	+ 4,6	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,1	+ 2,1	+ 4,1
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,3	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,2	.	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut ESVG 2010. – 2) Referenzjahr 2015. – 3) Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – 4) Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.380	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.915	1.912	1.929	1.945	1.966	1.980	1.091	1.114	1.136	1.155	1.187	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.070	1.062	1.066	1.069	1.073	1.076	846	862	878	892	917	945
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	845	850	864	877	893	904	1.392	1.420	1.443	1.464	1.500	1.543
Selbständige	358	357	359	360	362	364	1.006	1.034	1.057	1.079	1.110	1.145
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	179	181	185	188	193	196	1.246	1.274	1.296	1.315	1.344	1.377
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	179	176	174	171	170	168	758	777	795	811	835	863
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	93	84	96	97	102	111	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	52	47	53	54	56	58	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	41	36	43	44	47	52	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Selbständige	17	15	18	18	19	20	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	10	10	11	12	12	13	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	7	5	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Direktpensionen	1.803	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.196	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338
Invaliditätspensionen ¹⁾	188	170	165	159	153	147	1.104	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	1.615	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.207	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349
Normale Alterspensionen	1.504	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.162	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317
Vorzeitige Alterspensionen	111	97	88	79	74	75	1.809	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080
Bei langer Versicherungsdauer	5	4	3	2	2	2	1.627	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400
Korridorpensionen	16	16	17	18	20	21	1.515	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924
Für Langzeitversicherte ³⁾	84	67	53	39	25	21	1.880	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	6	7	9	11	14	18	1.759	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135
Witwen- bzw. Witwerpensionen	460	456	455	452	449	447	688	725	738	747	742	762
Waisenpensionen	48	47	48	47	47	47	352	361	368	373	382	393
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275
Direktpensionen	81	70	84	86	91	101	1.032	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453
Invaliditätspensionen ¹⁾	20	15	19	17	16	17	848	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162
Alle Alterspensionen ²⁾	61	55	65	69	75	84	1.092	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514
Normale Alterspensionen	30	32	37	42	46	56	502	933	984	1.035	1.098	1.232
Vorzeitige Alterspensionen	31	23	28	27	29	28	1.676	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	3	1	0	0	1.389	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432
Korridorpensionen	6	6	7	8	9	9	1.538	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919
Für Langzeitversicherte ³⁾	18	9	12	11	11	9	1.769	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	2	3	4	5	6	1.847	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	25	26	26	26	26	693	710	725	732	745	769
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	282	294	297	300	286	305

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – ¹⁾ Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – ²⁾ Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – ³⁾ Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – ⁴⁾ Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,8	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	58,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5
Invaliditätspensionen	55,7	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	52,8	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4
Alle Alterspensionen	63,2	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	59,8	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.957,8	4.968,6	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	17,6	17,0	15,9	15,3	11,3	12,5
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1.045,5	1.309,2	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	36,2	42,9	40,2	37,6	37,0	36,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	1.387,8	1.437,6	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	84,8	86,1	86,3	87,0	86,2	84,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2017	2018	2019	2019				2020					
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,9	+ 6,7	+ 1,9	+ 5,2	-12,6	+ 1,4	+ 6,5	+ 5,8	+10,5	-58,6	-97,0
Wien	+ 3,7	+ 6,3	+ 6,8	+ 9,1	+ 4,6	+ 3,5	-22,1	+ 1,4	+ 5,3	+12,0	+ 6,9	-70,6	-98,2
Niederösterreich	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,2	-18,5	+ 2,9	+ 1,0	+ 4,3	+ 2,2	-56,5	-90,7
Burgenland	+ 0,3	- 1,4	+ 3,1	+ 4,7	+ 2,7	+ 5,9	-19,1	+ 5,4	+10,0	+ 1,9	+ 7,7	-60,6	-97,9
Steiermark	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 4,6	+ 2,5	+ 3,9	-11,0	+ 1,9	+ 5,4	+ 8,4	+ 8,6	-56,7	-95,1
Kärnten	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,2	+ 3,2	- 1,0	+ 5,8	- 8,6	- 1,2	+ 4,6	+ 3,7	+15,5	-57,9	-94,2
Oberösterreich	+ 4,2	+ 5,8	+ 4,6	+ 7,6	+ 3,4	+ 4,5	-16,2	+ 3,3	+ 2,6	+ 4,2	+ 5,3	-57,1	-93,4
Salzburg	+ 2,9	+ 4,2	+ 1,6	+ 8,5	+ 2,1	+ 7,4	-10,2	+ 1,6	+ 8,6	+ 7,0	+10,4	-56,2	-98,5
Tirol	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,5	+ 7,9	+ 0,8	+ 6,3	-11,9	+ 0,5	+ 7,5	+ 4,7	+11,8	-58,0	-98,4
Vorarlberg	- 0,1	+ 2,8	+ 0,5	+ 2,7	+ 5,7	+ 3,2	-14,4	- 4,6	+ 5,3	+ 3,4	+ 9,8	-59,5	-98,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 6,7	+ 0,6	+ 5,0	+ 1,5	+ 0,3	- 3,8	+ 1,6	- 2,4	- 7,4	- 1,4	- 2,3	- 4,9
Wien	+ 1,5	+ 0,9	- 2,6	- 4,0	+ 1,1	- 1,8	- 5,3	+ 3,1	+ 1,3	-12,1	- 4,3	+ 1,9	+ 4,9
Niederösterreich	+ 7,2	+ 9,1	- 1,6	+ 5,2	+ 0,5	- 5,0	- 6,4	- 5,7	- 7,1	- 8,3	- 3,4	- 0,7	- 7,9
Burgenland	+ 7,2	+ 2,2	- 1,0	- 2,6	- 1,5	+ 4,1	- 3,6	+13,0	- 6,2	- 3,6	+ 0,1	- 3,6	+ 1,4
Steiermark	+ 7,7	+11,5	+ 3,9	+ 7,9	+ 6,6	+ 5,9	- 4,1	+ 4,2	- 1,4	- 7,9	- 3,0	- 0,4	-13,1
Kärnten	+ 9,7	+ 9,5	- 2,1	+ 5,0	+ 1,0	- 3,8	- 9,4	- 0,6	- 8,6	-14,2	- 5,2	- 5,9	- 6,9
Oberösterreich	+ 7,2	+ 4,9	+ 0,4	+ 4,4	- 0,1	- 0,3	- 2,2	+ 3,2	- 0,3	- 6,4	+ 0,5	- 4,4	- 3,2
Salzburg	+ 3,3	+ 5,3	+ 3,6	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,1	- 2,7	+ 4,6	- 1,5	- 5,0	- 1,5	- 1,3	+ 0,2
Tirol	+ 6,4	+ 5,5	+ 1,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,7	- 0,6	+ 4,0	- 1,2	- 5,8	+ 6,0	- 5,5	- 1,0
Vorarlberg	+ 1,4	+ 4,8	+ 2,6	+11,6	- 2,3	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,2	- 0,4	+ 0,7	- 0,9	+ 3,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 9,5	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,6	+ 2,6	+ 6,5	+ 5,6	+ 9,9
Wien	+ 3,1	+ 6,2	+ 6,1	+12,4	+ 5,1	+ 2,1	+ 6,6	+ 7,0	+ 2,2	+12,6	+ 5,2	+ 8,1	- 3,4
Niederösterreich	+ 6,9	+ 6,6	+ 7,3	+15,6	+ 5,7	+ 6,4	+ 5,1	+ 4,2	+ 5,6	+ 3,3	+ 6,3	+12,3	+14,9
Burgenland	+16,3	- 2,4	+16,6	+18,9	+ 7,9	+ 9,8	+29,3	+ 8,5	+ 5,4	+ 5,9	+85,7	+15,1	+17,4
Steiermark	+ 3,3	+ 5,4	+ 6,5	+14,9	+ 7,5	+ 5,0	+ 2,7	+ 4,6	+10,9	- 5,6	+ 2,9	+ 5,0	+13,6
Kärnten	+ 7,5	+ 3,9	+ 4,7	+ 4,9	+11,1	+ 5,8	- 1,1	+ 0,8	+ 0,8	- 5,4	+ 1,1	- 1,6	+11,9
Oberösterreich	+ 6,3	+ 9,1	+ 4,3	+ 2,6	+ 6,4	+ 4,1	+ 3,9	+ 2,8	+ 3,3	+ 1,1	+ 7,5	- 0,2	+ 4,1
Salzburg	+ 0,2	+ 8,3	+ 5,2	+ 3,7	+ 8,1	+ 8,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 5,6	- 1,8	- 0,9	+ 6,4	+23,2
Tirol	+ 8,8	+ 2,7	+11,1	+13,9	+10,8	+10,2	+10,6	+10,7	+16,9	+ 5,8	+ 9,3	- 3,4	+26,5
Vorarlberg	+ 5,7	+ 8,7	- 1,9	- 3,4	- 7,5	+ 5,0	- 1,9	+ 7,6	- 2,1	+ 1,9	- 4,9	+18,5	+11,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019				2019				2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April	Mai	
	In 1.000													
Österreich	3.573	3.661	3.720	3.719	3.778	3.716	3.634	3.695	3.685	3.701	3.515	3.507	3.566	
Wien	816	836	852	853	859	857	832	846	842	844	811	805	816	
Niederösterreich	591	605	615	620	626	615	601	602	605	608	592	593	604	
Burgenland	100	102	104	106	107	103	100	100	100	101	98	99	102	
Steiermark	497	512	520	523	530	519	504	509	510	513	491	493	502	
Kärnten	205	209	211	214	220	208	200	204	203	205	192	194	201	
Oberösterreich	634	650	660	663	670	661	644	651	648	649	635	635	643	
Salzburg	248	253	256	252	260	256	253	264	262	263	235	234	238	
Tirol	323	331	336	327	341	334	334	351	348	350	302	299	304	
Vorarlberg	158	162	165	162	166	164	165	168	168	168	158	155	156	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000													
Österreich	+70,7	+88,0	+58,9	+65,3	+48,7	+44,9	-33,1	+48,2	+48,3	+34,0	-181,8	-185,9	-149,7	
Wien	+16,0	+19,6	+15,9	+16,7	+14,3	+14,3	- 6,2	+15,1	+ 9,2	+ 6,6	-34,4	-46,3	-38,0	
Niederösterreich	+10,6	+13,4	+10,1	+10,7	+ 8,0	+ 7,7	+ 2,6	+ 8,2	+13,3	+11,3	-16,7	-24,2	-16,2	
Burgenland	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,3	- 4,2	- 5,4	- 3,4	
Steiermark	+12,1	+15,7	+ 8,0	+ 9,2	+ 5,6	+ 4,2	- 5,8	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,1	-25,7	-26,9	-20,5	
Kärnten	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,7	- 4,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	-14,2	-15,4	-13,0	
Oberösterreich	+11,9	+15,9	+10,4	+12,6	+ 8,7	+ 7,0	- 2,4	+ 7,2	+ 7,6	+ 3,9	-18,6	-26,2	-20,4	
Salzburg	+ 4,3	+ 5,2	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	- 4,9	+ 3,6	+ 3,7	+ 2,8	-21,2	-13,3	-12,6	
Tirol	+ 7,7	+ 8,4	+ 5,4	+ 6,3	+ 4,6	+ 5,0	- 9,8	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,7	-38,4	-23,1	-20,5	
Vorarlberg	+ 3,2	+ 4,0	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,7	- 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0	- 8,3	- 5,2	- 4,9	

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	In 1.000												
Österreich	340	312	301	280	274	312	398	350	355	334	504	522	473
Wien	124	119	115	111	110	114	136	126	122	120	165	179	173
Niederösterreich	58	52	51	46	47	52	67	61	63	59	78	80	72
Burgenland	10	9	8	7	7	9	12	11	11	11	14	14	12
Steiermark	40	35	34	30	31	36	50	44	45	41	64	63	55
Kärnten	24	22	21	18	17	23	30	27	28	25	37	36	30
Oberösterreich	40	35	34	29	32	36	47	43	44	41	58	58	51
Salzburg	14	14	13	13	10	14	19	13	15	13	29	30	26
Tirol	20	18	16	17	12	19	25	16	18	15	43	45	39
Vorarlberg	10	9	9	9	9	10	12	10	10	10	16	18	17
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 17,3	- 27,9	- 10,8	- 10,0	- 9,2	- 7,3	+ 59,3	- 5,8	- 12,6	- 9,4	+ 199,9	+ 226,0	+ 194,4
Wien	- 4,3	- 5,6	- 3,6	- 2,3	- 5,2	- 5,5	+ 11,1	- 5,5	- 7,5	- 5,6	+ 46,3	+ 64,3	+ 62,8
Niederösterreich	- 1,9	- 5,5	- 1,7	- 1,7	- 1,0	- 0,6	+ 7,9	- 0,9	- 1,8	- 1,0	+ 26,4	+ 33,0	+ 26,5
Burgenland	- 0,7	- 0,9	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,1	- 0,6	- 0,3	+ 5,3	+ 6,2	+ 4,5
Steiermark	- 4,2	- 5,2	- 1,0	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 10,4	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 30,5	+ 31,5	+ 25,0
Kärnten	- 1,6	- 2,2	- 0,9	- 1,1	- 0,4	- 0,2	+ 4,6	+ 0,2	- 0,4	- 1,0	+ 15,0	+ 15,9	+ 12,4
Oberösterreich	- 2,0	- 4,5	- 1,1	- 1,5	- 0,7	+ 0,5	+ 7,8	+ 1,1	- 0,5	- 0,1	+ 24,0	+ 27,7	+ 22,3
Salzburg	- 0,6	- 0,8	- 0,8	- 0,9	- 1,0	- 1,0	+ 5,0	- 0,7	- 0,9	- 1,1	+ 16,9	+ 15,1	+ 12,8
Tirol	- 1,9	- 2,8	- 1,2	- 1,6	- 0,9	- 1,1	+ 8,6	- 0,9	- 1,3	- 1,4	+ 28,7	+ 24,4	+ 20,6
Vorarlberg	- 0,1	- 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 7,0	+ 7,9	+ 7,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	8,5	7,7	7,4	6,9	6,6	7,6	9,7	8,5	8,6	8,1	12,3	12,7	11,5
Wien	13,0	12,3	11,7	11,4	11,2	11,6	13,8	12,8	12,5	12,3	16,7	17,9	17,3
Niederösterreich	8,7	7,8	7,5	6,7	6,8	7,6	9,8	9,0	9,2	8,7	11,5	11,7	10,4
Burgenland	8,6	7,7	7,3	6,2	6,3	7,6	10,5	9,5	10,0	9,4	12,1	11,8	9,9
Steiermark	7,3	6,3	6,0	5,3	5,3	6,4	8,8	7,8	8,0	7,3	11,3	11,1	9,6
Kärnten	10,2	9,2	8,8	7,5	7,1	9,7	12,7	11,4	11,7	10,6	15,9	15,4	12,7
Oberösterreich	5,8	5,0	4,8	4,1	4,4	5,0	6,7	6,1	6,2	5,8	8,2	8,2	7,2
Salzburg	5,3	5,0	4,6	4,7	3,8	5,0	6,9	4,6	5,2	4,7	10,8	11,1	9,5
Tirol	5,8	4,9	4,5	4,9	3,3	5,4	7,0	4,2	4,8	4,1	12,2	12,8	11,2
Vorarlberg	5,8	5,4	5,3	5,3	5,1	5,7	6,6	5,5	5,6	5,4	8,9	10,1	9,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,2	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,1	48,7	48,2
Staatseinnahmenquote	47,9	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,6	48,4	48,8	49,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,6	42,4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,5	42,4	42,8	43,0
Indikator 2	40,7	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,9	41,8	42,3	42,5
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 1,4	- 1,5	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,7
Bund	- 1,1	- 1,3	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,5
Länder	0,1	- 0,4	0,1	0,1	0,1
Gemeinden	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Wien	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,0	0,1
Sozialversicherungsträger	- 0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Struktureller Budgetsaldo laut													
Europäischer Kommission ¹⁾	- 2,6	- 2,6	- 3,7	- 3,1	- 2,5	- 1,7	- 0,9	- 0,5	0,1	- 1,1	- 1,2	- 1,0	- 0,8
Primärsaldo	1,8	1,5	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,2
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	65,0	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,9	78,3	74,0	70,4
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	72,0	67,8	63,8	60,7
Länder	6,3	5,9	5,6	5,3
Gemeinden	2,3	2,3	2,3	2,3
Wien	1,9	2,0	1,9	1,9
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

- 6/2019** Christian Glocker, Robuste Binnenwirtschaft stützt die Konjunktur in Österreich • Julia Bachtrögler, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher, Dank anhaltendem Wachstum Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in allen Bundesländern. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2018 • Michael Peneder, Matthias Firgo, Gerhard Streicher, Digitalisierung in Österreich: eine Standortbestimmung • Matthias Firgo, Peter Mayerhofer, Michael Peneder, Philipp Piribauer, Peter Reschenhofer, Regionale Beschäftigungseffekte der Digitalisierung in Österreich
- 7/2019** Christian Glocker, Abschwächung der Weltkonjunktur dämpft Wachstum in Österreich. Prognose für 2019 und 2020 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2019 • Vasily Astrov (wiiw), Wirtschaft in Osteuropa trotz weltweiter Konjunkturreinrückung expansiv • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionswachstum verlangsamt sich 2019. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2019 • Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Ina Meyer, Franz Sinabell, Mark Sommer, Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2019. Sonderthema: Klimaschutz, Ressourcenproduktivität und das Konzept der Kreislaufwirtschaft
- 8/2019** Christian Glocker, Binnenwirtschaft stützt Konjunktur in Österreich • Susanne Bärenthaler-Sieber, Klaus S. Friesenbichler (WIFO), Arash Robubi (KMU Forschung Austria), Cash-Flow-Quote stagniert 2018. Die Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung • Gunther Tichy, Das vernachlässigte Massensparen. Die wirtschaftspolitischen Folgen zunehmender Intermediation • Thomas Leoni, Entwicklung der Löhne und Gehälter in der Industrie seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise • Michael Klien, Werner Hölzl, Öffentliche Ausschreibungen und Konjunktur. Eine Analyse mit unkonventionellen Daten für die österreichische Bauwirtschaft
- 9/2019** Stefan Ederer, Konjunktur flaut allmählich ab • Thomas Url, Günstige Konjunkturlage stützt Prämienwachstum in der Privatversicherung • Werner Hölzl, Digitalisierung in Österreich: Einleitende Bemerkungen • Agnes Kügler, Andreas Reinstaller (WIFO), Bernhard Dachs (AIT), Digitalisierung der österreichischen Wirtschaft im internationalen Vergleich • Andreas Reinstaller, Auswirkungen der Digitalisierung und Herausforderungen für die Standortpolitik aus der Sicht der österreichischen Industrie • Werner Hölzl, Herausforderungen für kleinere Unternehmen durch die Digitalisierung. Bestandsaufnahme und Prioritäten • Julia Bock-Schappelwein, Klaus S. Friesenbichler, Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung nach Tätigkeitschwerpunkten in Österreich. Ergebnisse auf Grundlage der unselbständigen Beschäftigung
- 10/2019** Stefan Ederer, Abschwächung der Konjunktur, aber keine Rezession. Prognose für 2019 und 2020 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Michael Klien, Stefan Schiman, Wirtschaftswachstum weiterhin niedrig, aber stabil. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2024 • Werner Hölzl, Thomas Leoni, Österreichs internationale Lohnstückkostenposition 2018 neuerlich etwas verbessert • Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell, Einkommenslage und Lebenssituation in Österreich. Befunde zur bisher vernachlässigten regionalen Dimension
- 11/2019** Stefan Ederer, Uneinheitliche Konjunkturaussichten • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019 • Oliver Fritz (WIFO), Karin Maier (Universität Wien), Wenn Reisende zur Belastung werden. Eine ökonomische Einordnung des Phänomens Übertourismus und der tourismuspolitischen Optionen zu seiner Bekämpfung • Ina Meyer, Mark Sommer, Zur umweltökonomischen Relevanz der Abfall- und Ressourcenwirtschaft. Beschäftigungseffekte durch Restmüllverwertung • Franz Sinabell (WIFO), Martin Schönhart, Erwin Schmid (BOKU), Mittelfristiger Ausblick zur österreichischen Landwirtschaft. Projektionen der Produktivitäts- und Preisentwicklung
- 12/2019** Stefan Ederer, Vorsichtige Anzeichen einer Konjunkturstabilisierung • Yvonne Wolfmayr, Europäischer Binnenmarkt: Wirkung und Entwicklungspotentiale. Editorial • Harald Oberhofer, Die Handelseffekte von Österreichs EU-Mitgliedschaft und des Europäischen Binnenmarktes • Yvonne Wolfmayr, Ungenutzte Handels- und Wohlfahrtspotentiale des Europäischen Binnenmarktes für Waren • Klaus S. Friesenbichler, Michael Böheim, Michael Peneder, Die Effekte der EU-Osterweiterung in den Beitrittsländern. Evidenz auf Länder- und auf Unternehmensebene
- 1/2020** Christoph Badelt, Andreas Reinstaller, Editorial: Zum neuen Layout der WIFO Monatsberichte • Christoph Badelt, Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende. Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft • Christian Glocker, Schwäche der Weltwirtschaft dämpft Konjunktur in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024 • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionen steigen 2020 in der Sachgütererzeugung leicht. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2019 • Marian Fink, Thomas Horvath, Martin Spielauer, microDEMS – Ein dynamisches Mikrosimulationsmodell für Österreich. Illustration am Beispiel der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2040
- 2/2020** Stefan Schiman, Abschwung fällt in Österreich mild aus • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktüreinschätzung bleibt über Sektoren hinweg uneinheitlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom Jänner 2020 • Michael Klien, Michael Weingärtler, Europäisches Bauwesen in der Abschwungphase. Euroconstruct-Prognose bis 2022 • Michael Peneder, Eine neue Taxonomie zur Gliederung von Branchen nach ihrer IKT-Intensität • Angela Köppl, Simon Loretz, Ina Meyer, Margit Schratzenstaller, Kreislaufwirtschaft und Förderung des Reparatursektors
- 3/2020** Stefan Ederer, Konjunkturindikatoren zeigen bislang kaum Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie • Atanas Pekanov, Die Europäische Währungsunion im Wandel • Margit Schratzenstaller, Reformbedarf und Reformoptionen für das EU-Budget aus österreichischer Perspektive • Gunther Tichy, Zur Prognostizierbarkeit von Krisen • Agnes Kügler, Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Andreas Reinstaller, Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019
- 4/2020** Christoph Badelt, Andreas Reinstaller, Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftsforschung • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik, Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024 • Thomas Url, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik • Atanas Pekanov, Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise • Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman, Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019 • Thomas Url, Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt
- 5/2020** Sandra Bilek-Steindl, Internationaler Konjunkturreinbruch als Folge der COVID-19-Pandemie • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktüreinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Werner Hölzl, Agnes Kügler, Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller, Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie • Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer, Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020 • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Michael Peneder, Yvonne Wolfmayr, Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019 • Marian Fink, Silvia Rocha-Akis, Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

WIFO ■ ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Mag.ª Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Kuratorium

Wolfgang Anzengruber, Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Thomas Weningner, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Kliem, Angela Köppl, Agnes Kügler, Andrea Kunnert, Thomas Leoni, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Fabian Unterlass, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Kurt Kratena, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. Dr. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Mondi AG, Österreichische Hotelierversammlung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Miklós Antal, Jarko Fidrmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Gabriele Wellan

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klotz, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Merfinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Nowotny, Robert Nowotny, Karin Reich, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Ilse Schulz, Gerhard Schwarz, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Tatjana Weber

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen